

KURDISTAN REPORT

November-Dezenber1993
Nr. 64
Preis: 3.00 DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

Können soviele Menschen verboten werden?

Kurdistan Report

64

Impressum

V.i.S.d.P.:

Ayse Engizek
Vogelsanger Str. 286
50825 Köln

Kontakt Adresse:

Serxwebûn
Postfach 10 31 13
50471 Köln

Belgien	52.00	bfr.
Dänemark	10.00	dkr.
Frankreich	10.00	ff.
Großbritanien	1.20	£.
Niederlande	3.50	hfl.
Norwegen	7.50	nkr.
Österreich	25.00	s.
Schweden	7.50	skr.
Schweiz	3.00	sfr.

KONTAKTADRESSEN

Kurdistan-Komitees in Europa

Kurdistan Komitee
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel: 43 / 1 / 587 42 68 Fax. 43 / 1 / 56 31 48

Comité du Kurdistan
1000 Brüssel, BELGIEN
Tel: 32 / 2 / 230 92 39 Fax: 32 / 2 / 230 92 08

Kurdistan Kommitten
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 KopenhagenV, DÄNEMARK
Tel: 45 / 31 / 24 74 57

Koerdistan Komitee
Postbus 58092, 1040 H.B. Amsterdam, NIEDERLANDE
Tel: 31 / 20 / 689 33 01 Fax: 31 / 20 / 689 32 72

Kurdistan Committee
P.O. Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel: 35 / 72 / 46 76 35 Fax: 35 / 72 / 46 76 26

Kurdistan Information Centre
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel: 44 / 81 / 880 17 59 Fax: 44 / 81 / 802 99 63

Comité du Kurdistan:
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel: 41 / 2 / 23 29 33 94 Fax: 41 / 2 / 222 29 47 87

Kurdistan Komitea
Lapinlahden Katu 19, LH 38 00180 Helsinki, FINLAND
Tel./Fax: 3580 / 0 / 694 17 60

Kurdistan Kommitten
Drankenbergsgatan, 63, 11741 Stockholm, SCHWEDEN
Tel: 46 / 8 / 84 96 25 Fax: 46 / 8 / 84 96 35

Büro der ERNK
Ipokratous 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 30 / 1 / 363 49 05

Weitere Kontaktadressen:
Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan
Tel./Fax: 34 / 1 / 4 70 20 04
Apartado 8483 / 28080 Madrid-ESPANA

Washington DC, USA
Tel: 1 / 202 / 3 63 19 22 Fax: 1 / 202 / 2 44 64 37

Melbourne, AUSTRALIEN Tel: 61 / 3 / 3 00 30 06

Spendenkonten:

Rechtshilfekonto für die Angeklagten in den Kurdenprozessen:
Beate Berg (Kontoinhaberin), Hamburger Sparkasse,
Konto Nr: 10 42 78 66 55, BLZ 200 505 50
Spenden für den kurdischen Befreiungskampf:
Beate Berg (Kontoinhaberin), Hamburger Sparkasse,
Konto Nr: 10 42 78 66 55, BLZ 200 505 50

Solidaritätsgruppen in der BRD

Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 10999 Berlin

AK-Kurdistan Kiel, c/o Karen Wind, Iltisstr. 34, 24143 Kiel

Freunde des kurdischen Volkes, Bergiusstr. 12, 22765 Hamburg

Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 28203 Bremen

AK "Keinen Fußbreit für FaschistInnen", c/o Alhambra Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg

Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr.1, 30451 Hannover

Kurdistan Komitee, C.G. Internationales Studentenwohnheim, Gutenbergstr. 18, 35037 Marburg

Internationalistischer Arbeitskreis Kurdistan, c/o Montage-Verlag, Wachsbleiche 62, 49088 Osnabrück

Kurdistan-Solidarität, c/o Infoladen, Alte Münze 12, 49074 Osnabrück

AK-Kurdistan, c/o Die Brücke, Wilmergasse 4, 48143 Münster

Kurdistan-Solidaritätskomitee, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 33602 Bielefeld

Kurdistan-Solidaritätskomitee, c/o Villa Kunterbunt, Winkelstr. 14, 32257 Bünde

Kurdistan-Solidarität, c/o Initiative Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

Solidaritätskomitee Kurdistan-Ruhr, c/o GNN, Postfach 10 03 65, 45003 Essen

AK-Kurdistan-Solidarität, c/o Infoladen, Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln

Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein e.V. c/o H. Krause, Simrockstr. 19, 50823 Köln

Freunde des kurdischen Volkes, c/o Kurdisches Frauenzentrum, Gustav-Heinemann-Str. 7, 51337 Leverkusen

Arbeitskreis zur Freilassung von kurdischen Gefangenen in der BRD, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn

AK-Kurdistan-Solidarität, c/o ESG Siegen, Burgstr. 18, 57072 Siegen

Kurdischer Arbeiter und Kulturverein e.V., Theo-Mackeben-Str. 2, 56070 Koblenz

Solidaritätskomitee, Sieboldstr. 20, 64293 Darmstadt

Freunde und Freundinnen des kurdischen Volkes, c/o Buchladen Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 35390 Gießen

Arbeitskreis gegen den Kurdenprozeß, c/o Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 60487 Frankfurt

Freunde und Freudinnen des kurdischen Volkes, MZ/WI, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim

Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

Kurdistan-Komitee, c/o GNN-Verlag, Postfach 27 48, 76014 Karlsruhe

Kurdistan-Solidarität, Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg

AK-Kurdistan, c/o Komala, Westendstr. 49 (Rgb.) 80339 München

Kurdistan-Solidarität, c/o Was Lefft e.V., Postfach 35 43, 91152 Erlangen

KURDISTAN REPORT - Abonnement

jährlich (incl. Porto + Versand) 60,- DM Deutschland / 132,- DM Europa

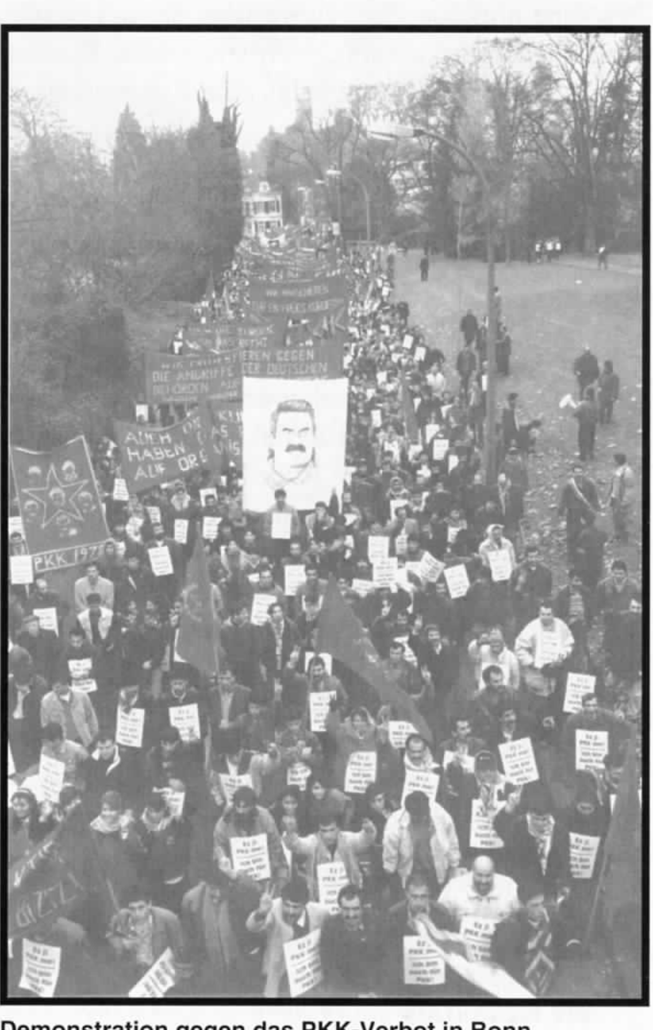
Agri-Verlag
Postfach 10 31 13
50471 Köln

Name: ....
Anschrift: ....
....

Zahlungen an: Kreissparkasse - Köln, Ayse Engizek
Konto Nr.: 31972, BLZ: 370 502 99

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses ausgefüllte Formular an unsere Adresse

— INHALT —



Demonstration gegen das PKK-Verbot in Bonn

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kurdistan-Report-Ausgabe Nr. 64 trägt wegen dem Verbot kurdischer Organisationen und der Schließung kurdischer Vereine und Einrichtungen gerade jetzt eine wichtige Bedeutung.

Es ist für uns wichtig, die Öffentlichkeit über die Ereignisse in Kurdistan und Europa zu informieren.

Denn die deutsche Regierung hat bewußt vor allem kurdische Einrichtungen wie das Kurdistan-Komitee und die Kurdische Nachrichtenagentur KURD-HA geschlossen, um die Möglichkeit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einzuschränken. Aus beiden Institutionen wurde alles, samt den Büchern und Dokumenten, herausgenommen. In beiden Institutionen befanden sich Publikationen und Literatur über unterschiedlichste Themen: Politik, Philosophie, Kunst, Soziologie, Kriminalromane, Liebesromane usw.

Die Vorgehensweise der deutschen Regierung erinnert nur zu deutlich an die Bücherverbrennung während des Nazi-Regimes.

Die deutsche Regierung will damit ein Volk mundtot machen. Sie will tatsächlich die kurdische Bevölkerung in Europa zum Schweigen bringen.

Die Politiker in Bonn müssen endlich begreifen, daß wir nicht Schweigen werden!

In der ersten Rubrik 'Kurdistan-Aktuell' veröffentlichen wir in diesem Sinne neben einer Einschätzung der letzten Ereignisse in Kurdistan und Europa auch ein Interview mit dem Europavertreter der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK).

Eine umfassendere Bewertung der gegenwärtigen Situation liefert ferner eine politische Analyse des Generalsektretärs der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan.

Im Anschluß daran folgt eine Zusammensetzung von Pressereaktionen zu den letzten Entwicklungen.

Die Rubrik 'Menschenrechtsverletzungen' beinhaltet diesmal neben dem Tagebuch der Menschenrechtsverletzungen einen Artikel über den "Kampf um die Menschenrechte" aus europäischer Sicht.

Unter der Rubrik 'Hintergrund' gehen wir in dieser Ausgabe ferner auf den Vorwurf ein, daß die PKK angeblich Drogenhandel betreibe und Geld erpresse. Es handelt sich hierbei um einen Offenen Brief an die Zeitpunkt-Redaktion des Fernsehsenders Vox.

Ferner ist unter der Rubrik auch die Fortsetzung zu dem Thema "Spezialarmee", über das wir schon in der letzten Ausgabe etwas veröffentlicht hatten.

Wir möchten unsere Leser vor allem aber auch auf den Nachruf an Osman Sabri unter der Rubrik 'Kultur' hinweisen. Osman Sabri ist eins der bekanntesten kurdischen Dichter und Schriftsteller.

Schließlich rufen wir unsere Leser zur Teilnahme an einem Protestmarsch auf, zu dem wir einen Aufruf der Union zur Pflege der kurdischen Kultur (YRWK) veröffentlichen.

Wir wünschen den Leserinnen und Lesern viel Spaß beim Lesen
und verbleiben

Mit solidarischen Grüßen

die Redaktion

"Diesen Winter werden wir sie alle ausrotten"

(Dogan Güres)

"Die PKK muß sofort verboten werden"

(Dr. Klaus Kinkel)

Diese beiden Zitate spiegeln die erreichte Stufe des nationalen Befreiungskampfs Kurdistans und die Nervosität angesichts dieser Entwicklung wider. Aus diesen Sätzen läßt sich die Haltung der beiden - zwar geografisch gesehen tausende Kilometer voneinander entfernten, doch in ihren Interessen gleichen - miteinander befreundeten Staaten zur kurdischen Bewegung ablesen.

Die neue Stufe in Kurdistan

Der Widerstandskampf in Kurdistan hat eine neue Stufe erreicht. Die PKK hat mit ihrem am 20 März diesen Jahres proklamierten einseitigen Waffenstillstand, der nur 83 Tage aufrechterhalten werden konnte, einen Schritt für die Möglichkeit einer politischen Lösung unternommen. Doch wegen der sei 70 Jahren unveränderten Mentalität Ankaras und der herrschenden Politik blieb dieser Schritt folgenlos. Nachdem die PKK den einseitigen Angriffen der türkischen Seite ausgesetzt war und aus Ankara keinerlei Zeichen einer Veränderung zu sehen waren, hätte eine Fortsetzung des einseitigen Waffenstillstands durch die PKK im wahrsten Sinne Selbstmord bedeutet.

Während der Phase des Waffenstillstands hat die kurdische Seite ganz konkrete Bedingungen für eine demokratische Lösung genannt. Diese Bedingungen sind nicht, wie von manchen Kreisen auf subjektive und vorurteilsbehaftete Weise wiedergegeben, Bedingungen zur Abtrennung und Gründung eines eigenen Staates. Abdullah Öcalan hat in diesem Zusammenhang auf mehreren Pressekonferenzen erklärt, daß Unabhängigkeit nicht zwingend die Gründung eines eigenen Staates bedeutet, daß die PKK eine Lösung auf der Basis von Gleichheit will und über eine demokratische Föderation diskutiert werden muß.

Unter den heutigen Bedinungen ist tatsächlich die Haltung der Türkei wichtig. Während die PKK bewiesen hat, daß sie für eine friedliche politische Lösung bereit ist, aber auch die Kraft besitzt, sich gegen die gegen sie gerichtete Vernichtung zur Wehr zu setzen.

Die kurdische Seite besitzt die notwendige ständige Selbsterneuerungskraft, während die Türkei ihre alte Haltung beibehält und das Gewicht der Armee sogar noch stärker spüren läßt. In der derzeitigen Phase hat sich die Haltung Ankaras noch weiter verhärtet und wie alle Vertreter der TR zum Ausdruck bringen, wollen sie diese Angelegenheit angeblich noch in diesem Winter erledigen.

Am 29. Oktober feierte die Türkei den 70. Jahrestag der Gründung ihrer Republik. In diesen 70 Jahren hat sich nicht viel verändert, der alte Konservatismus wird immer noch aufrechterhalten und es wird versucht, die Verleugnungspolitik gegenüber der kurdischen Frage wie eh und je weiterzubetreiben. Sie versuchen das Jahr 1924 und den Beginn der Kurd/inn/enmassaker wiederaufleben zu lassen.

In der Phase nach dem Waffenstillstand hat die Arbeiterpartei Kurdistans als Reaktion auf die Haltung des türkischen Staates erklärt, daß sie ihren Kampf verstärken und ausweiten wird. Denn der Staat reagierte auf das Angebot für eine politische Lösung nicht und interpretierte dies als Schwäche und Stärkeverlust der kurdischen Seite. Der sich daraufhin entwickelte gewaltsame Widerstand brachte die Regierung und Armee in große Schwierigkeiten. Die PKK, die im militärischem Bereich eine Stärke von 15.000 gutausgebildeten professionellen Kämpfern und Kämpferinnen hat und in der gleichen Zahl über Milizenkräfte verfügt, setzte der türkischen Armee in Kurdistan mit wirksamen Aktionen und Angriffen Grenzen.

Hierfür gibt es ganz konkrete Beispiele. Die Staatskräfte haben durch massive Kontrollaktionen auf den staatlichen Transportwegen durch die ARGK ihre Kontrolle über die Verbindungswege zum großen Teil verloren.

Militärtransporte müssen generell auf dem Luftweg durchgeführt werden. Die Schienenverbindungen wurden in Kurdistan offizielle eingestellt. Die Staatsbetriebe und ausländischen Firmen (wie zum Beispiel Mobil Oil) haben ihre Aktivitäten in Kurdistan eingestellt, während diejenigen, die die Autorität der PKK anerkennen, ihre Aktivitäten fortsetzen.

Viele Militärstationen wurden geräumt und ihre Kräfte in Garnisionsstädte zurückgezogen.

Die ARGK erklärete mit einigen Beschlüssen und Gesetzen, die sie vom Oktober bis heute gefaßt hatte, die Existenz des türkischen Staates in Kurdistan für illegitim und schränkte seine Aktivitäten in Kurdistan ein oder verbietet sie ganz. Alle militärischen, ökonomischen, sozialen und politischen Institutionen der Türkei sind in Kurdistan nur sehr eingeschränkt handlungsfähig. Sie spielen eine Rolle im Krieg. Als Konsequenz daraus wurden die auf Assimilation abzielenden Unterrichtsaktivitäten, die Aktivitäten im Justizbereich sowie die Aktivitäten der staatstragenden politischen Parteien und der offiziellen staatstreuen Presse des türkischen Staates in Kurdistan verboten. In diesem Zusammenhang wurde angekündigt, daß sie Angriffsziele sein werden, falls sie ihre Aktivitäten dennoch fortsetzen, aber, wie Abdullah Öcalan erklärte, nicht durch sie physisch vernichtende Angriffe, denn das ist nicht unsere Politik.

Mit all diesen Entwicklungen an der Front in Kurdistan und ihren Konsequenzen dürfte deutlich geworden sein, wer die Autorität besitzt. Die Frage der Autorität und der Existenz des Staates in Kurdistan wird sehr ernst diskutiert. Der Vorsitzende der Oppossitionspartei, Mesut Yilmaz, erklärte zur Frage der Staatsautorität in Kurdistan "Der Staat kann seine Existenz nur vier bis sechs Stunden am Tag aufrechterhalten."

Die türkische Armee und die Türkei allgemein erleben eine tiefgreifende Demoralisierung und Auflösungserscheinungen. Die Stimmen derjenigen, die meinen, daß dieses Problem nicht mit militärischen Methoden zu lösen ist, erheben sich und durch die Auswirkungen des Krieges in Kurdistan auf die Türkei, bewegte sich die Armee wieder einmal in die Richtung einer Intervention auf der Ebene eines Putsches. Im In- und Ausland verbreiteten sie nun, daß sie die kurdische Bewegung in diesem Winter vernichten würden. Obwohl solche Drohungen auch schon in der Vergangenheit ausgesprochen wurden und sie in erster Line zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Moral dienen, zeigt sich doch, daß sie vorhaben im Winter, wenn die Guerilla nicht alle Gebiete erreichen kann, die Angriffe der Staatskräfte gegen die Zivilbevölkerung zu verstärken.



"Warum tagt der Nationale Sicherheitsrat Geheim?! Was machen sie wohl auf den Sitzungen?!"

Der türkische Generalstab macht mit diesen Ankündigungen deutlich, daß der Staatsterror hauptsächlich darauf abzielt, die Zivilbevölkerung und die Quellen der Guerilla anzugreifen. In diesem Zusammenhang bringen die Vertreter der TR neue Definitionen auf. Zuerst hat die heutige Ministerpräsidentin Tansu Ciller immer wieder gesagt "Die PKK ist zu einer Milizenbewegung geworden.". Der Generalstabschef sagt "Das ist ein Low-intensity-Krieg. Wir werden gegen die Guerilla mit Guerillamethoden kämpfen."

Dogan Güres erklärte seine Strategie in der Zeitung Hürriyet am 10. November folgendermaßen: "Der Generalstab schätzt die in den Städten mit der PKK Zusammenarbeitenden als gefährlicher ein, als die Militantenkader in den Bergen und wird ihnen gegenüber keine Nachsicht walten lassen. Diese Leute werden observierte und daran gehindert werden, die PKK zu unterstützen." Im Klartext heißt das Konterguerillamorde, Entvölklerung von Dörfern, Massenverhaftungen und Massaker wie in Lice, also Verteibung und Einschüchterung der Zivilbevölkerung. Die Entvölkerung von Dörfern geht unvermindert und massiv weiter. Die Türkei führt ein Projekt der Schaffung menschenleerer Gebiete durch, genauso wie Saddam 1988 in Südkurdistan. Die Türkei wendet die gleiche Methode wie Saddam, nur scheibchenwiese, an. Jeden Tag werden fünf bis zehn Dörfern von den Militärs niedergebrannt.

"Um die von dem unzureichend arbeitenden bestehenden Nachrichtendienst entstandene Lücke zu füllen, wurde in der kurdischen Region ein neues Geheimdienstnetz gegründet. Für diesen im August gegründeten Geheimdienst wurden alle Möglichkeiten, einschließlich personeller Quellen, bereitgestellt."

"Es wurden eine Reihe von Vorschlägen zur Beseitigung des Soldatenmangels gemacht, so soll das Alter für die Einziehung zum Militärdienst auf 19 Jahre (bisher 20) gesenkt und aus zwei Jahrgängen zugleich Soldaten einberufen werden."

Wenn wir ihre Ziele in kurzen Schlagzeilen zusammenfassen lauten diese "Es werden Superwaffen angeschafft werden, eine Winteroperation durchgeführt werden, alle Dörfer werden bewaffnet werden, die Führungskader werden vernichtet werden, grenzüberschreitende Operationen werden dürchgeführt werden". Wenn einiges davon auch als Neuheit angepriesen wird, sind es in in Wirklichkeit doch genau die Methoden, die der türkische Staat schon seit Jahren in Kurdistan praktiziert. Nur um die türkische Öffentlichkeit zu täuschen, werden sie als "neu" verkauft.

In der Struktur des Regimes werden ernste Risse sichtbar. Im Kern der Sache geht es ihnen allen zwar darum, den Staat zu schützen, doch in den Methoden gibt es unterschiedliche Meinungen. Der türkische Unternehmerverband und einige führende Kapitalkreise brachten ihre Beunruhigung offen zum Ausdruck und erklärten, daß das Problem nicht mit militärischen Mitteln zu lösen ist. Während die Rüstungsindustrie einigen Kreisen Profite sichern konnte, ist ein großer Teil des Kapitals beunruhigt, weil er keine Investitionen tätigen und seine Waren nicht nach Kurdistan bringen kann. Nach einer Untersuchung der Handwerkskammer Ankara betragen die Kosten des Krieges in Kurdistan jährlich eine Million US-Dollar.

Die Partei des Sohns des Ministerpräsidenten Menderes, der durch den Militärputsch 1960 gestützt wurde, Aydin Mendes, die Partei Özal's Bruders und einige religiöse Kreise gaben Erklärungen ab, die einen "Dialog mit der PKK" fordern.

Die Gewerkschaften und alle demokratischen Institutionen und Parteien in Ankara gaben Erklärungen gegen eine militärische Lösung ab.

Die Koalitionspartei SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) dagegen stimmt allem zu, um die Macht nicht zu verlieren.

In der türkischen Armee hat eine innere Abrechnung begonnen. Nach der Tötung des Generals Bahtiyar Aydin in Lice wurden auch Cem Ersever, der Gründer des Nachrichtendienstes der Gendarmerie, und zwei seiner Mitarbeiter ermordet aufgefunden. "Die inneren Auseinandersetzungen und Abrechung in den türkischen Kreisen werden als Abrechnung zwischen den prodeutschen und pro-us-amerikanischen Kreisen gewertet."

Ist Deutschland wie die Türkei?

Eine Kurdin, die in Kuridstan der Folter und den Angriffen des türkischen Staates ausgesetzt ist, meinte zu den Angriffen und Übergriffen auf kurdische Vereine und Wohnungen in der BRD "Deutschland ist wie die Türkei".

Der deutsche Staat verhält sich der kurdischen Frage gegenüber mit türkischer Mentalität. Deutschland hat das größte Interesse an der Türkei und seinen Interessen in der Region. Diese egoistische Haltung schadet am meisten dem kurdischen Volk.

Diese Haltung erinnert uns an den Beginn dieses Jahrhunderts. Zum Beginn des Jahrhunderts stützte Deutschland den "kranken Mann am Bosporus". Er wurde sein Verbündeter um die gemeinsamen Ziele zu verfolgen und die Welt aufzuteilen.

1912 wurden in Anatolien im Schatten der deutsch-türkischen Beziehungen eine Million Armenier/innen ermordet. Deutschland stand auf der Seite dieses Staates, der das größte Massaker des Jahrhunderts beging. Es scheint, als ob sich die Geschichte wiederholte. Heute steht das gleiche Deutschland wieder auf der Seite des Völkermörderstaates, der den zweiten Genozid vorbereitet und unterhält engste deutsch-türkische Beziehungen. Dieses Mal sind die Opfer die Kurd/inn/en. Ja, Deutschland, das die Türkei am meisten unterstützt, hat diesem Volk den Krieg erklärt.

Deutschland setzt seine Politik des "Drangs nach Osten" fort. In der Region des Mittleren Ostens gibt es zwei Hauptkräfte - die Türkei und der Iran. Deutschland betrachtet, anders als die USA, diese beiden Länder als wichtige Verbündete und Sprungbrett in den Mittleren Osten und den Kaukasus. Beide Staaten und besonders die Türkei haben ein kurdisches Problem. Daher trägt Deutschland zur Niederdrückung dieses Problems bei, um ihren Markt zu schützen. Wegen diesen egoistischen Interesen ist Deutschland immer konservativer und reaktionärer. In der türkischen Armee findet heute eine Auseindandersetzung zwischen den pro-deutschen und den pro-us-amerikanischen Kräften statt. Die prodeutschen sind für die militärische Gewalt und die pro-us-amerikanischen werden als Reformisten beurteilt. Wenn wir uns auch an dererlei Diskussionen überhaupt nicht beteiligen, können wir doch feststellen, daß die Haltung Deutschlands folgendermaßen aussieht "Der bestehende Status Quo soll aufrechterhalten werden. Die Kurd/inn/en sollen sich beugen, sollen sich weitere 50 Jahre gedulden. Wir wollen mit der Türkei gut befreundet bleiben. In die kurdische Frage mischen wir uns nicht ein. Das ist die innere Angelegenheit der Türkei. Die Türkei kommt für uns vor dieser Angelegenheit." Das ist ganz allgemein zusammengefaßt die in Bonn herrschende Auffassung. Dies haben sie bei unseren Gesprächen mit ihnen verteidigt.

In der Ära, in der Hans-Dietrich Genscher Außenminister war, wurde die Türkei manchmal auf der Ebene von Menschenrechtsfragen kritisiert. Nachdem Kinkel außenpolitischer Chef wurde kam das nicht mehr vor. In der Kinkel'schen Außenpoliitik herrscht die Einstellung "Kritisieren oder verärgern wir die Türkei bloß nicht". In der Vergangenheit wurden einige Kräfte des türkischen Geheimdienst MIT, die auf deutschem Boden Kurd/inn/enverfolgung betieben, ausgewiesen und nachdem deutsche Waffen bei den Massakern in Sirnak und Cizre angesetzt wurden, verhängte die BRD im März 1992 ein vorübergehendes Waffenembargo gegen die Türkei und es gab Spannungen zwischen den beiden Staaten. Es kam zum Rücktritt des Verteidigungsministers und auch Genschers. Als Kinkel an die Macht kam, übte er Kritik an dem Geschehenem und sagte "Um Gottes Willen, die Beziehungen mit der Türkei sind problematisch geworden." und klammerte sich an die Türkei. Das Kapital und die Politiker in Bonn rechneten aus, daß Frankreich von den vorübergehenden Spannungen zwischen Deutschland und der Türkei profitieren würde und Deutschland wollte das Potential der Türkei für sich alleine haben.

In Kurdistan werden die deutschen Waffen eingesetzt. Dafür gibt es lebende Zeug/inn/en, Augenzeug/inn/en und Bilder. Unserer Meinung nach liegen

die wahren Gründe für die Angriffe der letzten Monate der BRD gegen die Kurd/innen in den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Dimensionen und nicht darin, daß einige in der BRD lebende kurdische Menschen aus Protest gegen die unmenschlichen Angriffe der TR in Kurdistan, Aktionen gegen türkische Einrichtungen gemacht haben.



Das Foto zeigt einen der Cougar-Hubschrauber, die Deutschland an die Türkei verkauft hat

Denn es ist seltsam, die BRD greift nicht nur die an, die Aktionen durchgeführt haben, sondern die gesamte kurdische Bewegung.

An dem heute in Kurdistan betriebenen Völkermord ist auch die BRD beteiligt. Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wurde deshalb auch eine Anzeige wegen Beihilfe zum Völkermord (220 a) gegen die Bundesregierung eingereicht und die Anklage belegt. Doch der deutsche Staat behandelt die Anzeige nicht, sondern greift stattdessen die PKK an, um von seiner Mitschuld abzulenken.

Wir denken, daß die Probleme nicht von den Kurd/innen, sondern von Deutschland gegen die Kurd/inn/en ausgehen. Unserer Meinung nach wäre es das vernünftigste, die der Türkei überlassenen Massenvernichtungswaffen aus Kurdistan zurückzuziehen. Deutschland sagt, die Türkei habe garantiert, daß diese Waffen nicht eingesetzt würden. Das ist eine lächerliche Behauptung. Die Türkei hat noch nie ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit zugegeben.

Verbotsdrohungen

Der deutsche Staat und die Medien betreiben eine einseitige Isolationskampagne gegen die kurdische Bewegung. Entsprechend den "Noten und Anweisungen" Tansu Cillers und Ankaras wird ein Verbot der kurdischen Organisationen in Deutschland auf die Tagesordnung gebracht. Im Grunde ist das nichts neues, seit zehn Jahren wird das schon gemacht. Doch sie haben noch keine Form gefunden, wie sie ein solches Verbot begründen wollen.

In der Presse werden die kurdischen Organisationen und vor allem die PKK beschuldigt "gefährlich und ein Sicherheitsrisiko" zu sein, "mit Gewalt Geld einzutreiben, Drogenhandel zu betreiben, türkische Einrichtungen anzugreifen". Sie versuchen das kurdische Image durch eine vorurteilsbehaftete, verschwörerische und von der TR inizierten, systematischen, zentral gesteuerten Schmutzkampagne zu zerstören.

Bei vernünftiger und objektiver Betrachtung zeigt sich, daß all diese gegen die PKK erhobenen Behauptungen auf Lügenpropaganda basieren. Der 1989 eröffnete Düsseldorfer Prozeß, der mit großem Getöse inszeniert wurde, hat bis heute keine Ergebnisse gebracht, ganz im Gegenteil. Es ist ihnen noch nicht einmal gelungen die Existenz der von ihnen konstruierten angeblichen "terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" nachzuweisen.

Es gibt in Deutschland keine Organisation, die sie verbieten können, denn es gibt keine offizielle und gesetzliche PKK in der BRD. Es ist lächerlich, etwas zu verbieten, was es dort gar nicht gibt. Davon abgesehen gibt es in der BRD aber 200.000 Menschen aus Kurdistan, die den Freiheitskampf der PKK genauso unterstützen wie das Volk in Kurdistan. Ein Verbot würde bedeuten, die Liebe und Begeisterung von zehntausenden Menschen für diesen Kampf verbieten zu wollen.

Es wird versucht, die kurdischen Vereine zu kriminalisieren. In Deutschland gibt es an die hundert kurdische Vereine, die im Rahmen der deutschen Vereinsgesetzte soziale und kulturelle Aktivitäten ausüben. Es gibt keinen Grund für ein Verbot dieser Vereine. Wenn als Schuld für ein Verbot herhalten sollte, daß sie das Bild des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan aufhängen, dann ist das äußerst lächerlich. Die 120.000 Kurd/inn/en die am 29. Mai in Bonn marschiert sind, haben das gleiche Bild getragen.

Die Probleme sind nicht durch Verbote zu lösen. Wenn Unterdrückung, Drohungen und Verbote die Probleme lösen würden, dann wäre die Türkei mit dem kurdischen Problem bis heute schon längst fertiggeworden. Die Behinderung legaler Betätigung, Verbote und damit die Verdrängung der Menschen in die Illegalität sind die Methoden der TR. Genau das gleiche macht die Türkei. Sie hat alle demokratischen Betätigungsmöglichkeiten beseitigt. Sogar Abgeordnete werder ermordet. Angesichts dieser Politik bleibt den Kurden und Kurdinnen nur der Weg in die Berge zu gehen.

Ein Volk versteht es, trotz aller Verbote, Folter und Massaker, sich am Leben zu erhalten und seine Befreiung fortzuführen.

Unserer Meinung nach ist die vernünftigste Lösung der Dialog, die Freundschaft und Beziehungen mit den Kurd/inn/en. Auf diese Weise können Gespräche geführt und die Probleme gelöst werden. Die deutsche Regierung hat zwischen sich und den Kurden und Kurdinnen in der BRD sowie ihren Organisationen eine Berliner Mauer aufgebaut. Wenn diese Mauer eingerissen wird, können die Probleme gelöst werden. Wir sind nicht gegen Beziehungen und Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei. Wir sind nur dagegen, daß das kurdische Volk wegen diesen Beziehungen noch mehr Unterdrückung erlebt. Unserer Meinung nach erfordert eine Freundschaft mit den Türk/inn/en unbedingt auch eine Freundschaft mit den Kurd/inn/en.

11. November 1993

Angesichts des Verbotes der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der Schließung kurdischer Vereine und Einrichtungen - die übrigens wieder geöffnet werden mußten! - durch die deutsche Regierung möchten wir das folgende Interview mit dem Europavertreter der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) veröffentlichen::

Worin besteht Ihre Aufgabe in Europa?

Die Aufgabe der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) in Europa besteht darin, alle Menschen aus Kurdistan zu vereinen, sie für den Nationalen Befreiungskampf zu gewinnen, ihre Möglichkeiten in den Dienst des Nationalen Befreiungskampfes zu stellen und die Verbundenheit ihrer Person zur eigenen Heimat, Geschichte und den Befreiungskampf herzustellen und zu Pflegen. Wir erinnern sie wieder an die eigene Identität und verhindern so, daß sie in der europäischen Gesellschaft diese vergessen und sich selbst fremd werden. Wir schaffen die Bedingungen für die Organisation und die Bildung der kurdischen Bevölkerung in Europa, damit sie in der Zukunft in ihrer Heimat über sich selbst bestimmen und sich selbst organisieren kann.

Die Aufgabe der ERNK besteht in Europa also kurz gesagt darin, die kurdische Bevölkerung unter dem Dach der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans zu vereinen und sie zu bilden, damit sie in der Zukunft über sich selbst bestimmen kann.

Warum ist es wichtig, daß die PKK in Europa arbeiten kann?

Zweifellos ist die PKK nicht nur in Europa aktiv, sie organisiert und führt weltweit, überall wo Kurden leben, Aktivitäten durch. In Europa geschieht dies über die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK). Die PKK, die mit der Überzeugung, den Kampf um die Befreiung einer Nation zu führen und einem Volk, dessen Name bis vor kurzem vergessen gewesen ist, seinen Namen wiederzugeben, ist sicherlich auch in Europa präsent, wo knapp eine Million Kurden leben.

Sie organisiert jedoch nicht nur die kurdische Bevölkerung in Europa, sondern auch im Mittleren Osten, in den zentralasiatischen Ländern des Kaukasus, in Kanada, USA und sogar in Australien.

Bei der kurdischen Bevölkerung in Europa handelt es sich jedoch um eine große Masse und es ist für uns wichtig, diese Masse in eine finanzielle Kraft umzuwandeln, zu optimieren und zu entwickeln. Schließlich spielt Europa sowohl geographisch als auch machtpolitisch gesehen weltweit eine wichtige bestimmende Rolle. Es ist deshalb aus diesem Gesichtspunkt auch wichtig, gemeinsam mit unserem Volk in der politischen Arena in Europa mitzuspielen, unsere eigene Politik aufzudrängen und internationale Beziehungen in diesem Umfeld zu knüpfen und aufzubauen sowie positive Ergebnisse für den Nationalen Befreiungskampf zu erzielen.

Die Grundlage unserer eigentlichen Aktivitäten bilden jedoch die Organisierung der knapp eine Million Kurden, die hier in Europa leben.

Wie stark ist der Zusammenhalt der PKK-Mitglieder hier in Europa?

Es ist richtiger, von ERNK-Mitgliedern statt von PKK-Mitgliedern zu sprechen.

Wenn mit dieser Frage die Arbeitsweise oder die erreichte Arbeitsstärke gemeint ist, so ist folgendes dazu zu sagen: In Europa leben knapp eine Million Kurden. Mit annährend 500 000 Kurden haben wir Beziehungen. Hiervon können ca. 300 000 Kurden zur ERNK-Mitgliedschaft gezählt werden. Sie unterstützen die ERNK entweder direkt oder indirekt. Wir führen unsere Aktivitäten in Europa gemeinsam mit dem Volk und den Möglichkeiten, die das Volk uns gibt. Die Beziehungen unter uns laufen auch auf dieser Ebene ab.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß diese Aktivitäten nichts 'geheimes' oder 'verdecktes' an sich haben. Es handelt sich also nicht um eine geheime Organisation, die im Untergrund arbeitet; hiervon kann nicht die Rede sein. Das haben wir auch nicht nötig.

Diese ungeheure Kraft bildet die Quelle für unser Leben. Sie nimmt uns auf und ist unser Tätigkeitsfeld. Wir befinden uns in dieser Kraft und arbeiten mit dieser Kraft zusammen. Sie sichert uns die Existenz und bildet den Mittelpunkt unserer eigentlichen Beziehungen. Die Beziehungen unter unseren Aktivisten laufen auch auf diese Weise ab; so organisieren und entwickeln wir uns.

Wie stark ist die Anhängerschaft unter den Kurden in Europa?

Wir können eine ungefähre Zahl ange-

ben. Die Unterstützung für die PKK innerhalb der Kurden in Europa kann an einigen konkreten Beispielen verdeutlicht werden. Zum Internationalen Kurdistan-Festival II im Frankfurter Waldstadion sind 100 000 Menschen gekommen. Zu Kundgebungen können wir mehrere 10 000 und bis zu mehr als 100 000 Menschen organisieren.


Demonstrierende Kurden in Bonn

So wie auf der ganzen Welt, hat die PKK auch innerhalb der kurdischen Massen in Europa ein hohes Ansehen. Alle Menschen aus Kurdistan sehen ihre Zukunft in der PKK. Sie glauben an die PKK. Sie setzen ihre ganze Hoffnung in die PKK. Wenn wir das in Zahlen ausdrücken wollten, so können wir von knapp einer halben Million PKK-Sympathisanten ausgehen. Mit ca. 300 000 Kurden haben wir eine organische Verbindung.

Was schätzst Du? Wieviel von den ca.. 500 000 Kurden, die in Deutschland leben, sympathisieren mit der PKK?

Als ich von einer Million gesprochen habe, habe ich ganz Europa miteinbezogen. Wir vermuten, daß die Zahl der Kurden in Deutschland inzwischen von 500 000 auf etwa 700 000 gestiegen ist. Hiervon zählen allein in Deutschland schätzungsweise 200 000 Kurden zu unserem Sympathisantenkreis.

Was bedeutet die PKK den meisten Kurden?

Wenn wir die Geschichte des kurdischen Volkes betrachten, die großen Leiden, die das kurdische Volk zu erdulden hatte, und die Tatsache vor Augen führen, daß es unter den barbarischsten, grausamsten, gewalttätigsten und den gesetzlosesten Kolonialstaat dieses Jahrhunderts, der Türkischen Republik, leben und so viel Schmerz erleiden mußte, ist die große Verbundenheit innerhalb der kurdischen Bevölkerung für die Führung einer Bewegung, die beim Entstehen des nationalen Selbstbewußtseins eine wichtige Schlüsselrolle gespielt hat und dafür viel Mühe und Blut opfern mußte, allzu verständlich.

Ich denke, daß für die Kurden die PKK der Treffpunkt ihrer geschichtlichen Vergangenheit mit dem Wunsch nach einer freien Zukunft ist. Dieser Treffpunkt stellt die Zukunft, die Freiheit und die Bildung eines nationalen Bewußtseins und das nun Wiederaufleben und die Anerkennung der kurdischen Ehre, die bis vor kurzem noch erniedrigt und verpönt wurde und zu deren Bekennung sich die Kurden deshalb schämten. Solch einen großen Stellenwert hat die PKK für die Kurden.

Heute sind die Kurden mit der PKK unzertrennbar verbunden. Sie würden sogar ihr Leben für sie aufopfern.

Glauben Sie, daß viele Kurden den Kurs der PKK, d.h. den Einsatz von Gewalt, befürworten?

Die PKK ist keine Bewegung, die den bewaffneten Kampf vorgezogen hat. Sie ist eine Bewegung, die dazu gezwungen ist, zum bewaffneten Kampf zu greifen.

Denn das türkische Herrschaftssystem duldet noch nicht einmal unseren Namen. Es wird uns keine andere Alternative gelassen, als den bewaffneten Widerstand. Unser Volk leistet uns eine sehr große Unterstützung. Wir können unsere Existenz nur durch die Unterstützung unseres Volkes aufrechterhalten.

Wenn das kurdische Volk uns diese versagt hätte, hätte es nicht seine tapfersten Söhne und Töchter aufgeopfert. Das ist der Maßstab für die große Unterstützung, die wir durch unser Volk bekommen. Das kurdische Volk hätte nicht seine Söhne und Töchter mit Freudesschreien (=Zilgit) in den Kampf geschickt und wäre für die Anweisungen seiner Führung nicht in den Tod gelaufen, wenn es nicht diese Linie gutgeheißen hätte.

Eins möchte ich hierbei besonders betonen: Die Mehrheit der Menschen aus Nord-Kurdistan (Türkisch-Kurdistan) und ein Großteil der Kurden aus den anderen Teilen glaubt an den Kurs, den die PKK eingeschlagen hat. Sie sind bis zu ihrem Tode mit diesem Kurs verbunden. Dies drückt sich vor allem in der Verbundenheit mit dem Vorsitzenden der PKK, mit APO, aus. Die hunderttausenden, die auf die Straße gehen, sind eben ein Ausdruck dieser Unterstützung.

Die PKK ist seit kurzem in Deutschland und Frankreich verboten worden. Glauben Sie, daß die PKK jetzt Gewaltmaßnahmen im Sinne einer Vergeltung durchführen will, so wie es in der Pariser Erklärung der PKK laut wurde?

Zunächst muß erst einmal folgende Tatsache richtiggestellt werden: Deutschland und Frankreich können die PKK nicht verbieten. Über eine Organisation des kurdischen Volkes kann nur das Volk selbst entscheiden, ob es sie akzeptiert oder nicht. Für uns hat es keine große Bedeutung, wenn andere sagen, daß sie uns verbieten.

Ferner haben wir die PKK in Europa gar nicht offiziell gegründet, damit sie verboten werden kann. Das was hier verboten wurde sind die legalen Vereine, in denen kurdische Patrioten sich getroffen haben. Ich glaube, daß diese Frage noch einmal gestellt werden wird, deshalb gehe ich auf eigentliche Intention Ihrer Frage ein.

Was ist unter Rache zu verstehen? Ohne zweifel haben wir nicht die Absicht, in Europa oder Frankreich oder in anderen Ländern Europas Unruhen zu schaffen. Wenn jedoch unsere Existenz bedroht wird und ernsthafte Angriffe gegen uns geführt werden, wenn man versucht, mit unserem Widerstand zu spielen, wird unser Volk zweiffellos auch Reaktionen zeigen. Auch in der Türkei haben sie zweiffellos Interessen und

diese werden ebenso gefährdet sein. In diesem Sinne haben wir auf solch eine Situation hingewiesen und davor gewarnt.

Warum wird eine Vergeltung gefordert? Ist es allein das Verbot der PKK? Oder ist es, weil die Kurden mit deutschen Waffen ermordet werden?

Sicherlich hat die Geduld aller Nationen und ihrer Vertreter irgendwann eine Grenze. Wir haben mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß diese Grenze nicht überschritten werden sollte. Jedoch wird jeder, dessen Geduld überschritten wird, gewiß auch Reaktionen zeigen. Aber wir tragen immer noch die Hoffnung, daß die Fragen auf dem Wege des Dialogs und der Freundschaft gelöst werden können.

Es ist ein großer Widerspruch, wenn man es nicht als Terrorismus, wenn wir dort mit deutschen Waffen ermordet werden, aber hier werden Menschen als Terroristen bezeichnet, weil sie ein paar Scheiben oder Türen kaputtschlagen. Dieser Widerspruch verdeutlicht noch einmal, daß die deutsche Regierung den Verbot und die Schließung der kurdischen Einrichtungen nicht wegen der "inneren Sicherheit" beshlossen hat. Die eigentlichen Ursachen hierfür liegen vielmehr ganz offensichtlich in den engen politischen Beziehungen mit der türkischen Regierung. Der Einsatz deutscher Waffen in Kurdistan bedeutet die Mitverantwortung der deutschen Regierung für den Völkermord des türkischen Staates am kurdischen Volk. Wir denken, daß die deutsche Regierung sich von der traditionellen Haltung distanzieren muß.

Wird die PKK auch weiterhin ihr Ziel verfolgen, durch spektakuläre Maßnahmen in Deutschland auf das Unrecht in Kurdistan hinzuweisen? Oder wird sie jetzt eher davon absehen, da sie als Partei verboten wurde?

Wir lassen uns nicht durch irgendwelche Beschlüsse von außen sagen, wie und wann wir was machen dürfen. Natürlich können wir derzeit nichts darüber sagen, was in der Zukunft passieren wird und in welcher Weise Reaktionen zu erwarten sind.

Die PKK macht ihre Haltung von der eigenen Situation, der Situation des Volkes und dem Befreiungskampf in Kurdistan abhängig. Wenn sie einmal einen Beschluß gefasst hat, dann gibt es keine Kraft auf der Welt, die die PKK von dem Beschluß abbringen kann. Eins möchte ich jedoch noch einmal betonen: Wir sind auf keinen Fall für irgendwelche Aktionen in Europa, die den Wohlstand und die Ruhe der Menschen stören. Bisher hat es auch solche Aktionen nicht gegeben. Wenn die Aktionen am 24. Juni und 4. November d.J. gegen Massaker in Kurdistan so bewertet werden, so ist diese Bewertung sehr ungerecht. Dort ist eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht worden. Kleine Kinder wurden mit Feuerwerfern verbrannt und die Reaktionen der Verwandten und Bekannten dieser Menschen hier in Europa drückt sich lediglich in der Zerstörung von Fensterscheiben oder Türen aus. Es ist falsch, diese Reaktionen als 'terroristisch' zu bezeichnen, während dort die Menschen täglich um ihr Leben bangen müssen und ganze Städte dem Erdboden gleichgemacht werden. Wir werden auf keinen Fall gegenüber diesen Entwicklungen in Kurdistan untätig bleiben.

Wir verfolgen jedoch von Anfang an einen bestimmten Kurs. Diesen Kurs versuchen wir auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Wir wollen nicht die Ruhe und den Wohlstand der Menschen hier stören oder ihnen in irgendeiner Weise schaden.

Wie wird die PKK in Zukunft, also auch nach dem Verbot, hier in Europa oder in Deutschland wirken? Wird sie sich neue Organisationsformen überlegen?

Nein, wir haben hier annährend 200 000 Vereine. Allein in Deutschland gibt es 200 000 kurdische Familien, die mich jeden Tag aufnehmen können. Alle ihre Häuser sind für mich Vereine. Unser Meer ist das Volk selbst. Und wir führen unsere Aktivitäten Tag und Nacht in diesen 200 000 Vereinen. Auch dieses Interview z.B. führen wir in den Wohnräumen eines kurdischen Patrioten. Morgen werden wir eine andere Sitzung in dem Haus eines anderen Patrioten durchführen. Es gibt sowiese keine Möglichkeit dies zu verhindern.

Wir werden weiterhin mit unserem Volk zusammen unsere Organisation und unsere Aktivitäten fortsetzen und dies mit einer größeren Motivation. Auch in der Vergangenheit haben wir so gearbeitet. Unsere Aktivitäten haben nichts 'illegales, verdecktes' oder 'dunkles' an sich. Sie sind für jedermann klar und verständlich: wir leben mit unserem Volk zusammen und weiten gleichzeitig unseren Einfluß im Volk aus.

In welcher Rolle sieht sich die PKK für die Kurden und für Kurdistan? Kann man sagen, daß sie sich als Vertreter aller Kurden sieht, d.h. auch der Kurden, die im Irak, Iran und Syrien leben? Verfolgt sie als Ziel ein freies Kurdistan, daß über die Staatsgrenzen der Türkei hinausgeht?

Heute führen selbst Volksgruppen, deren Mitgliederzahl nicht einmal zweihunderttausend beträgt, einen Befreiungskampf. Ich denke, es gibt keine Nation, die das Streben nach Unabhängigkeit nicht zu ihrer Grundforderung gemacht hat.

Während wir jedoch unseren Kampf für die Forderung des kurdischen Volkes nach seiner Freiheit fortsetzen und steigern, müssen wir sowohl das innere Gleichgewicht als auch die äußeren Umstände richtig berechnen. Wir verstehen unter Unabhängigkeit nicht unbedingt eine Trennung von der Türkei. Wir unterstützen ein föderatives Zusammenleben der Völker untereinander und bewerten die Unabhängigkeitsforderung nicht unbedingt als eine völlige Trennung. Wir verstehen unter Unabhängigkeit die Ermöglichung gleichberechtigter und freier Bedingungen.

Man sollte unseren Befreiungskampf auch nicht so eingeschränkt betrachten. Wir versuchen einer Volksgemeinschaft ihre eigene Identität, ihre moralischen Werte wiederzugeben. Das ist ein Teil unserer Vorstellung von Freiheit.

In diesem Zusammenhang möchte ich das folgende Beispiel erläutern: Was bedeutet die PKK für die Kurden, was hat sie erreicht und wo ist die kurdische Identität heute angelangt? Wenn heute in Kurdistan den Familien von Guerillas die Nachricht überbracht wird, daß ihr Sohn oder ihre Tochter gefallen ist, dann wird ihr Tod mit Freudensschreien aufgenommmen. Das ist das, was wir unter Freiheit verstehen. Dieses Beispiel verdeutlicht, auf welcher Entwicklungsstufe das kurdische Volk sich derzeit befindet.

Wie sieht das Verhältnis mit den anderen kurdischen Parteien in Bezug auf dieses Ziel aus?

Wir sind gerade dabei, mit den anderen kurdischen Organisationen in Nord-Kurdistan eine Front zu gründen. Für uns ist es wichtig, mit jeder kurdischen Organisation, egal wie groß oder klein ihr Einfluß ist, freundschaftliche Beziehungen zu führen. Wir wollen, daß jeder die' Wirklichkeit unseres Feindes richtig einschätzt und dementsprechend den Wider-

stand aufrechterhält.

Wir haben auch gute Beziehungen zu den anderen Teilen. Unsere Beziehungen zu der kurdischen Bevölkerung in Iran, im Kaukasus und Armenien sind sehr gut. Fast alle Kurden in Syrien sind in der PKK organisiert. Trotz unserer Bemühungen und geduldigen Haltung, auch gute freundschaftliche Beziehungen mit den Kräften in Süd-Kurdistan (Irak-Kurdistan) aufrechtzuerhalten, hält die KDP ihre Beziehungen mit dem türkischen Staat weiterhin aufrecht.

Die türkische Regierung versucht sie im Sinne ihrer Interessen zu benutzen und auf uns zu hetzen. Wir haben ihnen schon mehrmals von dieser Haltung abgeraten und sie gewarnt. Ich möchte hier noch einmal eine Warnung aussprechen.

Unsere Beziehungen zum kurdischen Volk in Süd-Kurdistan sind auch sehr gut und für uns von großer Bedeutung.

Grundsätzlich vertreten wir die Vorstellung, mit allen kurdischen Organisationen freundschaftliche Beziehungen zu pflegen.

Im letzten Jahr hat es die türkische Regierung geschafft, die Kurden in Kurdistan/Irak gegen die PKK aufzuhetzen. Kann sie so einen Bruderkrieg ein zweites Mal bewirken?

Das ist eigentlich ein wichtiges Thema. Ein Thema, das für die Kurden sehr aktuell ist. Der türkische Staat nützt seine Beziehungen mit einigen Kräften in Süd-Kurdistan, vor allem mit der KDP, aus, um sie gegen uns aufzuhetzen. Das, was letztes Jahr vorgefallen ist, ist eine Situation gewesen, die wir auf keinen Fall wollten.Wir haben niemanden angegriffen. Die KDP hat zusammen mit der türkischen Armee und türkischen Spezial-Einheiten uns angegriffen. Trotz unserer Warnungen haben sie ihre Haltung nicht geändert.

Auch in diesem Jahr führen sie mit türkischen Spezial-Einheiten von Zeit zu Zeit Operationen gegen uns durch. Bisher ist es zu keinen ernsthaften kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen. Wir versuchen ständig durch Gespräche die Situation zu entspannen und sie immer wieder auf die Wirklichkeit in Kurdistan und die Realität des kurdischen Volkes aufmerksam zu machen, ihnen ihre eigene Situation zu verdeutlichen.

Wir sind nicht gegen Beziehungen der irakischen Kurden mit der türkischen Regierung, wenn diese Beziehungen zwingend sind. Es kann sein, daß sie es aus ökonomischen Zwängen heraus machen. Auch andere Zwänge können die Gründe dafür darstellen. Sie können in diesem Sinne Beziehungen aufbauen. Aber wir akzeptieren nicht, daß unterschiedliche Kräfte in einer Nation durch die Ausnutzung dieser Beziehungen gegeneinander aufgehetzt werden. Wir bewerten das als einen Verrat.

Auch dieses Jahr spielen sich ähnliche Situationen ab. In diesem Winter könnte es erneut zu Gefechten kommen. Wir möchten in diesem Zusammenhang noch einmal zum Ausdruck bringen: Wir wollen auf keinen Fall mit irgendwelchen Kräften in Süd-Kurdistan kämpfen. Aber die KDP hat leider ihren Willen in den Dienst des türkischen Staates gestellt und greift öfters unsere Kräfte dort an. Überdies verfügen wir in Süd-Kurdistan nicht über eine wesentlich große Kraft. Dort befinden sich vielmehr Frauen, Verletzte, Kranke und Kinder. Unsere eigentlichen Kräfte befinden sich in Nord-Kurdistan, da der Krieg hauptsächlich dort geführt wird.

Wir sind nicht für eine kriegerische Auseinandersetzung, aber diese Kräfte können jederzeit im Interesse des türkischen Staates gegen uns ausgespielt werden.

Schildern Sie uns bitte den Hintergrund, warum es besonders in der letzten Zeit verstärkt zu Anschlägen der PKK in Europa kam? War überhaupt die PKK der Urheber dieser Anschläge?

Die Kurden in Europa unterstützen seit Jahren unseren Nationalen Befreiungskampf mit allen Mitteln und Möglichkeiten. Sie haben sich gebildet, entwickelt und einen hohen Grad an Organisation erreicht.

Die kurdische Bevölkerung in Europa ist eine homogene Masse. Sie weiß, was sie macht, ist politisch gebildet und sehr lebendig. Die Ursachen für die Aktionen in Europa in der letzten Zeit sind die Massaker des türkischen Staates in Kurdistan. Die letzten Aktionen am 4. November d.J. sind Protestaktionen gegen das Massaker der türkischen Armee in Lice gewesen.

In Kurdistan werden tausende von Menschen zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land gemacht, hunderte von Menschen ermordet, ganze Städte in Brand gesteckt und zerstört, hunderte von Dörfer entvölkert, Verwandte von Menschen, die hier in Europa leben von der Konter-Guerilla auf offener Straße ermordet.

Die Reaktionen der Kurden hier in Europa müssen als Reaktionen hierauf gesehen werden. Wenn die Frage gestellt wird, ob die PKK die Aktionen durchgeführt hat oder es sich um unorganisierte Aktionen handelt, so muß ich antworten: keins von beiden. Weder die PKK hat die Aktionen durchgeführt, noch handelt es sich um unorganisierte Aktionen. Es sind die organisierten Reaktionen der kurdischen Bevölkerung hier in Europa.

Unser Volk befindet sich in einem unvorstellbaren Dialog untereinander. Es ist eine sehr organisierte Masse. Es ist die organisierteste und lebendigste Masse in Europa. Sie ist noch organisierter als die Europäer und alle anderen ausländischen Gruppen in Europa.

Die PKK hat nicht zu den Aktionen aufgerufen. Sie hat jedoch bis zum Schluß hinter den Aktionen gestanden. Wir haben die Aktionen begrüßt, sie für legitim gefunden und unterstützt.

Was hat die PKK mit den Aktionen erreicht?

Wenn wir die Sachverhalte bewerten, so bewerten wir sie nicht mechanisch und aus der Perspektive, ob sie ihr Ziel erreicht haben oder ob sie geschadet haben. Das ist nicht mit einer Analyse über das Funktionieren einer Maschiene zu vergleichen.

Hier handelt es sich um die Reaktionen eines Volkes, das emotional, seelisch und seinen Vorstellungen mit der Heimat verbunden ist. Bei diesen Reaktionen werden Gewinne oder Schäden nicht abgewogen.

Solche Reaktionen sind der Ausdruck für die Ehrhaftigkeit, die Würde einer Nation. Sie sind deshalb notwendig. Insofern ist die Absicht mit ziemlicher Sicherheit erreicht worden.

Um auf die Frage, ob sie Schaden angerichtet haben, zurückzukommen. Da wir nicht glauben, daß die Haltung einiger europäischer Länder gegen uns nicht mit diesen Reaktionen zusammenhängt, haben wir auch keinen Schaden davongetragen. Überdies sind wir eine Bewegung, die Millionen organisiert und uns kann deshalb nicht durch irgendeinen Beschluß oder irgendwelche Angriffe wesentlicher Schaden zugefügt werden. Wir haben die Kraft und das Potential viel zu verkraften und den Angriffen entgegenzutreten.

Ist die Bundesrepublik der richtige Ort, um die Auseinandersetzung der PKK mit der Türkei auszutragen?

Man müßte meiner Meinung nach, auf diese Frage mit der folgenden Gegenfrage

antworten: Vor 15 Tagen ist ein 12jähriges kurdisches Kind mit dem Namen Barzan in der Kreisstadt Kiziltepe durch einen deutschen Panzer ermordet worden. Als Lice dem Erdboden gleichgemacht wurde, wurden deutsche Panzer verwendet.

Deutsche Waffen morden dort unsere Menschen, zerstören die Natur und die Existenzgrundlage unseres Volkes.

Kann Deutschland sich das Recht herausnehmen, daß deutsche Waffen bei dem


Tansu Çiller

Völkermord in unserem Land an unserem Volk eingesetzt werden, das für seine Freiheit einen gerechten, legitimen und historisch verwurzelten Befreiungskampf führt? Wenn sich die deutsche Regierung dieses Recht herausnimmt, dann sind die Reaktionen der Kurden in Deutschland natürlich und verständlich.

Ganz abgesehen davon ist bei diesen Reaktionen kein einziger Deutscher zu Schaden gekommen. Die Reaktionen richteten sich gegen die Einrichtungen des türkischen Staates, der die Massaker an unserem Volk begeht.

Sie richteten sich weder gegen die türkische Bevölkerung, noch gegen irgendwelche andere Volksgruppen oder das deutsche Volk. Sie richteten sich lediglich gegen die offiziellen Einrichtungen des türkischen Staates. Ihre Wut galt diesen Einrichtungen.

Stattdessen sollte vielmehr die Frage gestellt werden: Was suchen wir heute in Deutschland? Wir sollten nicht in Deutschland sein? Wir müßten unter freien Bedingungen in unserem Land leben. Und wir hätten in unserem Land gegen die Angriffe auf unser Volk reagieren müssen.

Wenn die Zerstörung von Fensterscheiben als 'Terrorismus' abgestempelt wird, so wie die deutsche Regierung es vor der Öffentlichkeit bezeichnet hat, und der Einsatz deutscher Waffen bei Massakern gegen unser Volk, sowie der Verkauf von Giftgas kein 'Terrorismus' ist, dann ist der 'Terrorismus', den wir praktizieren, ein guter 'Terrorismus'.

Ist die Gefahr nicht zu groß, daß dadurch viele der Sympathien und Freiheiten in Deutschland verpielt werden und


Helmut Kohl

dadurch die Handlungsmöglichkeiten der PKK zu sehr eingeschränkt werden?

Deutschland hat einen Beschluß gefaßt. Gleich nach dem Beschluß sind zehntausende von Kurden auf die Straße gegangen und haben unter Aufopferung ihres Lebens Widerstand geleistet. Sie haben damit ihre eigenen Einrichtungen verteidigt und sich für sie mitverantwortlich gefühlt.

Da hier die PKK nicht offiziell existiert, kann nicht von einer Schließung der PKK gesprochen werden. Hier wurde die Strafe über das Volk verhängt, seine demokratischen Organisationen und Einrichtungen.

Das KurdistanKomitee wurde bestraft. Auf der ganzen Welt wird eine Einrichtung, die Öffentlichkeitsarbeit leistet, das erste Mal in Deutschland verboten. Denn diese Institution informiert das deutsche Volk. Das heißt die deutsche Regierung hat Angst davor, daß sein Volk informiert wird.

Sie schließt eine Zeitung, was uns an Ereignisse in der Vergangenheit errinnert. An die Verbrennung von Büchern in Deutschland. Sie hat die primitive Haltung eingenommen, Zeitungen zu verbrennen und zu schließen. In einem Land, das von sich behauptet sehr demokratisch zu sein, wird eine Nachrichtenagentur geschlossen und die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt.

Was hieraus zu verstehen ist, ist zunächst einmal die Tatsache, daß nicht die PKK verboten wurde, da dies ja sowieso nicht möglich ist. Stattdessen wurden die demokratischen Institutionen des kurdischen Volkes verboten. Doch zehntausende von Kurden haben mit ihrem Leben ihre Einrichtungen verteidigt und sie wieder geöffnet. Die Frage, ob die PKK geschwächt wurde oder nicht und ob sie die Unterstützung im Volk Verloren hat, läßt sich mit der Tatsache beantworten, daß zehntausende Menschen aus Kurdistan trotz der Kälte an Protestaktionen teilgenommen und sogar bereit waren, ihr Leben aufzuopfern.

Wie groß ist die Anhängerschaft der PKK unter den Kurden in Kurdistan und Türkei?

Außer der PKK gibt es in Nordwest-Kurdistan keine andere Kraft, die eine Basis im kurdischen Volk hat, das Volk organisiert und einen Guerilla-Krieg führt. Die PKK genießt unter den Kurden in Kurdistan und in den westlichen Metropolen der Türkei eine große Sympathie, die nicht zu unterschätzen ist. 70-80% der Menschen aus Kurdistan unterstützen auf die oder andere Weise die PKK und sympathisieren mit ihr.

Warum glauben Sie verfügt die PKK, die ja mit allen Mitteln im Land bekämpft wird, über so viele Mitglieder?

Eigentlich formt sich in NordKurdistan eine neue Lebensform. Die PKK, die Führung des Nationalen Befreiungskampfes des kurdischen Volkes, hat mit der Kultur, die sie in Kurdistan geschaffen hat, einen neuen Menschen-Typen hervorgerufen. Die alten Beziehungen in Kurdistan wurden dem Erdboden gleichgemacht. In Kurdistan existieren die Institutionen, die in der Vergangenheit die Quellen der Rückständigkeit darstellten, nicht mehr. Die Autorität des türkischen Herrschaftssystem in Kurdistan ist gebrochen. Der türkische Staat hat keinen Einfluß mehr in Kurdistan. Politisch gesehen sind alle Quellen der kemalistischen Ideologie und ihr Einfluß auf das kurdische Volk zerstört.

Das kurdische Volk kann zum ersten Mal atmen. Das kurdische Volk, das bis heute diffamiert, zweitgradig behandelt

wurde und ständigen Beschimpfungen ausgesetzt war, ist heute stolz, würdevoll und besitzt wieder eine Ehre. Es ist heute gebildeter als je zuvor und weiß, was es will.

All dies hat das kurdische Volk durch die PKK erreicht. Zu einer Zeit, in der so viele Veränderungen, ja Erdbeben in einer Gesellschaft stattfinden und solch eine große Unterstützung der PKK zuteil wird, macht die Bedeutung der Hoffnung und Erwartungen deutlich, die die Menschen an die PKK stellen. Hierbei spielt die richtige Führung und ihre Situation eine sehr wichtige Rolle.

Wir glauben, daß die Hauptursachen für die Niederlagen und die Gewinne in unserer Geschichte in der Führungsposition liegen. Zum ersten Mal in unserer Geschichte hat das kurdische Volk die richtige Führung, eine Führung, die den Willen des ganzen Volkes repräsentiert, erreicht. Alle Menschen in Kurdistan, die diese Tatsache erkannt haben, sind bereit jede Unterstützung zu gewähren, trotz aller Repressionen und Angriffe.

Die Kurden haben in der Vergangenheit nur ihre Söhne und Töchter zur Guerilla geschickt. Heute schicken sie sie nicht nur: Sie kleiden ihre Töcher und Söhne eigenhändig in Peschmerga-Kleidung und schicken sie vollbewaffnet zur Guerilla. Zweifellos führen die zunehmenden Repressionen des türkischen Staates zu großen Reaktionen im Volk, daß seine Hoffnung für eine freie Zukunft in der Führung unserer Partei und im Guerilla-Kampf sieht. Dieser Glaube führt zu einer großen Verbundenheit und diese wiederum zum Anwachsen unserer Kraft und unseres Einflußes.

Wann wird die PKK mit dem angekündigten Tourismusboykott beginnen? Und wie will sie ihn durchführen?

Auch im letzten Jahr hatten wir zum Tourismusboykott aufgerufen. Es hatte auch Aktionen gegen Tourismuseinrichtungen gegeben. Letztes Jahr haben wir mit einer großen Kampagne die ganze Welt dazu aufgerufen, nicht in die Türkei zu reisen. Wir haben erklärt, daß es auf dieser Welt 180 Länder gibt, wo sie auch hinreisen können. Sie müssen nicht unbedingt in die Türkei reisen, es zwingt sie niemand dazu. Dort herrscht eine Kriegssituation vor. Dort wird ein Krieg geführt und das Leben keines Menschen ist garantiert. Trotzdem sind einige Touristen hingereist und bei Aktionen sind einige Menschen verletzt worden.

Ich betone jedoch ausdrücklich: Es wird im kommenden Jahr weitergehende Aktionen gegen den Tourismus durchgeführt werden. Die Aktionen sind nicht nur zum Sommer zu erwarten, sie werden schon im Frühjahr anfangen, d.h. also früher. Niemand sollte wegen Tourismus, ökonomischen Aktivitäten oder anderen Geschäften in die Türkei reisen. Wir können das Leben der Menschen nicht garantieren. Dort werden Aktionen stattfinden. Deshalb erklären wir vor der ganzen Weltöffentlichkeit: Wir sind nicht verantwortlich für irgendwelche Schäden.

Jede Mark, die ein Tourist dort ausgibt, bedeutet den Tod eines Menschen in Kurdistan. Niemand sollte mit der Absicht, dort als Tourist hinzureisen, die Finanzquelle für den Spezialkrieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk füllen. Die Tourismusbranche ist für uns im kommenden Jahr ein ernsthaftes Angriffsziel. Es sind breite Vorbereitungen hierfür getroffen worden. Es werden dort sehr wichtige Entwicklungen stattfinden. Ich warne hiermit alle Europäer wegen der Gefährdung ihres Lebens. Sie sollten auf keinen Fall hinreisen. Gleichzeitig möchte ich der ganzen Weltöffentlichkeit die Nachricht übermitteln, daß wir nicht mehr für irgendwelche Geschehnisse in der Zukunft verantwortlich gemacht werden können. Denn wir haben jetzt schon davor gewarnt.

Müssen die deutschen Touristen mit einer anderen Behandlung rechnen als die anderen Touristen?

Wir sind eine Bewegung, die für sehr viele menschliche Werte eintritt. Wir machen keine Unterschiede zwischen den Menschen. Allerdings haben die Aktionen der französischen und deutschen Regierungen gegen die kurdische Bevölkerung hier in Europa eine gewisse emotionale Antipathie in unserem Volk ausgelöst. Diese Antipathie können wir nicht kontrollieren. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk müssen mehr Verständnis hierfür zeigen.

Wenn trotzdem Leute hinreisen wollen, dann müssen sie sich bei uns melden und eine Erlaubnis holen. Diese Leute können wir dann schützen.

Wie sehen Sie die Rolle der deutschen Regierung in diesem Konflikt?

Die deutsche Regierung unterstützt mit der geleisteten Waffenhilfe den Spezialkrieg des türkischen Staates. Mit ihrer Politik ermutigt sie den türkischen Staat in seiner Massaker-, Leugnungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk. Deshalb ist die deutsche Regierung direkt mitverantwortlich für den Völkermord gegen unser Volk. Die letzten Gespräche haben diese Position offengelegt. Bei den letzten Gesprächen hat sich herausgestellt, daß bei den Gesprächen zwischen Tansu Ciller und Helmut Kohl während ihres Besuches in Deutschland in Wirklichkeit nicht die Ereignisse hier besprochen wurden, sondern ein geheimes Protokoll abgeschlossen wurde.

In diesem geheimen Protokoll sind Punkte über die Benutzung des Erdgases aus Aserbeidschan und des Öls in Kasachistan, der Parteiergreifung in der kurdischen Frage und einer Waffenhilfe in Höhe von 70 Mrd. DM festgelegt worden. Ebenso ist in diesem Protokoll festgehalten, daß den kurdischen Flüchtlingen hier eine Art Amnestie gewährt wird, um sie gemäß ihrer eigenen Vorstellungen dazu zu benutzen, innerhalb der PKK eine Alternative zu bilden und sie so zu schwächen.

Wir wissen ferner, daß Deutschland in diesem Zusammenhang gerade dabei ist, eine internationale Kurdistan-Konferenz vorzubereiten.

Wir appellieren an die deutsche Regierung, sich von dieser Haltung zu distanzieren, wenn sie wirklich Demokratie und Menschenrechte sich zum Prinzip gemacht hat. Die deutsche Regierung sollte nicht nur auf die Türkei hören und Beziehungen mit ihr knüpfen. Sie sollte auch das kurdische Volk und seine legitime Führung, die PKK anhören.

Und wenn sie wirklich auf der Grundlage der Einhaltung der Menschenrechte was unternehmen und entwickeln will, so sollte sie dies mit uns zusammen tun. Eine Haltung die uns ausschließt und mögliche Angriffe nähern den Boden für eine Feindschaft unseres Volkes gegen die deutsche Regierung.

Was verlangt die PKK von der deutschen Regierung? Wie sollte ihre Rolle sein?

Die deutsche Regierung muß ersteinmal die PKK richtig verstehen.

Heute wird die PKK von hunderttausenden von Menschen in Deutschland unterstützt. Diese PKK-sympathischen Familien gehören zu den moralisch am meisten gebildeten Familien. Ihre Kinder sind die saubersten Kinder Deutschlands. Ihr Leben ist

das sauberste Leben in ganz Deutschland. Sie trinken keinen Alkohol, spielen nicht, sie benutzen kein Rauschgift und treiben sich nicht in irgendwelchen Bahnöfen rum. Und dieses Leben führen sie, weil sie in Beziehung mit der PKK stehen.

Deshalb muß Deutschland die PKK richtig verstehen und bewerten. Deutschland könnte folgende Rolle spielen: Wenn die deutsche Regierung wirklich in der nächsten Zukunft mit Nord-Kurdistan eine gute Beziehung aufbauen will, dann sollte sie diese Chance nicht verspielen. Sie sollte ihre Rolle richtig spielen und sich unparteiisch verhalten. Sie sollte sich nicht in eine feindliche Position begeben, sondern eine freundschaftliche Beziehung aufbauen. Sie sollte in einen Dialog mit uns treten. Wir haben in diesem Zusammenhang mehrmals Erklärungen abgegeben und unsere Bereitschaft für Gespräche bekanntgegeben.

Aber wenn die deutsche Regierung trotz allem die Feindschaft des kurdischen Volkes auf sich ziehen will, so werden wir daran erinnern, daß die deutsche Regierung auch die osmanischen Offiziere, die bei dem Völkermord am armenischen Volk im Jahre 1915 eine wichtige Rolle gespielt haben, aufgenommen hat. Einer dieser Offiziere, Talat Pasa, ist in Berlin von einem Armenier ermordet worden. Auch damals hatte Deutschland über den Völkermord am armenischen Volk geschwiegen und Partei für den türkischen Staat ergriffen. Die deutsche Regierung sollte diesen Fehler nicht wiederholen. Sie sollte die gegenwärtige Phase richtig bewerten. Ich glaube nicht, daß es ihr Vorteile bringt, wenn sie die Feindschaft des kurdischen Volkes auf sich zu zieht.

Der türkische Staat hat keine Zukunft. Er befindet sich am Rande eines Abgrunds. Der türkische Staat befindet sich mit seiner Ökonomie, Politik, Diplomatie und seiner Armee derzeit in einer Krise. Die Zukunft gehört dem kurdischen Volk und seiner Führung, der PKK.

Wenn Deutschland eine Rolle bei dem Konflikt einnehmen will, so hat der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, in einer Erklärung bereits eine Vermittlerrolle zwischen der türkischen Regierung und uns vorgeschlagen. Wir würden eine solche Rolle der deutschen Regierung begrüßen.

Halten Sie das deutsche Volk für den Freund des kurdischen Volkes?

Ich glaube fest daran. Wir erfahren ein sehr großes Interesse vom deutschen Volk und bekommen sehr viel Unterstützung. So haben z.B. bei den letzten Protestdemonstration auch Deutsche teilgenommen und Transparente um den Hals geschlungen, auf denen geschrieben stand: "Ich bin auch für die PKK."

Wir glauben nicht daran, daß zwischen der deutschen Öffentlichkeit und dem kurdischen Volk irgendwelche Differenzen bestehen.



Bilder von der Demo in Bonn gegen das PKK-Verbot

Wir sind ein unterdrücktes Volk. Wir haben keinen Namen, wir wollen unseren Namen haben. Wir haben kein Land, wir wollen unser Land haben. Unsere Freiheit wurde uns genommen, wir wollen sie wieder zurückhaben. Wir wollen unsere nationalen Rechte ausleben. Das sind die gerechten und legitimen Forderungen jedes Volkes, das etwas von den Prinzipien der Demokratie in der Lebensform verwirklicht hat.

Das deutsche Volk versteht uns und akzeptiert auf keinen Fall die Haltung der deutschen Regierung. Und sie sagen uns auch, daß bei den ersten Wahlen die Regierung hierfür bezahlen wird.

Glauben Sie, daß die deutsche Regierung im Sinne des deutschen Volkes gehandelt hat, was das Verbot der PKK angeht?

Dieses Verbot hat nichts mit dem deutschen Volk zu tun. Das sind Entscheidungen, die infolge der geheimen Abkommen mit der türkischen Regierung beschlossen wurden.

Es gibt z.B. die Vorwürfe, daß wir Spendengelder erpressen. Die PKK hat mit Sicherheit nichts damit zu tun. Zehntausende von Kurden unterstützen uns aus freiem Willen und tun dies weiterhin. Das geht niemanden an.

Es wird behauptet, daß wir Rauschgifthandel betreiben. Dann sollen sie das beweisen. Bei unseren bewaffneten Einheiten, bei der Guerilla, wird die Benutzung von Rauschgift mit dem Tode bestraft. Wir gehen sehr hart damit um. Wir wissen noch nicht einmal, wie man Alkohol trinkt. Bei uns ist das alles verboten. All diese Behauptungen sind schmutzige Vorwürfe.

Diese Vorwürfe kommen mit ziemlicher Sicherheit nicht vom deutschen Volk. Das sind Vorwürfe, die die deutsche Regierung verbreitet. Der deutsche Innenminister ruft dazu, der PKK kein Geld zu geben.

Der türkische Staat sammelt jeden Tag über seine Konsulate und Vereine, tausenden von faschistischen Vereinen, Geld ein. In den Moscheen wird für den Spezialkrieg gegen unser Volk Geld gesammelt. Warum greift die türkische Regierung nicht diese Einrichtungen an? Was geht sie das an, wenn wir von unserem Volk Geld sammeln?

Haben wir etwa die hunderttausend Menschen zum Internationalen Kurdistan-Festival in das Frankfurter Waldstadion gezwungen? Haben wir sie alle etwa durch Zwang in die Züge und Flugzeuge gesetzt? Der deutsche Innenminister ist dazu gezwungen, uns diese Frage zu beantworten.

Das deutsche Volk hat in keinster Weise etwas mit dem Beschluß zu tun. Das deutsche Volk ist dagegen. Denn auch dem deutschen Volk ist vor allem die Tatsache bewußt geworden, daß in Wirklichkeit auch ihre demokratischen Rechte mit den Füßen getreten wurden. Mit unserer Haltung und den Aktionen haben wir gleichzeitig auch die rechtsstaatlichen Prinzipien des deutschen Volkes geschützt. Wir haben die demokratischen Rechte des deutschen Volkes verteidigt..

Abdullah Öcalan:

Wir haben den Zustand endgültig erreicht, daß wir unsere eigenen Vertreter/innen wählen lassen können

Wir werden das Nationalparlament auf befreitem Boden versammeln

Die für 1994 vorgesehenen Kommunalwahlen

Die für März nächsten Jahres vorgesehenen Kommunalwahlen in der Türkei werden wahrscheinlich heftige Reaktionen hervorrufen und der derzeitigen Regierung einen Denkzettel geben. Die Regierungskoalitionspartei SHP läuft Gefahr, dann am Ende zu sein. Das ist auch der Grund für Inönüs Flucht. Er bereitet seinen Rücktritt als Generalsekretärs vor, um die Verantwortung für eine absehbare schwere Niederlage nicht mittragen zu müssen. Und aus dem gleichen Grund zeigt Hüsamettin Cindoruk von der DYP keine Ambitionen, Generalsekretär zu werden. Er hätte große Chancen, gewählt zu werden. Warum kandidiert er dann nicht? Es herrscht ein heftiger Krieg und es hat sich gezeigt,. daß dieser Krieg jede Regierung in Schwierigkeiten bringen und ruinieren kann. Aus diesem Grund haben sie Tansu Ciller gewählt, eine Person, die nicht viel von Politik versteht und sich leicht für den Spezialkrieg engagieren läßt. Ich sage das nicht, um Frau Ciller zu diffarmieren, aber ist denn das, was sie tut, etwas anderes, als sich benutzen zu lassen? Weiß sie, daß sie den Spezialkrieg mit ihr führen wollen? Weiß sie, daß sie dazu benutzt wird, als Politur auf internationaler Ebene die Realität des Spezialkriegs zu vertuschen und das in der Öffentlichkeit die Fassade der sehr angeschlagenen und Regierung, die keine Akzeptanz genießt, zu verschönern.? Wenn sie tatsächlich sagt "Ich bin stark, ich kann Politik machen", dann muß sie auf diese Frage richtige Antworten geben können. Der Krieg wird auch diese Regierung ruinieren. Inönü ist da schlauer, er verläßt das sinkende Schiff vorher. Tansu Ciller dagegen verbleibt die zweifelhafte "Ehre" die erste weibliche Ministerpräsidentin der TR zu sein. Die Regierung hat diesen oben dargestellten Auftrag.

Cevheri-Cetin-Bitlisi

Necmettin Cevheri an der Seite Tansu Cillers ist ein neuer Idris-i Blilisi*. Der aus Urfa stammende Necmettin Cevheri ist für die Ciller-Regierung das, was Kamran Inan für die ANAP-Regierung, für die SHP-Regierung Cetin und damals für Sultan Selim Idris-i Bitlis war. Wir hatten eine besondere Haltung gegenüber den Kollaborateurskreisen aus Urfa. Denn sie spielten zuerst alle in der ANAP und heute in der DYP. Wir haben erklärt, daß sie eine gefährliche Truppe darstellen. Ich glaube, sie haben deshalb ganz bewußt Cevheri zum rechten Arm von Ciller gemacht. Hikmet Cetin benutzten sie ebenfalls auf die gleiche Weise. Als Inönü den Lausanner Vertrag unterzeichnete, hat er auch einige Kurden als kurdische Vertreter mitgenommen. Nun ist der kurdische Vertreter der DYP eben Cevheri, so wie der der SHP Cetin ist und die Türken und Kurden würden dieses Land schon regieren (!). Das ist Augenwischerei! Der eine sagt im Inland und der andere im Ausland "Schaut her, ich bin Kurde und wir haben viel zu sagen", um die Öffentlichkeit zu täuschen. Aksu verstand das während der ANAP-Ära sehr gut. Er brachte neue Organe hervor. Es ist natürlich klar, daß dies alles von der Konterguerilla gelenkt wird. Dieses Mittel wird in den kommenden Monaten auch noch ziemlich eingesetzt werden.

Necmettin Cevheri greift jetzt auch im Spezialkrieg. Er müht sich, die Konterguerillaeinheiten für den Spezialkrieg in Kurdistan zu stärken, führte eine Inspizierung bei ihnen durch.

Demokratische Alternative

Bei den Kommunalwahlen im März könnten sie eine schwere Niederlage erleiden. Aber es steht auch im Raum, daß die Menschen mit Gewalt zu den Wahlurnen gezwungen werden. Die Menschen werden oft mit Bestechung gekauft. Und es gibt auch keine Alternative. Wen soll das Volk da wählen? Die ANAP ist eine noch schlimmere Spezialkriegspartei, noch rechter. Bei

der CHP ist es absolut unklar, wie konsequent sie ist. Ecevit ist noch rechter als die Rechten. Neue Parteigründungen haben auch keine konsequente Politik betrieben. Vielleicht wird es auch Behinderungen geben.

Dem Volk wird also kein Ausweg und keine Alternative gelassen. Deshalb heißt es ja auch "Du bist zu dieser Regierung gezwungen." Das Volk kann also seine Reaktion nicht umfassend zum Ausdruck bringen. Das wollen sie so von oben, das Volk ruhigstellen... daß die Opposition Mesut Yilmaz ist und die Macht Tansu Ciller, also die Ministerpräsidentin und es sonst nichts mehr gibt, als die Wahl zwischen diesen beiden ... zwischen zwei falschen Möglichkeiten. Dazu ist das Volk verurteilt worden.

Deshalb muß das Volk seine eigene Alternative hervorbringen. Wir nennen das demokratische Alternative. Die revolutionären, demokratischen Kräfte aus der Türkei müssen sich mit den Patriot/inn/en aus Kurdistan, mit denen wir die Einheit der nationalen Kräfte entwickeln wollten, bei dieser Wahl zusammenschließen. Es muß eine gemeinsame Perspektive mit Schwerpunkten entwickelt werden. Dann kann das Volk eine Alternative entwickeln.

Wenn die DEP verboten wird

Wenn die DEP oder eine ähnliche Partei bei der Wahl verboten wird, wenn sie nicht an der Wahl teilnehmen darf, kann eine Wahl auch über unabhängige Kandidat/inn/en laufen. Könnten die Wahlen verschoben werden? Wir müssen erst einmal klarstellen, daß wir von diesen Wahlen keine so große Bedeutung erwarten. Schließlich bringen sie keine starken demokratischen Initiativen, sondern den Untergang, sind vom Spezialkrieg gelenkt. Es gibt kaum Möglichkeiten. Deshalb wird es uns auch nicht in die Lage eines Stillstands bringen, wenn diese Wahlen nicht durchgeführt werden sollten. Schließlich haben wir in Kurdistan ohnehin eine Lage, in der die örtlichen Plattformen gescheitert sind. Die bürgerlichen Parteien werden in Kurdistan keine große Rolle mehr spielen können. Selbst wenn die Stadträte und Bürgermeister gewählt werden, werden sie keine Einfluß bekommen oder abgeschafft werden. Wir werden nicht zulassen, daß sie im Dienst des Spezialkriegs arbeiten. Aber wenn eine demokratische Organisation entsteht, könne wir diese unterstützen. Das hängt auch von der Demokratisierung in der Türkei überhaupt ab. Unser Platz im Kampf um eine allgemeine Demokratisierung ist klar. Wir spielen eine ausschlaggebende entscheidende Rolle. Und die werden wir auch in diesen Wahlen spielen. Wir werden den Spezialkrieg mit seinen rechten Regierungen und die rechte Opposition nicht durchkommen lassen.

Das kurdische Nationalparlament und die Kriegsregierung

Die Fragen des Nationalparlaments und der Kriegsregierung sind eine bestimmte Phase. Es gibt Entwicklungen in diese Hinsicht.

Das Nationalparlament gewinnt sowohl im Norden als auch im Süden immer größere Entwicklungsmöglichkeiten. Und auch die Idee einer kurdischen Regierung gewinnt in Botan und in Behdinan immer stärkere Entwicklungsmöglichekeiten. Die Chancen zur Verwirklichung steigen. Wir haben diese auf der theoretischen Ebene eröffnet, aber wir haben damals nicht gesagt, daß es in der Praxis sofort verwirklicht werden würde. In Botan und Behdinan sind die Entwickelungen so, daß weit über die bestehenden Kolonialregierungen hinaus eine kurdische Regierung am Entstehen ist. Unsere Existenz in Botan hat die Qualität einer Halbregierung, wenn unsere Kontrolle nicht sogar noch weiter geht... uns sie entwickelt sich immer mehr.

Das Nationalparlament entwickelt sich in großen Dimensionen. Die Situation ist klar für das kurdische Nationalparlament. Der Bruch (d. Übers.: mit dem Kolonialsystem und der Autorität des Staates) ist bereits vollzogen. Wenn Wahlen durchgeführt werden, ist das kurdische Volk auf jeden Fall in der Lage, seine eigenen Vertreter/innen zu wählen. Das zeigt den Unterbau, der da geschaffen wurde. Wir werden in nächster Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit zur Bildung des Kurdischen Nationalparlaments auf befreitem Boden aufrufen. Wir haben die Aktivitäten dazu im Jahr 1993 vorangetrieben und die Vorbereitungen dafür getroffen. Es wurden eine Reihe von Kommissionen gebildet und eine Vorbereitungskonferenz durchgeführt. Und bekanntlich wurde die Vorbereitungskonferenz für das Kurdische Nationalparlament auch in Kurdistan durchgeführt. Jetzt kommt die Überleitung all dieser Vorbereitungen in die Gründung des kurdischen Nationalparlaments an die Reihe. Genauso wurde auch die Front der Nationalen Einheit proklamiert. Die Front wird sicher auch in das Nationalparlament mit eingehen. Das bedeutet also, daß die Gründung schnell voranschreitet. Die Realisierungschancen sind hoch. Danach wird sich eine kurdische Regierung, zunächst auf Stadtteilebene und später bis hin zur gesamten nationalen Ebene zunehmend entwickeln und an Einfluß gewinnen. Schon jetzt gibt es Abstufungen davon. Es gibt eine Reihe von Vorbereitungsaktivitäten für das Nationalparlament. Viele Kommissionen sind bereits gegründet. Auch die regionalen Parlamente sind derzeit schon in Gründung, ihre Unterkommissionen werden gegründet. Es müssen einige Gesetze erlassen werden, sie sind in Vorbereitung. Die Beziehungen und Verbindungen werden schon jetzt geknüpft und es werden intensive Vorgespräche geführt.

Am Ende wird daraus das Parlament Kurdistans und seine Regierung entstehen. Dabei darf man weder sehr übereilt vorgehen noch die ganze Sache auf die lange Bank schieben. Richtig ist es, wenn wir in Verbindung mit dem revolutionären Kampf eine gesetzliche Grundlage schaffen und mit der Zeit zu entwickeln versuchen, eine Anerkennung auf internationaler Ebene zu erreichen. Und genau das wird auch gemacht.

---

* Scheich Idris-i Bitlis
war der Herr über den Bezirk Bitlis im 16. Jahrhundert. Scheich Idris-i Bitlis, der ein einflußreicher intellektueller Herr war, stützte sich auf den osmanischen Sultan Yavuz Selim und war sein Berater. Er lieferte den Schlüssel zu Kurdistan dem Sultan aus. Dank seiner Unterstützung besiegten die Osmanen die Schah-Armee und wurden Herrscher über Kurdistan und die Region. Als Gegenleistung für seine Dienste bekam Idris-i Bitlis einen Palast in Istanbul und wurde zum Berater des Sultans ernannt.

Reaktionen aus der Presse

Zu den Angriffen der türkischen Armee auf die Kreisstadt Lice am 22. Oktober d.J.

Im folgenden geben wir Auszüge aus Presseberichten über die Angriffe der türkischen Armee auf die Kreisstadt Lice in der Provinz Diyarbakir am 22. Oktober d.J. wieder. Im Rundfunk und in der Presse wurde berichtet, daß in der Stadt angeblich Kämpfe zwischen der türkischen Armee und den Guerillas der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) stattgefunden hätten. Dabei sei der Brigade-General Bahtiyar Aydin von den Guerillas erschossen worden, hieß es in den Berichten.

Diese Behauptung wurde später eindeutig durch Delegationen, die sich vor Ort von der Situation vergewissern und mit Augenzeugen reden konnten, widerlegt.

So wie bei dem Massaker der türkischen Armee in der Stadt Sirnak am 18. August 1992, handelte es sich auch in diesem Falle um ein Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung. Das Gefecht war vorgetäuscht worden und sollte die Rechtfertigung für das Massaker liefern. Auch der General war von der türkischen Armee selbst ermordet worden.

Deutsche Presseagentur, 23.10.1993:

"...Nach heftigen Kämpfen im südosttürkischen Lice, der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) haben die Sicherheitsbehörden in Lice in der südosttürkischen Provinz Diyarbkair eine unbefristete Ausgangssprerre verhängt sowie Ein- Und Ausreisen verboten.

Begründet wurden diese Maßnahmen mit wieder aufflammenden Gefechten in der Stadt sowie mit fortdauernden Operationen der Armee in der Umgebung. Über die Zahl der Todesopfer sowie Verlezte gab es am Samstag noch keine Klarheit (...)

(...) Die politische und militärische Führung der Türkei schloß nach einem Krisengipfel unter Leitung von Ministerpräsidentin Tansu Ciller die Verhängung des Kriegsrechtes anstatt des herrschenden Ausnahmezustandes über die Provinzen der Region aus, in der die PKK seit neun Jahren einen Guerillakrieg um ein unabhängiges Kurdistan führt. Am Montag kommt unter Vorsitz von Staatspräsident Süleyman Demirel der Nationale Sicherheitsrat zusammen. Für den Mittwoch rief Parlamentspräsident Hüsamettin Cindoruk die Vorsitzenden aller elf in der Großen Nationalversammlung vertretenen Parteien zur Teilnahme an einem 'Terror-Gipfel' auf."

Deutsche Presseagentur, 23.10.1993:

(...) Der kurdische Informationsdienst Kurd-Ha erklärte in einer am Samstag in Düsseldorf verbreiteten Pressemitteilung, die türkischen Streitkräfte hätten in Lice ein Massaker verübt und mindestens 300 Menschen umgebracht. Sie berief sich dabei auf Berichte in der türkischen Presse und im Rundfunk.

Westfälischer Anzeiger (Hamm), 25.10.1993:

(...) Zahlreiche Todesopfer soll am Wochenende ein massiver Angriff türkischer Streitkräfte auf die hauptsächlich von Kurden bewohnte Stadt Lice im Osten des Landes gefordert haben, der nach dem tödlichen Anschlag auf einen General begann. Die in Deutschland tätige kurdische Nachrichtenagentur Kurd-Ha meldete mindestens 200 Tote unter der Zivilbevölkerung. In anderen kurdischen Berichten war von 160 Toten die Rede. Die Stadt sei total von der Außenwelt abgeschnitten, hieß es.

Unterdessen hat die türkische Ministerpräsidentin Ciller am Sonntag im Zusammenhang mit der verschärften Lage ihr Kabinett umgebildet. Neuer Innenminister wurde der bisherige Erziehungsminister Nahit Mentese (61), neuer Verteidigungsminister der bisherige Staatsminister Mehmet Gölhan (64).

Deutsche Presseagentur, 28.10.1993:

In Lice wurde die militärische Lösung praktiziert

In Lice in der südosttürkischen Provinz Diyarbakir sieht es aus, als habe ein Erdbeben, ein Großfeuer oder der Krieg die 10 000-Einwohner-Stadt heimgesucht. Wo die Häuser nicht zusammengestürzt sind, sind die Wände vom Inferno geschwärzt. Anhaltender Regen verstärkt die trostlose Stimmung.

(...) In den Straßen liegen zwischen Schutt und Müll Tausende leere Patronenhülsen. In der rund 300 Meter langen Geschäftsstraße bewegen sich Menschengruppen. Unter ihnen bekannte Gesichter: Kulturminister Fikri Saglar beispielsweise oder Abgeordnete verschiedener Parteien. Poliszisten mit entsicherten Waffen und quäkenden Funkgeräten begleiten die Gruppen zum Hauptgebäude der Stadtverwaltung, das ebenso von Einschüssen durchlöchert ist wie die Moschee in der Nachbarschaft.

'In Lice wurde die militärische Lösung praktiziert, von welcher Seite auch immer', sagt ein alter Kurde. (...)

Eine alte Kurdin weint vor ihrem zerstörten Haus. 'Das waren die Soldaten', sagt sie auf kurdisch, 'es gab kei-

ne PKK, nur die Soldaten'. Ein junger Kurden erinntert sich: 'Ein schwarzer Hubschrauber flog über unsere Köpfe und feuerte ununterbrochen auf die Häuser.'(...)

Daß in Lice viele Zivilsten ums Leben gekommen sind, dafür hat Erkan eine Erklärung: 'Wer sich nicht einmischt, sein Haus nicht der PKK öffnet, ist ein Zivilist. Wer aber die PKK unterstützt, ist zumindest ein Sympathisant. Das muß man wissen, bevor man von angeblich getöteten Zivilisten spricht.'

Die tageszeitung-taz, 02.11.1993:

Lice war ein Einschüchterungsversuch

Ein Delegation grüner PolitikerInnen aus Deutscchland besuchte am Wochenende die zerstörte kurdische Stadt Lice im Südsoten der Türkei. Sie waren die ersten BeobachterInnen, die in die Stadt gelangten, die tagelang von türkischen Militärs von der Außenwelt abgeriegelt worden war. Die taz sprach mit dem nordrehin-westfälischen Landtagsabgeordneten Siggi Martsch und dem Bremer Bürgerschaftsabgeordneten Walter Ruffler.

taz: Welchen Eindruck hatten Sie von Lice?

Walter Ruffler: Ein großer Teil der Stadt is abgebrannt. 400 Häuser sind völlig zerstört oder beschädigt. Alle Geschäfte im Zentrum sind zerstört, die Scheiben zerschossen. Einige Geschäfte waren völlig ausgebrannt. Wir haben etliche Lastwagen gesehen, die mit den Habseligkeiten der Bewohner vollgeladen wurden. Wir hatten den Eindruck, daß viele Bewohner Lice verlassen.

Siggi Martsch: Es gibt keine Versorgung in der Stadt. Die Infrastruktur ist zusammengebrochen.

tarz: Offiziell heißt es, daß Brot und andere Lebensmittel nach Lice transportiert und verteilt werden.

Ruffler: In den Läden gibt es fast nichts zu kaufen. Nur vor dem Polizeigebäude stand eine Menschenmenge, die darauf wartete, daß Brot von den Behörden verteilt wurde. Der Landrat und der Polizeikommissar haben uns gesagt, daß sie die Verteilung organisieren. Wir haben aber keine größeren Mengen Verteilgut gesehen.

Zur Rekonstruktion der Ereignisse: Von Regierungsseite heißt es, daß die PKK ("Arbeiterpartei Kurdistans", d.Red.) die Stadt überfallen habe und daß die Sicherheitskräfte das Feuer erwidert hätten. Der türkische General Bahtiyar Aydin sei von PKK-Guerilleros getötet worden.

Martsch: Wir haben sowohl mit dem Ausnahmezustandsgouverneur als auch dem Landrat von Lice gesprochen. Auf Nachfrage hat der Landrat erklärt, daß ca. 150 Angehörige der Guerilla nach Lice eingesickert seien und die Zerstörungen in der Stadt verursacht hätten. Er hat nicht von Gefechten gesprochen. Er hat gesagt, die Armeekräfte außerhalb der Stadt hätten nicht in die Stadt gehen können, weil dort auf sie geschossen wurde. Bei Einbruch der Dunkelheit seien die Guerilleros unbemerkt entkommen. Doch alles deutet darauf hin, daß es keine Gefechte gegeben hat. Es ist sogar fraglich, ob überhaupt Angehörige der Guerilla in der Stadt waren. Es gibt keine Spuren, die auf einen Kampf hindeuten. Außer dem Rathaus sind keine Amtsgebäude zu Schaden gekommen, weder das Landratsamt noch das Polizeigebäude. Alle Scheiben des Polizeigebäudes sind intakt. Es gibt zwar einige Einschußlöcher, die könnten aber wesentlich älter sein. Auch die Unterkünfte der Agnehörigen der Sicherheitskräfte sind vollkommen unbeschädigt. Die Guerilla hätte die offiziellen Gebäude angegriffen und nicht die Unterkünfte der armen Leute. Im Bereich der Moschee wurde mit starkem Geschütz - möglicherweise mit einem Panzer - geschossen. Wir sahen ein ca. 60 cm starkes Loch im Beton. Ich glaube kaum, daß die Guerilla über solche Waffen verfügt.

Ruffler: Etliche Bewohner haben uns versichert, daß es kein Gefecht gab. Sie schilderten die Brände folgendermaßen: Soldaten seien in die Gebäude hineingegangen und hätten sie aufgefordert, die Gebäude zu verlassen. Dann sei ein gelbweißes Pulver verstreut und angesteckt worden. Wenn man die Art der Schäden, die inkongruente Darstellung von offizieller Seite und die eindeutigen Aussagen von seiten der Bevölkerung zusammennimmt, gelangt man zu dem Eindruck, daß die Einwohner die Wahrheit berichten.

Martsch: Von offizieller Seite wird gesagt, es gibt 13 Tote, wovon 4 bis 5 als "Guerilleros" bezeichnet werden. Außerdem gäbe es 34 Verletzte und etwa 100 Festnahmen. Die Bevölkerung sagt, es habe rund 25 Tote und rund 150 Verschwundene gegeben. Es wurde berichtet, daß mehrere Tote auf dem Marktplatz schwere Folterverstümmelungen aufgewiesen haben und daß ihre Hände mit einer Nylonschnur gefesselt waren. Die Verletzten sind teilweise ins Krankenhaus nach Diyarbakir gebracht worden. Einige sind erblindet. Das könnte auf chemische Einwirkungen zurückzuführen sein. Doch Indizien für eine Giftgasattacke gibt es nicht.

taz: Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Niederbrennen der Häuser und der Erschießung des Generals Bahtiyar Aydin in Lice?

Martsch: Es wurde berichtet, daß die Auseinandersetzungen am Donnerstag morgen, den 22. Oktober gegen 9.00 Uhr begannen, nachdem vorher ein Minibus mit Sicherheitskräften den Ort verlassen hatte und offensichtlich auf dem Weg beschossen wurde. 4.000 bis 5.000 Soldaten seien an den Auseinandersetzungen beteiligt gewesen, die den ganzen Tag und die Nacht gedauert haben. Nach offizeillen Angaben ist der General erst am Donnerstag um 12.00 Uhr auf der Kommandatur getötet worden. Die Brandstiftung in Lice kann also nicht als Racheakt für die Tötung des Generals rekonstruiert werden.

taz: Was kann die Motivation für die Sicherheitskräfte sein?

Martsch: Es gibt zwei Aspekte. Einerseits war es ein Einschüchterungsversuch. Man wollte an einer Bevölkerung, der man nachsagt, besonders PKK-freundlich zu sein, ein Exempel statuieren. Auf der anderen Seite stimmt es überein mit der Politik in Ankara, die von einer militärischen Lösung spricht. Dies sind die Vorboten einer weiteren Eskalation.

Frankfurter Rundschau, 30.10.1993:

Armee-Angriff auf Lice bestätigt

Belege für Brandstiftung und Pan-

zer-Einsatz in Kurdenstadt

Bei dem Angriff auf die Kurden-Stadt Lice im Südosten der Türkei handelt es sich nach Beobachtung der Grünen-Politikerin Angelika Beer eindeutig um einen "gut vorbereiteten" Angriff der türkischen Armee. Offenbar wolle das Militär das Gebiet und die Stadt, die als freundlich gegenüber der militanten Rebellenorganisation PKK gelten, säubern. Das sagte Beer am Freitag telefonisch der FR. Sie hält sich derzeit in der Kurden-Metropole Diyarbakir auf, von wo aus sie Lice besucht hatte. Der Gouverneur in Lice habe die Berichte über Angriffe als "Propaganda" abgetan.

Beer fand dagegen die Angaben von Augenzeugen bestätigt, nach denen aus Hubschraubern und Panzern Brandsätze eingesetzt wurden. Die Bewohner seien von Soldaten aus ihren Wohungen geholt und diese dann in Brand geschossen worden. Da viele Gebäude in Lice von Erdbebenopfern wenig massiver errichtet worden seien, hätten die Granaten die Behausungen oft glatt durchschlagen. Von etwa 1000 Häusern seien 400 zerstört. Die Angriffe, bei denen zuvor auch viele Dörfer in der Umgebung zerstört worden seien, hätten offenbar ihr Ziel erreicht: Die Gegend solle "gesäubert" werden. In langen Schlangen verließen die Bewohner ihre Stadt. Viele wüßten noch nicht wohin. Beobachter des schmutzigen Krieges in der Südosttürkei hatten wiederholt darauf hingewiesen, daß die Strategie der Armee darauf abziele, ländliche Regionen zu entvölkern. Landwirtschaft sei weitgehend unmöglich, die Städte glichen in ihren Elendsvierteln großen Flüchtlingslagern, die ständig wüchsen. Offenbar glaubten die Behörden, dort bessere Kontrolle zu haben.(...)

Das PKK nahe Kölner Kurdistan-Komitee zählte am Freitag weitere zehn Dörfer in der Provinz Sirnak auf, die bombardiert worden seien. Aufgrund von Angaben der staatlich gelenkten türkischen Nachrichtenagentur Anatolien kamen bei jüngsten Kämpfen in der Ost-Türkei mindestens zwölf Menschen ums Leben. Wie üblich berichtete Anatolien über PKK-Angriffe auf Dörfer, bei denen auch Zivilisten umgekommen seien. Nach PKK-Darstellung werden stets nur bewaffnete "Dorfwächter" bekämpft.

Zu dem 'Vernichtungskrieg', den die türkischen Regierungsvertreter gegen das kurdische Volk ausgerufen haben

Gleich nach der Rückkehr der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller von ihrer Reise in der USA traf der Nationale Sicherheitsrat der Türkei am 25. Oktober 1993 in Ankara zusammen, um über eine neue Strategie gegen die Führung des kurdischen Befreiungskampfes, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), zu beraten.

Neben der Verlängerung des Ausnahmezustandes kündigte der türkische Staat auf der Sitzung dem kurdischen Volk den totalen 'Vernichtungskrieg' an. Gleichzeitig wurden die Medien und alle Parteien zur nationalen Mobilmachung gegen die kurdische Befreiungsbewegung aufgerufen. Für Mittwoch rief Parlamentspräsident Hüsamettin Cindoruk Vertreter aller Parteien zu einem 'Krisengipfel' auf.

Auch die Vertreter der Medien wurden zu einer Krisensitzung gerufen und dazu gemahnt die nationalen Interessen gegen die Drohungen aus dem "Südosten der Türkei" in den Vordergund zu stellen. Mit anderen Worten, die Medien sollten sich entsprechend den Befehlen der Militärs verhalten und damit als Sprachrohr des schmutzigen Krieges gegen das kurdische Volk dienen.

Im folgenden geben wir einige Berichte aus der deutschen Presse zu dem Thema wieder:

Deutsche Presseagentur, 27.10.1993:

Ankara will 'Vernichtungskrieg' gegen PKK

Die politische und militärische Führung der Türkei ist nach einem Bericht der Tageszeitung 'Hürriyet' zum 'Vernichtungskrieg' gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) entschlossen. Unter der Schlagzeile, "Historische Entscheidung" berichtete die nationalliberale Zeitung am Mitwoch, Generalstabschef Dogan Güres habe erklärt, die Vernichtung der PKK und ihrer Führer in diesem Winter sei beschlossen worden. So würden neue, modernere und wirksamere Waffen in die Kampfregion geschickt, in der die PKK seit neun Jahren einen Guerillakrieg gegen den NATO-Staat um ein unabhängiges Kurdistan führt. Dem Bericht zufolge unterstützt die türkische Regierung die Vernichtungsstrategie der Armee. So habe der neue Verteidigungsminister Mehmet Gölhan "wichtige Entwicklungen in naher Zukunft" angekündigt.

Die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), der politische Flügel der militanten Separatistenorganisation PKK hatte zuvor angekündigt, den "Kampf zur Befreiung des kurdischen Volkes" zu verstärken und in die Metropolen der Türkei zu tragen.

Die osstürkische Stadt Igdir an der türkische-armenischen Grenze wurde unterdessen nach offiziellen Angaben am Dienstagabend von PKK-Guerillas angegriffen. Die Nachrichtenagentur Anadolu berichtete, die mit Raketenwerfern und anderen schweren Waffen ausgerüsteten Rebellen hätten rund anderthalb Stunden lang öffentliche Gebäude und Einrichtungen sowie Kasernen beschossen. Dabei seien mehrere Brände ausgebrochen. (...)

Deutsche Presseagentur, 25.10.1993:

Ausnahmezustand in Südosttürkei verlängert - kein Kriegsrecht

Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei hat die Verlängerung des Ausnahmezustandes in zehn Provinzen im Osten und Südosten des Landes um vier Monate befürwortet. Auf die Verhängung des Kriegsrechts wurde vorerst verzichtet. Die Empfehlung werde der Regierung zur Vorlage im türkischen Parlament übermittelt, meldete die halbamtliche Nachritenagentur Anadolu am Montag nach einer fünfstündigen Sitzung des Rates über die künftige Strategie im Kampf gegen die militante Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Der Vorsitzende des Rates, Staatspräsident Süleyman Demirel, hatte zuvor die Verhängung des Kriegsrechtes nicht ausgeschlossen. (...)

Deutsche Presseagentur, 25.10.1993:

Fast zehn Jahre blutiger Guerilla-Krieg um ein sozialistisches Kurdistan

Fast zehn Jahre dauert nunmehr der

1984 von der kurdischen Separtistenbewegung Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) begonnene Guerilla-Krieg um ein unabhängiges sozialistisches Kurdistan. Seitdem sind fas 8 000 Menschen ums Leben gekommen. (...)

Eine Entspannung ist nicht in Sicht. Der aus dem benachbarten Ausland aus agierende PKK-Führer Abdullah Öcalan kündigte eine Verschärfung des Guerillakrieges mit rund 30 000 Kämpfern ab Frühjahr nächsten Jahres an. Gegenwärtig wird die Zahl der PKK-Guerillas auf rund 10 000 geschätzt, von denen etwa 6 000 in der Türkei, 2 500 im Nordirak und die restlichen in Iran, in Syrien oder in Armenien sein sollen. Die Türkei ihrerseits hat nach eigenen Angaben rund 140 000 Soldaten in den Unruheregionen im Osten und Südosten im Einsatz und entlastet diese zunehmend durch den Einsatz von Sonderkommandos. (...)

Minderheitenrechte genießen Kurden in der Türkei nicht. Nach den Verträgen von Lausanne ist die Türkei verpflichtet, Juden Armeniern und Griechen Minderheitenrechte einzuräumen, ihnen die Kultur- und Sprachpflege, die Unterhaltung von Schulen und Goteshäusern sowie Publikationen in ihren Sprachen und Schriften zu erlauben. Das am 24. Juli 1923 in Lausanne unterzeichnete Protokoll hatte die Grenzen der modernen türkischen Republik, die am kommenden Freitag ihr 70jähriges Bestehen feiert, festgelegt. Von einem unabhängigen kurdischen Staat wie er in dem von den Siegermächten dem zusammenbrechenden Osmanischen Imperium diktierten Friedensvertrag vorgesehen war, war nicht mehr die Rede.

Kriegerische Aufstände der Kurden gegen die Türkei hatte es seit 1925 mehrere Male gegeben. Sie wurden alle niedergeschlagen. Auch der jünsgste Aufstand der Kurden, angezettelt und angeführt von der PKK, soll niedergeschlagen werden. Wer sich als türkischer Staatsbürger kurdischer Abstammung mit der Republik als 'Türke' arrangiert, kann in der Tat höchste Stufen der Hierarchie in Politik, Armee und Gesellschaft erklimmen.

Deutsche Presseagentur, 10.11.1993:

Ankara verschärft Anti-Terror-Gesetz im Kampf gegen PKK - Aufruf zum Frieden von Parlamentariern - Mindestens elf Rebellen getötet

Im Kampf gegen die militante kurdische Separatistenorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) verschärft die Türkei nach offiziellen Angaben ihre Anti-Terror-Gesetzgebung. Nach dem von der Regierung Tansu Cillers im Parlament eingebrachten und von der Nachrichtenagentur Anadolu verbreiteten Entwurf sollen Demonstrationen und Märsche gegen die nationale und territoriale Einheit der Türkei sowie gegen die laizistische Grundordnung auf der Basis einer strikten Trennung von Staatsführung und Religion schwerer als bisher geahndet werden.

Bei Separatismuspropaganda in Wort und Schrift" im Inland drohen zwei bis fünf Jahre Haft und Geldstrafen bis zu 100 Millionen Lira (etwa 13 000 Mark). Bei Verstößen gegen dieses Gesetz im Ausland sind Haftstrafen zwischen drei und sechs Jahren vorgesehen. Wer sich des Namens der PKK bedient, um Straftaten wie etwa das Kassieren von Schutzgeldern zu begehen, werde "wie ein Terrorist behandelt". Ferner sieht der Entwurf die Gründung eines staatlichen Fonds zur Finanzierung des "Kampfes gegen den Terrorismus" vor.

Deutsche Presseagentur, 04.11.1993:

Türkei verstärkt Druck auf Nachbarstaaten wegen PKK

Die Türkei hat vier ihrer Nachbarstaaten zum Verzicht auf Unterstützung oder Duldung der militanten kurdischen Separatisten aufgefordert. Regierungschefin Tansu Ciller sagte am Donnerstag in Istanbul, es lägen Hinweise für ungehinderte Aktivitäten der 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK) gegen die Türkei von den Territorien Syriens, Iraks, Irans und Armeniens vor. Ihr Land "gehe davon aus", daß die 'Terroristen' ohen Wissen der genannten Staaten handelten. "Sollten sie unsere Freunde sein, wollen wir ihnen helfen, die PKK von ihrem Gebiet zu entfernen. Wenn nicht, ist es Zeit zu handeln", sagte Ciller.

Seit Dienstag hält sich eine Regierungsdelegation aus Ankara zu Gesprächen in der syrischen Hauptstadt Damaskus auf. Nach Berichten der Istanbuler Tageszeitung 'Hürriyet' versucht die Türkei offenbar, den türkisch-syrischen Streit um die Euphrat-Wasser als Druckmittel einzusetzen. Ankara habe gedroht, "keinen Schritt mehr zur Lösung des Wassestreits zu unternehmen", falls sich Syrien nicht eindeutig gegen die PKK stelle. Syrien ist zur Sicherung der Strom- und Wasserversorgung auf den in Anatolien entspringenden Fluß Euphrat angewiesen, der in der Tükei mehrfach gestaut wird.

Weiter schreibt das Blatt, die türkische Luftwaffe werde im äußersten Fall nicht vor einer Bombardierung des syrisch-kontrollierten Bekaa-Tals in Libanon zurückschrecken, wo das Hauptquartier des PKK-Führers Abdullah Öcalan vermutet wird.

Frankfurter Rundschau, 02.10.1993:

600 Kurden-Dörfer im 'totalen Krieg' entvölkert

"Die Soldaten kamen, als ich gerade beim Morgengebet war, und trieben uns unter Schlägen auf dem Dorfplatz zusammen", erzählt der 56jährige Buer G. aus dem kurdischen Dorf Pecar, 90 Kilometer nordöstlich von Diyarbakir. Dann habe die 300köpfige Anti-Guerilla-Einheit der türkischen Armee "weißes Pulver an die Wände geschmiert" und 40 der 66 Häuser in Brand gesetzt. Niemand konnte seine Habe retten. Man habe sie weggejagt und sie flüchteten nach Diyarbakir.

Das Schicksal der 400 Dorfbwewohner von Pecar ist im türkischen Teil Kurdistans etwas Alltägliches. Nach Angaben des Menschenrechtsvereins IHD sind seit 1990 rund 600 kurdische Dörfer von türkischer Polizei und Armee entvölkert und zerstört worden. Damit soll der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK der Nährboden entzogen werden. Die Vertriebenen fliehen in die Städte, an deren Rändern immer neue Elendsquartiere, entstehen. So ist die Einwohnerzahl Diyarbakirs von rund 300 000 vor 10 Jharen auf heute über eine Million gestiegen. Arbeit gibt es für die Flüchtlinge nicht. In der Stadt gibt es nur zwei größere Fabriken.

So fristete Bauer G. mit seiner 10-köpfigen Familie sein Leben in einer 1-Zimmer-Wohnungen und versucht

uzusammen mit den zwei erwachsenen Söhnen, die Familie mit Gelegenheitsarbeiten und Straßenverkauf durchzubringen. Die Hoffnung auf Rückkehr ist gering: viele "entleerte" Döfer sind vermint und vom Militär abgeriegelt.

Rund 300 Kilometer östlich Diyarbakirs liegt in den Bergen die Provinzhauptstadt Sirnak. Ausländische Besucher erhalten erst nach langen Verhandlungen mit dem Militärbefehlshaber die Erlaubnis, die Stadt eskortiert von Soldaten und Zivilpolizisten zu betreten. Fotografieren ist verboten. Offenbar sollen die Spuren von Bestrafungsaktionen der Polizei und Armee nicht dokumentiert werden. (...)

Frankfurter Rundschau, 28.10.1993:

Türkei will kurdische Rebellen "ausrotten"

Demirel schließt Zugeständnisse an PKK aus

(...) Die türkische Statsführung hat angekündigt, sie werde die Rebellen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK "ausrotten". Staatspräsident Süleyman Demirel schloß "jeden Kuhhandel und jedes Zugeständnis" an die PKK aus. "Es gibt nur eine einzige Möglichkeit: diese Möderbande auszurotten", sagte Demirel am Mittwoch in Ankara. Die Armeeführung kündigte einen "Vernichtungskrieg" an.

Demirel sprach sich auch dagegen aus, der kurdischen Minderheit das Recht auf Schulunterrricht in ihrer Muttersprache einzuräumen. Er schloß nicht aus, daß über die unruhigen türkischen Südostprovinzen das Kriegsrecht verhängt wird, sofern sich dies als notwendig erweise. Nach seinen Angaben sind im Kurdenkonflikt seit 1984, als die PKK den bewaffneten Kampf für einen eigenen Kurdenstaat aufnahm, nahezu 10 000 Menschen getötet worden. (...)

Die nationalliberale türkische Tageszeitung Hürriyet berichtete, die politische und militärische Führung der Türkei sei zum "Vernichtungskrieg gegen die PKK" entschlossen. Generalstabschef Dogan Güres habe mitgeteilt, es sei beschlossen worden, in diesem Winter die PKK und ihren Führer Abdullah (Apo) Öcalan zu vernichten. In diesem "Vernichtungskrieg" würden modernere und wirksamere Waffen eingesetzt. (...)

Frankfurter Rundschau, 06.11.1993:

Wegen Kurden-Verfolgung Waffenembargo gegen Türkei verlangt

Delegation spricht von Zuspitzung des Bürgerkrieges und Leiden der Zivilisten/1,7 Millionen Flüchtlinge (...)

(...) Faktisch herrscht nach Angaben der Delegationsteilnehmer im türkischen Teil Kurdistans Kriegsrecht, nachdem der Nationale Sicherheitsrat der Türkei die sogenannten Anti-Terror-Gesetze verschärft habe "Kurdische Musik, kurdisch Reden und das Bekenntnis, Kurde zu sein, wird wieder mit Strafandrohung gemäß Artikel 8 Antiterrorgesetz (Separatismus) verfolgt. D.h.: Leben ist verboten", heißt es in dem Bericht, der unter anderem vom Bündnis-Vorstandsmitglied Angelika Beer und dem Düsseldorfer Landtagsabgeordneten Siggi Martsch vorgelegt wurde.

Diese Angaben werden durch Erkenntnisse der Hilfsorganisation medico international bestätigt, die über neue Angriffe der türkischen Armee auf Kurdendörfer in der Provinz Mardin berichtete. Sieben Gemeinden seien vollständig zerstört worden. Das Militär habe mit Flammenwerfern Land- und Anbaugebiete und Ernten verbrannt sowie 6202 Bewohner ohne Habe vertrieben. Von insgesamt 1,7 Millionen Flüchlingen dürfte nach medico-Befürchtungen ein Großteil den Winter nicht überleben. Es fehlten Unterkünfte und medizinische Versorgung.

Beer forderte namens ihrer Partei ein sofortiges Waffenembargo gegen die Türkei, das die "Vernichtung der Kurden" duch die Regierung in Ankara aufhalten könnte. "Die Bundesrepublik Deutschland ist Kriegspartei", heißt es in ihrem Pressetext unter Hinweis auf Waffenlieferungen und militärische Zusammenarbeit mit der Armee des NATO-Partners Türkei. Jegliche Kooperation mit Ankara im Bereich der NATO-Hilfe, Rüstungshilfe, geheimdienstlicher Ausbildung und Zusammenarbeit über Interpol müsse offengelegt und eingestellt werden, fodert das Bündnis. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sei einzufrieren, bis die Türkei die Menschenrechte beachtet.



Unter dem Stichwort "Internationale Verantwortung" fordern Bündnis 90 und die Kurdistan-Delegation die Europäischen Staaten und die USA auf, sich ihrer direkten Kriegsunterstützung bewußt zu werden und die Konsequenzen in Form eines Rüstungsembargos zu ziehen. Das gleiche gelte aber auch für Iran, Syrien und Irak. UN und Europarat sollten Beobachter in die Türkei schicken. Auch sollten sie Druck auf Ankara ausüben, alle demokratischen Parteien (also auch die kurdischen) zu den Kommunalwahlen im kommenden März zuzulassen.

Frankfurter Rundschau, 10.11.1993:

Mörderische Axthiebe gegen die Zeitungsjungen

(...) In jüngsgter Zeit haben es die Mörder immer mehr auf Kinder abgesehen, die prokurdische Zeitungen wie das von den Zensurbehörden immer wieder beschlagnahmte Blatt Özgür Gündem vertreiben. Neun Mitarbeiter von Özgür Gündem wurden bereits ermordet. Jetzt soll der Vertrieb des Blattes offenbar unterbunden werden: mehrere Zeitungsjungen im Alter von zwölf, dreizehn Jahren, die Özgür Gündem austrugen, wurden durch gezielte



Schüsse in den Nacken oder Axthiebe von Unbekannten ermordet.

Die Politiker in Ankara stehen diesem von Tag zu Tag eskalierenden Konflikt zunehmend passiv gegenüber. Die Entscheidungen fallen offenkundig auf anderer Ebene: im türkischen Generalstab. Ein bemerkenswerter Rollentausch scheint stattzufinden: die Regierenden ziehen sich aus der Diskussion um politische Lösungsmöglichkeiten der Kurdenfrage zurück, lassen stattdessen merkige Durchhalteparolen hören und übernehmen die Diktion der Militärs, wenn sie, wie kürzlich Staatspräsident Süleyman Demirel, die "Ausrottung" der kurdischen Rebellen ankündigen. Auf der anderen Seite spielt sich, mit bewußt "politisch" gehaltenen öffentlichen Erklärungen, Interviews und gesellschaftlichen Auftritten Generalstabschef Güres immer mehr in den Vordergrund. Der Eindruck, daß er sich auf eine andere Role vorbereitet, ist nicht von der Hand zu weisen. Das türkische Nachrichtenmagazin Briefing konstatierte bereits einen "schleichenden Staatsstreich".

Auch wenn viele die Spekulationen über einen neuerlichen Coup der Generäle - es wäre der vierte Putsch in etwas mehr als drei Jahrzehnten - für übertrieben halten, wird doch immer deutlicher, daß der Kurdenkonflikt die Fundamente der tükrischen Staatsordnung zu erschüttern beginnt. Die meisten Beobachter gehen davon aus, daß sich die Militärs mit ihrer Forderung nach Verhängungen des Kriegsrechts über die Südostprovinzen früher oder später durchsetzen werden. Die für den Winter angekündigte Großoffensive gegen die PKK-Rebellen dürfte weit massiver ausfallen als alle bisherigen militärischen Angriffe dieser Art. Daß bei Flächenbombardements und Artilleriebeschuß Opfer unter der Zivilbevölkerung in Kauf genommen werden, zeigte sich bereits bei den türkischen Angriffen auf mutmaßliche Rebellenstützpunkte in Nordirak.

Frankfurter Rundschau, 10.11.1993:

Hilferuf aus Kurdendorf

Türkische Armee droht angeblich mit Angriff und Vernichtung

(...) Die türkische Armee hat nach Angaben eines ZDF-Fernsehteams die 950 Einwohner des kurdischen Dorfes Kursunlu bei Dicle in der Südosttürkei aufgefordert, ihre Siedlung spätestens bis zum heutigen Mittwoch morgen, 7 Uhr, zu verlassen. Wie der ZDF-Reporter Michael Enger dem Bündnis 90/Die Grünen am Dienstag telefonisch aus Diyarbakir mitteilte, droht das Militär, nach Ablauf des Ultimatums das Dorf zu beschießen, auch wenn Einwohner dort bleiben.

Weiter berichtete Enger, Kursunlu sei schon vor drei Tagen angegriffen worden. Sieben Häuser seien zerstört, eine Frau angeschossen worden. DAbei seien auch deutsche Waffen, unter anderem Panzer des DDR-Typs BTR 60, eingesetzt worden. Die Lebensmittel- und Wintervorräte des Dorfes seien vernichtet worden. Das ZDF-Team werde "bei einem Versuch, die Vernichtungspolitik der türkischen Regierung und des Militärs zu dokumentieren, stark durch Sicherheitskräfte behindert", teilte Enger mit. Nach Angaben des Bündnis 90 appellierte der Dorfvorsteher von Kursunlu an "die Menschen hier und im Ausland: helft uns!" Das Bündnis fordert die Bundesregierung auf, sich bei der türkischen Regierung für Kursunlu einzusetzen.

Nach Angaben des Menschenrechtsvereins Diyarbakir hat die türkische Armee bisher 800 Kurdendörfer zerstört, 80 allein im vergangenen Monat. Ackerbau und Viehzucht wird der kurdischen Zivilbevölkerung Beobachtern zufolge unmöglich gemacht; Großstadt-Slums wachsen. (...)

Süddeutsche Zeitung, 26.10.1993:

Türkisches Kabinett umgebildet

Nationaler Sicherheitsrat verlängert Ausnahmezustand

Im Zusammenhang mit der verschärften Lage in den Krudengebieten im Südosten der Türkei hat die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller Schlüsselministerien ihrer Regierung umbesetzt. Ciller habe die Minister für Inneres und Verteidigung durch zwei Kabinettskollegen abgelöst, meldete die Nachrichtenagentur Anatolien unter Berufung auf eine Erklärung der Ministerpräsidentin. Nachfolger von Innenminister Mehmet Gazioglu sei der bisherige Erziehungsminister Nahit Mentese. Gazioglu werde Staatminister. Neuer Erziehungsminister sei der bisherige Verteidigungsminister Nevzat Ayaz, dessen Amtsbereich Staatsminister Mehmet Gölhan übernommen habe. Der Nationale Sicherheitsrat befürwortete die Verlängerung des Ausnahmezustandes in zehn Provinzen im Osten und Südosten des Landes um vier Monate. (...)

Süddeutsche Zeitung, 10.11.1993:

Neue Strategie Ankaras im Kampf gegen die PKK

(...) Die türkische Regierung versucht, den Druck auf die kurdischen Rebellen mit militärischen Mitteln zu verstärken. Die Armee begann im Rahmen einer neuen Strategie zur Bekämpfung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) mit der Verteilung von Waffen an die Bevölkerung, wie die Zeitung Hürriyet unter Berufung auf einen Sprecher des Armee-Generalstabs berichtete. Der Sprecher, der anonym bleiben wollte, habe gesagt, es seien mehr als 27 000 Gewehre an Dorfbewohner verteilt worden, hieß es. Regierungschefin Tansu Ciller hatte angekündigt, Syrien wolle die Türkei im Kampf gegen die PKK unterstützen. (...)

Tageszeitung (taz), 29.10.1993:

Der "Kampf gegen den Terror"

(...) In Diyarbakir, der heimlichen kurdischen Hauptstadt im Südosten der Türkei, gab am Montag der türkische Generalstabschef Dogan Güres der türkischen Tageszeitung Hürriyet ein Interview: "Eine historische Entscheidung", schlagzeilte die Zeitung das Interview, in dem der Generalstabschef ankündigte, daß in diesem Winter der PKK ("Arbeiterpartei Kurdistans") zerschlagen werden würde. Die Wortwahl zeigt die Gangart der Militärs gegen die kurdische Guerilla an. "Sie werden alle krepieren. Inklusive der Führer dieser Organisation. Alle Offiziere und Soldaten sind fest entschlossen. Und es gibt keine Resignation. Die separatistischen Räuber haben keine Chance gegenüber dem Staat." (...)

Neues Deutschland, 29.10.1993:

"Hürriyet" nennt Ziele

(...) Die türkische Tageszeitung "Hürriyet" hat Namen von Zielpersonen des türkischen "Vernichtungskrieges" gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) veröffentlicht. Genannt wurden in dem Bericht am Donnerstag der in Syrien vermutete PKK-Führer Öcalan, dessen Bruder Osman als Verantwortlicher des vom Irak und Iran ausgehenden Guerillakrieges, und weitere regionale Kommandeure der ARGK, des militärischen PKK-Flügels. Das nationalliberale Blatt veröffentlichte ferner Fotos des Deutschland-Verantwortlichen Yilmaz der ERNK, des politisch-propagandistischen PKK-Flügels, sowie des in Paris lebenden Ali Sapan, der für die diplomatischen Beziehungen der PKK verantwortlich sei. Unterdessen dauerten am Donnerstag die Kämpfe im Osten und Südosten der Türkei an.

Die Aktionen der kurdischen Bevölkerung am 4. November d.J. und die Diskussion um einen Verbot der PKK

Als eine Reaktion auf die Massaker des türkischen Staates in Kurdistan und die stillschweigende Unterstützung Europas haben Kurden am 4. November d.J. europaweit Aktionen gegen türkische Einrichtungen durchgeführt.

Angesichts der Tatsache, daß die Mehrzahl der in Europa lebenden Kurden in Deutschland lebt (ca. 500 000), fanden deshalb die meisten Aktionen in Deutschland statt.

Deutschland hat gleichzeitig als eine wirtschaftliche Macht im Mittleren Osten einen wichtigen Einfluß vor allem auf die Länder Türkei und Iran. Die Beziehungen zur Türkei sind um so stärker, da die Türkei auch ein NATO-Partner ist und sich nicht von Europa getrennt sehen will. Ohne die militärische und wirtschaftliche Unterstützung, die die Türkei von Europa, vor allem aber von Deutschland bekommt, könnte die Türkei den schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk nicht einmal einige Monate führen.

Deutschland hat der Türkei seit 1960 Militärhilfe in Höhe von 6,5 Mrd. DM geleistet. Zuletzt lieferte sie der Türkei 96 sogenannter Phantomflugzeuge, die angeblich lediglich der Aufklärung dienen. Davor hatte sie der Türkei ab Anfang 1990 Waffen aus den alten NVA-Beständen der DDR im Werte von insgesamt 1,5 Mrd. DM geliefert. Darunter auch die berüchtigten achträdrigen BTR-60-Panzer, die vom türkischen Militär bei der Zerstörung von Dörfern und Städten eingesetzt werden. Die ARD-Sendung Monitor vom 18.11.1993 dokumentierte den Einsatz der Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung.

Welche Wahl bleibt den Kurden angesichts der Tatenlosigkeit der europäischen Regierungen gegenüber den täglich zunehmenden Massakern, Dorfzerstörungen und willkürlichen Massenverhaftungen.

Das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und die Schließung kurdischer Vereine und Einrichtungen, scheint in diesem Zusammenhang lächerlich. Zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen, zu denen die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) aufgerufen hat, haben bewiesen, daß die PKK über eine breite Basis innerhalb der kurdischen Bevölkerung in Europa verfügt. Das Verbot gegen die PKK erschwert eine Lösung der Frage. Die europäischen Länder müssen endlich einsehen, daß es keine Lösung in der kurdischen Frage geben kann, ohne die PKK miteinzubeziehen.

Die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, müssen endlich Druck auf die Türkei ausüben, um eine friedliche und politische Lösung der kurdischen Frage zu bewirken. Andernfalls werden die europäischen Staaten die Frage nicht lösen können. Die deutsche Regierung begeht einen Fehler, wenn sie glaubt, die Kurden in Europa stünden nicht hinter der PKK.

Deutsche Presseagentur, 04.11.1993:

Der Wortlaut des Bekennerschreibens

(...) Nach dem Anschlag auf das Büro der Turkish Airlines in Frankfurt wurde folgendes Bekennerschreiben im Gebäude hinterlassen:

WIR PROTESTIEREN

- Gegen den Völkermord, den der türkische Staat gegen das kurdische Volk ausgerufen hat
- Gegen die Ermordung von mehreren hundert Menschen, die am 22. Oktober in die Kreisstadt Lice in der Provinz Diyarbakir ermordet wurden
- Gegen die Zerstörung und Entleerung von mehr als 700 kurdischer Dörfer in den letzten zwei Jahren
- Gegen die Festnahme, systematische Folter und die Ermordung von Dorfbewohnern sowie die Beschlagnahmung ihrer Wintervorräte
- Gegen die Ermordung von oppositionellen Journalisten und Politikern sowie ihre Verschleppung durch die Konter-Guerilla
- Gegen die Drohung von Staatspräsident Demirel und Generalstabschef Güres: "Wir werden die Kurden totschlagen. Bis Frühling 1994 werden wir sie liquidieren. Wir werden sie auch in Europa liquidieren."
- Gegen die Lieferung von Waffen aus einigen europäischen Ländern, die in dem Krieg gegen das kurdische Volk eingesetzt werden.
- Wir werden gegenüber dem Völkermord in Kurdistan nicht schweigen!

Deutsche Presseagentur, 04.11.1993:

Kurden attackieren europaweit türkische Einrichtungen - Ein todesopfer und zahlreiche Verletzte - PKK-Verbot gefordert -

Mit Molotow-Cocktails, Knüppeln und Schußwaffen haben Kurden am Donnerstag vor allem in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern türkische Einrichtungen attackiert: In Wiesbaden gab es bei einem Brandanschlag ein Todesopfer. Zahlreiche Menschen wurden bei den Angriffen in vielen deutschen und drei Schweizer Städten sowie in Wien, Kopenhagen, London und Straßburg verletzt. Die Höhe des Sachschadens ist nicht abschätzbar. Es gab zahlreiche Festnahmen. (...)

Süddeutsche Zeitung, 05.11.1993:

Ein Toter bei Brandanschlag in Wiesbaden

Acht Verletzte in türkischem Geschäftshaus/Offenbar europaweit gesteuerte Aktion

Bei Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen in mehreren Ländern Europas, aber vor allem in Deutschland, sind mindestens ein Mensch getötet und zahlreiche Türken verletzt worden. Die Täter gehören vermutlich zur separatistischen kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Ein Toter war nach einem Anschlag in einem vor allen von Türken genutzten Wohn- und Geschäftshaus in Wiesbaden zu beklagen. Allein hier wurden acht Menschen verletzt.

Fast zur gleichen Zeit verübten Kurden in Frankfurt am Main im Abstand von nur wenigen Minuten drei Anschläge auf türkische Einrichtungen. (...) In einem Schreiben, das nach dem Angriff dort gefunden wurde, heißt es: "Wir protestieren gegen den Völkermord, den der türkische Staat gegen das kurdische Volk ausgerufen hat." Ziel der Täter waren in zahlreichen deutschen Großstädten Einrichtungen wie Reisebüros, Filialen der türkischen Fluglinie und Banken. Auch in Kopenhagen, London, Straßburg, und drei Schweizer Städten schlugen die Gewalttäter fast zeitgleich zu. (...)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.11.1993:

Kommentar

Die Hand der PKK

(...) doch zeigt sich Ankara andererseits merkwürdig realitätsblind, wenn es immer wieder die These wiederholt, es gebe keine Kurden-Frage, sondern nur ein Terrorismus-Problem. Eine Studie des türkischen Generalstabs hat ergeben, daß im Südsoten Anatoliens etwa 350 000 Menschen mit der PKK sympathisieren. Sind das alles Terroristen?

Die Türkische Republik ist dieser Tage siebzig Jahre alt geworden. An ihrem Anfang stand der von Atatürk im Jahr 1925 niedergeschlagene Kurdenaufstand des Scheich Said; jetzt ist es die PKK, die das Land herausfordert und auch Europa immer stärker in Mitleidenschaft zieht. Nur ein türkischer Politiker ist bereit gewesen, über die offizielle Staatsdoktrin seines Landes hinaus über eine politische Lösung der leidigen Kurden-Frage zu reden: Turgut Özal. Doch der ist in diesem Jahr gestorben.

Frankfurter Rundschau, 05.11.1993:

Kurden-Anschläge in ganz Europa

Frankfurt a.M., 4. November

Auf türkische Einrichtungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern sind am Donnerstag fast zeitgleich Anschläge verübt worden. Dabei gab es in Wiesbaden einen Toten und acht Verletzte. Die Polizei vermutet als Urheber die in der Türkei verbotene Rebellenorganisation PKK. Außenminister Klaus Kinkel (FDP) sprach sich für ein Verbot der PKK aus; Gewalt militanter Kurden sei nicht hinnehmbar. Das PKK-nahe Kölner Kurdistan-Komitee erklärte, von einer koordinierten Aktion nichts zu wissen. Es seien aber "Anrufe kurdischer Patrioten" eingegangen, die sich zu "Aktionen" aus Protest gegen die jüngsten Angriffe der türkischen Armee gegen Kurden-Dörfer bekannt hätten.

Am folgenschwersten waren Brandanschläge auf eine Gaststätte und ein Ladengeschäft im Wiesbadener Westend, wo viele Türken wohnen. Dabei wurde ein Mensch getötet und acht wurden verletzt, einer davon schwer. Der Präsident des Landeskriminialamtes, Klaus Timm, sagte am Nachnmittag, er gehe davon aus, daß die in der Türkei bewaffnet für Autonomie kämpfende kurdische Arbeiterpartei (PKK) dahinter sehe, auch wenn es dafür "derzeit noch keine Beweise" gebe. In Wiesbaden wurden gleich nach der Tat vier Verdächtige festgenommen. Auf einem anonymen Flugblatt, das in Tatortnähe gefunden wurde, heißt es: "Wir protestieren gegen den Völkermord, den der türkische Staat gegen das kurdische Volk ausgerufen hat." Etwa zur selben Zeit überfielen Unbekannte in Frankfurt am Main drei Banken und eine Filiale der Turkish Airlines mit Molotow-Cocktails und Hämmern und zertrümmerten Schaufenster und Mobiliar. In Hessen, wo mindestens zwölf Anschläge gemeldet wurden, waren unter anderem eine türkische Druckerei in Neu-Isenburg und eine Bank in Kassel betroffen. (...)

Bereits am 24. Juni war eine Reihe von Überfällen auf türkische Botschaften, Konsulate und Geschäfte verübt worden. Auch damals war die Lage der Kurden in der Türkei der Anlaß. Ein Sprecher der PKK-Europavertretung ERNK hatte darüber zur FR gesagt, daß unghaltene Landsleute wegen der Brutalitäten im türkisch-kurdischen Krieg aktive würden und die ERNK dies nicht steuern könne.

Bundesaußenminister Klaus Kinkel sagte in Bonn, es sei "nun endgültig an der Zeit, die militante PKK" in der Bundesrepublik zu verbieten. SPD und Grüne verurteilten die Gewalt. So werde die gesellschaftliche Zustimmung gegen den von den Grünen nach wie vor geforderten Abschiebestopp für türkische Kurden gefährdet, schrieb deren Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, Rupert von Plottnitz.

Zu den jüngsten Anschlägen sagte eine Sprecherin des PKK-nahen Kölner Kurdistan-Komitees, daß über eine gelenkte Aktion nichts bekannt sei. Anrufer, die sich als Kurden ausgaben, hätten sich aber zu "Aktionen" bekannt und gesagt, sie protestierten damit gegen das jüngste "Massaker" der türkischen Armee in der Kurden-Stadt Lice. Dort waren Ende Oktober nach PKK-Angaben Hunderte, nach Angaben unabhängiger Beobachter 27 Menschen bei massiven Militärangriffen ums Leben gekommen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.11.1993:

Die Bundesregierung erwägt, die PKK zu verbieten

Nach den Anschlägen vom Donnerstag fordert auch der SPD-Abgeordnete Bernrath mehr Strenge

(...) sind am Freitag in mehreren Bundesländern kurdische Einrichtungen von der Polizei durchsucht worden. Schwerpunkte der Polizeiaktion waren Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. In Bonn wurde mitgeteilt 46 Verdächtige seien festgenommen worden. Regierungssprecher Vogel verurteilte namens der Bundesregierung die Anschläge. Bundeskanzler Kohl habe gesagt, derartige Verbrechen seien nicht zu dulden. Kohl und Innenminister Kanther kündigten an, ein Verbot der PKK werde geprüft. Es sei mit einer raschen Entscheidung zu rechnen.

Kanther führte am Donnerstag Gespräche mit den Innenministern der Bundesländer, die von den Anschlägen besonders betroffen waren. Er sprach mit dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, dem brandenburgischen Innenminister Ziel (SPD), mit dem hessischen Innenminister Günther und dem nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor. Es wurde darauf verwiesen, das Bundesamt für Verfassungsschutz habe Erkenntnisse über Planungen kurdischer Extremisten gehabt. Diese seien an die Bundesländer weitergegeben worden. Kanther nahm Kontakte zu den Innenbehörden Frankreichs und Großbritaniens auf; auch dort hatte es am Donnerstag Anschläge kurdischer Extremisten gegeben.

Ein Verbot der PKK hätte nach den Regeln des Vereinsrechts das Bundesinnenministerium auszusprechen. Doch warnte Kanther davor, sich von einem solchen Verbot zuviel zu versprechen. Tatsächlich ist die als straffe Organisation geltende PKK nicht nach den Maßstäben des deutschen Vereinsrechts gestaltet. Im Vereinsregister ist sie nicht aufgeführt. Doch gibt es Organisationen, von denen die Sicherheitsbehörden vermuten, sie seien PKK-nah. Dazu gehört nach Angaben des Verfassungsschutzes der "Verein patriotischer Künstler Kurdistans in der Bundesrepublik Detuschland". Dieser organisierte im August vergangenen Jahres in Bochum ein "Internationales Kurdistan-Festival", an dem etwa 30 000 Kurden teilnahmen. Aus den Sicherheitsbehörden wurde berichtet, angebliche Anhänger der PKK trieben in Deutschland Schutzgelder ein; zahlungsunwillige Kurden seien mit Gewalt gefügig gemacht worden. Es gab auch Hinweise, die PKK betreibe Drogenhandel. (...)

Frankfurter Rundschau, 08.11.1993:

Das kurdische Dilemma

Die Anschläge auf türkische Einrichtungen in der vergangenen Woche haben einen unstreitigen politischen Effekt: Dieser Stellvertreter-Terrorismus auf fremdem Staatsgebiet nützt den Gegenern der kurdischen Freiheit. Geheimdienst, die Reaktionäre und Panturkisten in der Armee und Politik der Türkei, doch auch die Unterdrückungsapparate im Lande Saddam Husseins, in Syrien und in Iran können sich die Hände reiben. Keine ihrer Propaganda-Kampagnen könnte derart wirksam Abneigung gegen "die" Kurden erzeugen. Ihr Feldzug, zuweilen ein Ausrottungsfeldzug, gegen zaghafte und entschlossene friedfertige und militante Regungen des vergewaltigten kurdischen Nationalbewußtseins hat ungeahnten Aufschwung.

Nach allen bisher vorliegenden Indizien sind die Täter nicht mit den Nutznießern identisch. Nach allem, was bisher bekannt ist, widerspricht die Wirkung den Motiven. Die Anschlags-Serie war offenbar sorgfältig vorbereitet. Das deutet auf eine organisation hin, die sich den Blicken jeder "Abwehr" zu entziehen weiß und deren harter Kern, deren Kommando-Ebene höchst professionell vorgeht. In einem Bekennerschreiben, das an einem Tatort - dem Büro der Luftfahrtgesellschaft Türk Hava Yollari in Frankfurt - gefunden wurde, wird das Motiv genannt: Nich schweigen über den Völkermod in Kurdistan. Die Indizienkette gewinnt damit an Eindeutigkeit.

Sollte also die kadermäßig und konspirativ organisierte Kurdische Arbeiterpartei (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK) Urheber der Terrorakte und verantwortlich für wengigstens ein Todesopfer sein, und sollten die Beweise dafür wie für andere Anschläge im Juni dieses Jahres stichfest sein, dann zieht diese radikale Partei sich selber das Verbot zu. Dies ist ein gewichtiges, unabweisbares Argument, das aus den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaats zwingend folgt.

Nur ist der Fall damit wahrlich nicht abgeschlossen. Die Kriege in Kurdistan sind damit nicht beendet. Dort wüten die eingangs erwähnten Täter-Organisationen weiter. Ein Freibrief für die Gaskriegs-Generale, die im irakischen Halabja Hunderte qualvoll getötet haben, eine Generalabsolution für eine unkontrollierte türkische Soldateska, die in den vergangenen Jahrzehnten nun wirklich mehr auf dem Kerbholz hat als die Zerstörung der Kurdenstadt Lice - kurz: ein Ermächtigungs-Ukas für jene anderen Täter darf nicht geschrieben werden.

Das Verhalten der westlichen Demokratien enthält jedoch einen solchen Freibrief - im Falle der Türkei und, sobald es der politischen Konjunktur entspricht, auch in den Fällen Irak und Iran. Dem NATO-Partner Türkei ist nicht nur die Diskriminierung der Kurden als Bergtürken jahrzehntelang gestattet worden. Die türkische Armee wird laufend mit Waffen versehen, die zum neuerdings wieder erklärten Ausrottungsfeldzug gegen die Kurden dienen. Hinweise auf das Selbstbestimmungsrecht - ein Recht, das das Überleben von Minderheiten und kleinen Völkern schützen soll - blieben Pflichtübungen.

Und wenn den gelegentlich kurdische Bewegungen gegen gewalttätige Regime unterstützt wurden, dann diente dies nicht kurdischen Interessen, sondern beispielsweise denen der USA gegen Irak. Die feine Unterscheidung zwischen "nützlichen" Kurden und solchen, denen man beim Überlebenskampf von ferne mißbilligend zuschaut, ist tief unethisch.

Es war bitter wenig Ermutigung für diejenigen türkischen Regierungen und Parteien zu finden, die sich um einen politischen Ausweg bemüht haben. Die Demokratie in der Tükei hat die Partner im Westen stets erheblich weniger interessiert als die Zuverlässigkeit des Bündnispartners in Ankara. Verschämt nur äußerte sich regierungsoffizielle Kritik, sei es in Zeiten der parlamentarischen Herrschaft, sei es während der Militärdiktaturen. (...)

TAGEBUCH DER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN


Dogan, ein Oberstufenschüler wurde von der Polizei erschossen

Chronologie des Staatsterrors vom 26. September bis 23. Oktober

26. Oktober:
Im Dorf Xarok (Atalar) in Mardin-Mazidag wurden die Hirten Ali Ceri, Ridvan Duman und Badin zwei Tage lang brutal gefoltert.

29. September:
In der Stadt Yüksekova in der Provinz Hakkari wurden neben dem einzigen Zeitungskiosk der Stadt auch Geschäfte in der Altanlar Passage und ein Restaurant von der Konterguerilla durch Bomben zerstört. Durch die Detonationen kam es auch an umliegenden Häusern zu großen Schäden.

29. September:
Das Stadtzentrum von Hizan in Bitlis wurde von den Staatskräften bis zum nächsten Morgen beschossen. Dabei wurde ein Bäcker durch Schüsse ermordet. Viele Wohnhäuser und Geschäfte wurden durch die Schüsse beschädigt. Die Stadt wurde von den Staatskräften umstellt und von der außenwelt abgeriegelt. Am Morgen wurden bei Massenfestnahmen über 50 Bewohner/innen verhaftet.

29./ 30. September:
In Diyarbakir wurden vier Menschen von der Konterguerilla ermordet. Der 17-jährige Arbeiter Abdulhakim Aktür wurde in de Abendstunden im Stadtteil Melikahmet auf der Straße durch Schüsse ermordet. Im Stadtteil Baglar wurde der Bauunternehmenr Hüseyin Yildirim, der Besitzer der Buchhandlung Botan von drei Konterguerillas durch Schüsse ermordet. Im gleichen Stadtteil wurde um 8.00 Uhr morgens der 17-jährige Schüler Abudlvahap Pala auf dem Weg zur Schule von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet. Bei einem bewaffenten Angriff der Konterguerilla auf ein Cafe wurde der Gast Salih Aslan lebensgefährlich verletzt. Er starb später im Krankenhaus.

30. September:
Große Waldgebiete in Siirt-Baykan wurden von den Staatskräften durch Bombardierungen aus der Luft in Brand gesetzt. Der Wald brannte bis zum nächsten Tag weiter und ist stark geschädigt worden.

1. Oktober:
In Elbistan wurden die DEP-Funktionäre Isa Kurakurt, Hüseyin Yilmaz, Hüseyin Gür, Dogan Akgül und Güzel Karakurut, unter dme Vorwand "Unterstützung der PKK" verhaftet, das Staatssicherheitsgericht Malatya verhängte Haftbefehl.

In Silvan wurde in den Mittagsstunden der 24-jährige Schreibwarenladenbesitzer Salim Sarikan vond er Konterguerilla ermordet.

Gegen 5.30 Uhr wurde das Dorf Bane (Ormanici) in Sirnak-Güclükonak zum zweiten Mal von den Staatskräften überfallen. Sie vernichteten die Lebensmittelvorräte, zerstörten den Hausrat der Bewohner/innen und zündeten einige Häuser. Der Gendarmeriekommandant setzte ihnen eine Frist von fünf Tagen, ihr Dorf "freiwillig" zu verlassen und drohte, es sonst mit Gewalt zu entvölkern. Die Bauern und Bäuerinnen haben nach diesen Überfällen keine Vorräte für den Winter mehr.

Das Dorf Akdag in Idil wurde von Militärs und "Dorfschützern" überfallen. Während alle Bewohner und Bewohnerinnen von Akdag von den Soldaten außerhalb des Dorfes zusammengetrieben wurden, zerstörten 100 "Dorfschützer" die Lebensmittelvorräte und den Hausrat der Bauern und Bäuerinnen von Akdag.

2. Oktober:
Die türkische Armee bombardierte erneut Südkurdistan. Sie warf Bomben über dem Gebiet Behdinan aus Hubschraubern ab. Durch die Detonation wurde eine Bäuerin, die in das Dorf Destanexi unterwegs war, ermordet und fünf weitere Zivilisten verletzt. Der Sicherheitsdirektor von Zaxo pro-



Bilder von der zerstörten Stadt Altinova

testierte gegen diesen erneuten Angriff und erklärte, daß es völlig unglaubhaft ist, wenn die TR behauptet, sie wäre nur gegen die PKK vorgegangen, weil 100 Meter von der bombardierten Stelle entfernt eine Militärstation der Pesmergas sei, die auch dieses Gebiet unter Kontrolle hätten.

3. Oktober:

Am Abend wurden Idris Levent, Lezgin Sito, S. Ismail, Tahir Ahmet und Muhammet Bahattin, Schmuggler aus Zaxo in der Nähe des Dorfes Kolye von der türkischen Armee ermordet. Die Soldaten beschlagnahmten die Zigaretten der ermordeten Schmuggler.

Bei der Operation der türkischen Armee in Südkurdistan in Harkuke neun Hirten - Hursit Salih, Abdullah Ömer, Fahir Sahin, Kadir Ali, Gurgin Süme, und Halit und drei namentlich nicht bekannte Hirten von der türkischen Armee erst gefangen genommen und später durch Schüsse ermordet. Der Vertreter der KDP in Ankara, Sefin Dizayi, erklärte, daß in Südkurdistan neun Zivilisten, darunter vier Frauen, durch Angriffe der türkischen Luftwaffe umgebracht und sieben verletzt wurden.

Am Nachmittag wurde Besta in Sirnak erneut von der türkischen Armee bombardiert und die Wälder in Brand gesetzt.

Auch in Dersim wurden große Waldgebiete von der türkischen Armee in Brand gesteckt.

In der Provinz Batman wurden bei einer Massenverhaftungsoperation 400 Menschen festgenommen und gefoltert.

4. Oktober:

Ein Kleinbus aus dem Dorf Parseng, der nach Bitlis unterwegs war, wurde von "Dorfschützern" mit Maschinengewehren beschossen. Dabei wurden eine Frau, ein Kind und vier Männer ermordet.

Der 20-jährige Muzaffer Tekin, der in einem Fotogeschäft gearbeitet hatte, wurde in Diyarbakir von der Konterguerilla durch einen Schuß ermordet.

Am gleichen Tag starb im Staatskrankenhaus Diyarbakir Güllü Mehmet Tektas, der nach einem Angriff der Konterguerilla am 22. September mit schweren Kopfverletzungen eingeliefert wurde.

Ein Geschäft im Stadtteil Baglar in Diyarbakir wurde von der Konterguerilla beschossen und danach mit Handgranaten beworfen. Das Geschäft gehört einem ehemaligen Abgeordneten der Partei ANAP. Verletzt wurde niemand.

5. Oktober:

Staatskräfte der Militärstation Uludere in Silopi ermordeten neun Schmuggler und Zivilisten, die illegal die türkisch-irakische Staatsgrenze zwischen Nord- und Südkurdistan überquerten.

Im Dorf Avkamasya (Toptepe) in Sirnak-Cizre wurde der 76-jährige Bauer Haci Bejdar Simsek bei der Feldarbeit von Soldaten der türkischen Armee ermordet. Im Dorf Bisere (Karaören) in Silopi schoß die türkische Armee auf zwei Bäuerinnen, von denen eine ermordet und die andere schwer verletzt wurde. Das ganze Dorf wurde mit Kanonenbeschuß zerstört.

Auch in Agri wurden mehrere Dörfer von der türkischen Armee überfallen und teilweise niedergebrannt, darunter das Dorf des Abgeordneten Ferci Aloaslan (ANAP) in Hamur, das Dorf Aladag. Spezialteams folterten neun Hirten in diesem Dorf und raubten die Wertsachen.

In Batman wurden die Häuser von Hayrettin Dal und Semsettin Dal im Stadtteil Huzur von der Konterguerilla beschossen. Beide wurden durch die Schüsse ermordet.

In Desim-Mazgirt und Van-Catak wurden die DEP-Funktionäre Ali Riza Turan, Niyazi Yildirim, Murat Turan, den Bürgermeister von Cat Hidir Ergün und Fethi Sahin verschleppt. Sie sind seitdem verschwunden, die Angehörigen sind in Sorge um ihr Leben.

Am gleichen Tag wurde der Lastwagenfahrer Emin Acar auf der Fahrt von Batman nach Midyat von "Dorfschützern" beschossen und schwer verletzt.

6. Oktober:

Die Leiche des Neffen des Bürgermeisters von Yüksekova, Mecit Baski, wurde in der Nähe von Ankara gefunden. Baski war eine Woche zuvor von der Konterguerilla entführt worden und durch Folter ermordet worden.

7. Oktober:

In Diyarbakir wurde der 42-jährige Straßenkehrer Ali Isik bei der Arbeit in der Nähe des Staatssicherheitsgerichts von der Konterguerilla durch Schüsse

ermordet. Der dreijährige Baris Altin und der sechsjährige Cahit Ekinci wurden bei dem Angriff verletzt.

Zur gleichen Zeit wurde im Stadtteil Baglar von Diyarbakir der 49-jährige Mahsum Güvenc aus Silvan von der Konterguerilla ermordet.

In der zweiten Oktoberwoche wurden die Dörfer in Batman-Gercüs und Hasankeyf und die Dörfer Hileliye, Pileka (Bölükcayir), Belawela (Cigir), Qormaniye, Karamüse und Semrexe in Diyarbakir-Silvan erneut von Staatskräften überfallen. Sie brannten mehrere Häuser nieder, verwüsteten und zerstörten Wintervorräte an Lebensmitteln und den Hausrat. Sie wollen die Bewohner/inn/en zum Verlassen ihrer Dörfer zwingen, weil sie sich weigern "Dorfschützer" zu werden. Die zur Flucht gezwungenen Familien gingen nach Batman.

8. Oktober:

Bei dem Überfall der Staatskräfte auf das Dorf Balveren in Sirnak wurden 23 Menschen festgenommen und ein Wohnhaus und ein Geschäft angezündet.

In Diyarbakir-Silvan wurden die Arbeiter Hafif Güzel und Esref Sengül und der 41-jährige Ladeninhaber Ihsan Kiran von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.

Das Stadtratsmitglied Mahmsum Güvenc aus Diyarbakir wurde von der Konterguerilla im Stadtteil Baglar ermordet. Er war aus der SHP ausgetreten und als Unabhängiger im Stadtrat.

11. Oktober:

In Agri-Igdir wurden fünf Dörfer von den Staatskräften überfallen. Das Dorf Gomik wurde vollkommen niedergebrannt, die Bewohner/innen mußte in umliegende Dörfer flüchten. In den Dörfern Hoshaber und Panik (Özdemir) wurden die Bewohner auf dem Dorfplatz gefoltert und die Häuser wahllos beschossen.

Am Abend des gleichen Tages wurde das Dorf Gomik in Aralik von den Staatskräften überfallen und vollkommen niedergebrannt.

13. Oktober:

Die Dörfer Tigil (Askitan), Cux (Gedikbasi), Karabilyan (Yolmacayir) und Beblesin (Buztepe) in Van-Baskala wurden von Gendarmerie und Spezialteams unter dem Vorwand, die Bewohner/innen unterstützten die Guerilla, beschossen und die Bewohner/innen vertrieben. Die Frauen der vier Dörfer wurden von den Staatskräften sexuell belästigt, weil sie sich zunächst weigerten, ihre Dörfer nach dem Beschuß zu verlassen.

In Sirnak-Silopi wurden die Dörfer Semika (Yazi), Gireculya (Derebasi) und Dacka von den Staatskräften beschossen. Dabei wurde der Bauer Mehmet Bolu verletzt und eine Moschee und eine historische Kirche zerstört.

Die Sen-Alm zwischen Kulp und Genc wurde bis zum Abend des nächsten Tages von der türkischen Armee unter anderem mit Napalm bombardiert, große Waldgebiete wurden in Brand gesetzt.

200 "Dorfschützer" aus Berwar in Hakkari haben ihre Waffen niedergelegt und den Dienst quittiert. Sie wurden von den Staatskräften daran gehindert, aus Furcht, daß ihre Dörfer von diesen aus Rache niedergebrannt werden, nach Van zu migrieren.

Der stellvertretende Bürgermeister von Nusaybin, Yusuf Dündar und seine Verwandten Hasan Dündar und Hasan Yagiz wurden von der Konterguerilla mit Schüssen angegriffen. Hasan Dündar und Mahmut Yavuz wurden durch den Angriff ermordet, Hasan Dündar überlebet schwerverletzt.

14. Oktober:

Der 35-jährige Baki Karakoc wurde in Diyarbakir von der Konteguerilla durch Schüsse ermordet. Der Handwerker Fahri Lokman, der ihm helfen wollte, wurde bei dem Angriff verletzt. Er wurde vom Krankhaus heraus von der Polizei festgenommen.

Die Schüler M. Mehmet Aksoy und Zeki Ünal wurde auf dem Nachhauseweg vom Gymnasium in Diyarbakir von der Konterguerilla mit einem Beil angegriffen.

In Batman wurden Bayram Okan, Mehmet Gezer, Bayram Ülker und Rahime Bal von der Konterguerilla angegriffen und durch Schüsse verletzt.

Ibrahim Pusat aus Pazarcik-Narli wurde erneut festgenommen und zwei Tage lang gefoltert, weil sein Sohn Asim nach Verhaftungen und Folter zwei Jahr zuvor geflohen ist. Sie Polizei verlangte von ihm, er solle seinen Sohn bringen.

15. Oktober:

Das Dorf Gundike Haci Ibrahim (Güzdere) in Diyarbakir-Silvan wurde von Staatskräften überfallen. Sie griffen die Häuser der Familien an, aus denen sich Angehörige der Guerilla angeschlossen hatten, verbrannten ihren Tabak im Wert von einer Milliarde TL und zerschlugen den Hausrat. Sie drohten damit, beim nächsten Mal das Dorf niederzubrenne, wenn ihre Angehörigen weiter in der ARGK kämpfen. Bereits am 28. September wurden fast 20 Bauern aus dem Dorf von den Staatskräften verschleppt und sind seither verschwunden.



Abdulrezak Ikincisoy, sein Sohn wurde ermordet, er selbst gefoltert

16. Oktober:

Die Dörfer Alizer und Mert Ismail in Urfa-Suruc wurden von den Staatskräften entvölkert und mit Bulldozern zerstört, weil die Bewohner/innen die PKK unterstützt haben sollen.

Spezialteams haben die Dörfer Bitkili, Yukari Bilge, Asagi Bilge und Bilge überfallen und den Bewohnern gedroht, ihre Dörfer anzuzünden, wenn sie sich weiterhin weigern "Dorfschützer" zu werden. Sie verschleppten viele Bewohner, darunter vor allem Mitglieder der Partei DEP. Es wurde bekannt, daß die Verschleppten in der Haft gefoltert wurden.

18. Oktober:

Das Gebiet in der Nähe des Dorfes Cermik in Diyarbakir wurde aus der Luft bombardiert.

19. Oktober:

Das Dorf Xirabekure (Erdalköy) in Mardin-Mazidagi wurde von den Staatskräften überfallen und zerstört. Sie trieben die Bewohner/innen auf dem Dorfplatz zusammen und verbrannten die Häuser mitsamt des Hausrats. Die Bauern und Bäuerinnen mußten nach Diyarbakir und in umliegende Dörfer fliehen.

Das Gebiet des Ausläufers des Ararat in Igdir-Aralik wurde von der türkischen Armee aus der Luft bombardiert.

In Midyat wurden Abdurarahman Yavuz, Mikail und Abdulhakim von "Dorfschützern" verschleppt und sind seitdem verschwunden.

In Van-Catak wurden die DEP Funktionäre Ikram Taci, Ali Uge, Tahsin Kapku und Tahsin Barka festgenommen.

20. Oktober:

Das Dorf Alibonciya in Mus-Bulanik wurde von den Staatskräften überfallen. Das Dorf wurde umstellt und zwölf Häuser angezündet. Außerdem wurden das Bürgermeistergebäude und die Post beschossen.

In Urfa-Viransehir und in Antep wurden bei einer Operation der politischen Polizei Antep elf Menschen, darunter auch Babies und Kinder, ohne Grund festgenommen und zur Wache der Abteilung für "Terrorismusbekämpfung" verschleppt, so Mehmet Cakir, Vorstandsmitglied der DEP zusammen mit seiner Frau Saime und ihrem sechs Monate alten Kind, Hüseyin Selek, Journalist der Zeitschrift Mücadele, Zeynel Abidin Demir und Sevim Demir vom Menschenrechtsverein IHD mit ihren vier, zweieinhalb und eineinhalb Jahre alten Kindern.

In Bitlis-Hizan wurden zwischen den Dörfern Kavak und Tanik die Bauern Hikmet Yilmaz und Fehmi Yilmaz durch eine von der türkischen Armee gelegten Mine schwer verletzt.

In Van wurde der Buchladen "Kultur", der 200 Meter vom Gouverneursamt entfernt liegt, durch Molotowcocktails zerstört und viele Bücher verbrannt.

21. Oktober:

Am Abend wurde der Bauer 51-jährige Ibrahim KLarakuyu im Dorf Turunc in Pazarcik von Militärs durch Schüsse ermordet.

In Diyarbakir wurden Salih Önal, Meki Ercan, Cumali Ak und Yunus Aysu von der Konterguerilla mit Knüppeln und Beilen schwer verletzt.

22. Oktober:

In den Dörfern in der Nähe von Elazig wurden fünf Bauern verhaftet, weil sie sich weigerten, "Dorfschützer" zu werden.

In Batman wurden in den Stadtteilen Akyürek und Yesiltepe und im Dorf Binatli drei Konterguerillaangriffe verübt. Der 16-jährige L.Ö. wurde durch Schüsse ermordet, Lokman Uludag schwer verletzt. Der 24-jährige Nurettin Eke und Mahmut Eke wurden durch Schüsse auf ihr Auto verletzt.

πDie Dörfer Ewe (Yukari Celtikbasi), Tille (Cattepe), Beleke (Ergüven) und Usiye wurden von Staatskräften überfallen. Die Bewohner/innen wurden auf dem Dorfplatz zusammengetrieben und verprügelt, der Hausrat der Bauern wurde zerschlagen und verwüstet, den Männern wurden die Bärte abgeschnitten.

23. Oktober:

Der 80-jährige Bauer Siddik Toktas, seine Söhn Mehmet Selim und Nazif, seine Tochter Ayse und ein Lastwagenfahrer namens Hanifi wurden von den Staatskräften ermordet. Sie waren unterwegs in ihr Dorf Zengok in Mus, aus dem sie vorher vertrieben wurden, um ihren Hausrat abzuholen. Nachdem sie festgenommen und gefesselt wurden, sperrten die Staatskräfte sie in ein Haus und verbrannten sie bei lebendigem Leibe, indem sie das Haus in Brand setzten.

Quelle: Özgür Gündem 1.10., 2.10, 3.10., 5.10., 8.10., 10.10., 11.10., 13.10., 15.10., 17.10., 18.10.,22.10., 24.10., 27.10.93

Angriffe auf Özgür Gündem

- Kioskbesitzer und Zeitungsjungen von Kontraguerilla ermordet und angegriffen

Am 29. September wurde der 16-jährige Abdulkadir Altan, der die Zeitung Özgür Gündem verkauft, im Zentrum von Diyarbakir von der Konterguerilla angegriffen. Nur 150 Meter von der Polizeistation Mardinkapi entfernt wurde er am Morgen gegen 8.30 Uhr mit einem Beil angegriffen und lebensgefährlich verletzt.

Am gleichen Tag wurde gegen 3.00 Uhr morgens der einzige Zeitungskiosk in der Stadt Yüksekova in der Provinz Hakkari von der Konterguerilla durch eine Bombe zerstört, weil sein Besitzer, Ferhat Altan, auch die Zeitung Özgür Gündem verkauft hat.

Am 9. Oktober wurden in Diyarbakir zwei Jugendliche, die die Zeitung Özgür Gündem austragen, durch Angriffe der Konterguerilla schwer verletzt. Der 16-jährige Recep Demirtas wurde in den frühen Morgenstunden im Stadtteil Mardinkapi mit einem Beil angegriffen. Er erlitt zwei schwere Kopfwunden, drei Wunden am Arm und weitere an anderen Stellen des Körpers. Der 11-jährige Orhan Okcu wurde am gleichen Morgen im Stadtteil Baglar von vier Konterguerillas angegriffen und mit Schlägen und Tritten verletzt.

In der Stadt Nusaybin wurde der 28-jährige Kioskbeseitzer Adil Baskan am Morgen des 9. Oktober von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet. Adil Baskan wurde bereits früher mehrmals bedroht, weil er die Zeitung Özgür Gündem verkaufte.

Am 10. Oktober wurden in Diyarbakir im Stadtteil Ofis die in einem Zeitungskiosk arbeitenden Brüder Yalcin und Yahya Yasa um 7.30 Uhr auf dem Weg zum Kiosk von der Konterguerilla angegriffen. Der 13-jährige

Yalcin wurde durch die Schüsse ermordet, sein 14-jähriger Bruder schwer verletzt. Zuvor wurde der Kioskbesitzer Hasim Yasa von der Konterguerilla ermordet, weil er Özgür Gündem verkaufte. Die Familie erklärte, daß seit diesem ersten Mord der Polizeiterror gegen die Familie ständig zunahm und machte die Polizei als direkten Mörder oder zumindest Planer des weiteren Mordes an ihrem Kind verantwortlich.

Am gleichen Tag wurden Mustafa Bilgic und Metin Dag, die am Nachmittag die Zeitung Özgür Gündem in der Nähe des Redaktionsbüros der Zeitung in Diyarbakir verkauften, von vier Männern angegriffen. Die Passanten mischten sich ein und konnten die Angreifer vertreiben. Stunden nach dem Vorfall kam die Polizei und nahm die angegriffenen Zeitungsverkäufer ohne Grund fest.

Am 13. Oktober wurde der 15-jährige Gündem-Verkäufer Aziz Karadeniz in Diyarbakir von der Konterguerilla mit einem Beil angegriffen und am Kopf und am Rücken schwer verletzt.

Am gleichen Tag wurde ebenfalls in Diyarbakir der 13-jährige Gündem-Verkäufer Firat Ucar von drei Männern mit Tritten und Schlägen mißhandelt. Sie sagten zu ihm "Du hast Glück, daß Du noch so klein bist, sonst hätten wir Dich mit einem Beil zerschlagen. Uns kann niemand erwischen und wenn wir festgenommen werden, dann passiert uns nichts."

In der türkischen Mittelmeermetropole Antalya wurde am 21. Oktober der Verteiler von Özgür Gündem Hüseyin Tas festgenommen und zwei Tage lang gefoltert.

In Kars wurde ein Bus auf dem Weg ind Sorf Karacaören von Staatskräften aufgehalten. Bei der Dursuchung fanden die Spezialteams die Zeitung Özgür Gündem. Sie verprügelten die Fahrgäste und drohten, sie umzubringen, wenn sie noch einmal diese Zeitung lesen.

Am 25. Oktober wurde der 13-jährige S.Ö., der die Zeitung Özgür Gündem Abonnenten im Stadtteil Baglar in Diyarbakir zustellt, von zwei Konterguerillas mit Messern angegriffen. Ihm wurde das Zeitungsgeld und die Zeitungen abgenommen.

Quelle: Özgür Gündem 1.10, 11.10., 12.10., 15.10., 15.10., 23.10., 27.10.93



Ihm wurden die Augen bei dem Angriff der türkischen Armee auf die Kreisstadt Lice am 22. Oktober d.J. verbrannt

Repression gegen Presse und Schriftsteller

Die Zeitschrift Newroz wurde vom 1. Staatssicherheitsgericht Istanbul für einen Monat verboten. Die Herausgeber der Zeitschrift wurden zu einem halben Jahr Gefängnis und 150 Millionen TL Geldstrafe verurteilt.

In einem der 100 Prozese gegen die Zeitung Özgür Gündem wurde der damalige verantwortliche Chefredakteur Isik Yurtcu zu 10 Monaten Gefängnis und 83 Millionen 300 Tausend TL Geldstrafe und der Herausgeber Yasar Kaya zu 83 Millionen 300 TL Geldstrafe wegen dem Artikel "Die Freude der Soldaten auf ihre Freiheit" vom 26.11.92 verurteilt.

Der Chefredakteur der Zeitschrift partizan, Kemal Boztas wurde vom Staatssicherheitsgericht Istanbul wegen "Hervorrufung von Haß und Feindschaft im Volk begründet auf Klassen- und regionale Unterschiede" in Artikeln der Zeitschrift zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Soziologe und Schriftsteller Dr. Ismail Besikci wurde vom Staatssicherheitsgericht Istanbul wegen seinem Buch "Gedanken über die PKK" zu einem Jahr und acht Monate Gefängnis und 41 Millionen TL Geldstrafe verurteilt.

Die Herausgeberin der Zeitschrift Özgür Gelecek (Freie Zukunft), Nergis Gülmez wurde von 1. Staatssicherheitsgericht Istanbul festgenommen, weil sie einen "separatistischen" Artikel geschrieben hat.

Am 18. Oktober wurde der presserechtlich Verantwortliche Redakteur der Zeitung Özgür Gündem, Bülent Balta, mit Haftbefehl des Staatssicherheitsgerichts verhaftet. Der im Vertreib der Zeitung in Adana beschäftigte Fesih Sackar wurde ebenfalls verhaftet.

Die Familie des seit einiger Zeit verhafteten Cizre-Korrespondenten von Özgür Gündem, Salih Tekin, der gefoltert wurde und noch immer in Haft ist, wird von den Staatskräften seit der Verhaftung ihres Sohnes bedroht.

Am gleichen Tag wurden die Wochenzeitung Azadi und die Zeitschrift Gencligin Sesi wegen "separatistischer Propaganda" vom Staatssicherheitsgericht Istanbul beschlagnahmt und der Journalist Ikramettin Oguz und die Journalistin Zana Sezen verhaftet.

Prof. Dr. Yalcin Kücük und der HEP Kreisvorsitzende Esref Odabasi wurden am 18. Oktober vom Staatssicherheitsgericht Kayseri zu zwei Jahren Gefängnis und 250 Millionen TL Geldstrafe verurteilt. Der Grund für die Verurteilung war eine Rede des Professors am 7. Juni, in der er zur Freundschaft und Brüderlichkeit der Völker aufrief, was das Gericht als "rassistische und separatistische Propaganda und Aufhetzung" wertete.

Das Staatssicherheitsgericht Istanbul verurteilte den ehmaligen verantwortlichen Chefredakteur der Zeitung Özgür

Gündem, Isik Yurtcu zu einem halben Jahr Gefängnis und 96 Millionen TL Geldstrafe und den Herausgeber Yasar Kaya zu 192,5 Millionen TL Geldstrafe. Am 21. Oktober wurde auch gegen die neue verantwortliche Chefredakteurin Gülay Celik Haftbefehl erlassen - wegen der Schlagzeile "Den Völkern Frieden, der Presse Freiheit".

Am 23. Oktober wurde das Büro der Zeitschrift Gercegin Sesi in Istanbul im Stadtteil Kadiköy von der Polizei umstellt. 23 Mitarbeiter und Leser/innen wurden festgenommen. Auf der Polizeiwache wurde versucht, sie für 200.000 TL Tageslohn als Agenten zu werben. Am gleicnen Tag wurden in Tekirdag zwei Studenten festgenommen, die die Zeitschrift lesen. Sie wurden gefoltert und mit Drohungen als Agenten zu werben versucht.

Quelle: 16.10., 20.10., 23.10., 25.10., 2.10., 3.10., 7.10., 9.10.93

Prozeß gegen Abgeordnete und Yasar Kaya wegen Friedenskampagne

Gegen den seit September inhaftierten Abgeordneten im türkischen Parlament und Vorsitzende der Partei DEP, Yasar Kaya und weitere DEP-Politiker wird ab dem 8. November vor dem Staatssicherheitsgericht Ankara wegen der Friedenskampagne der DEP, die diese vom 1. August bis 1. September durchführte, verhandelt. Die Staatsanwaltschaft fordert wegen einem von Yasar Kaya geschriebenen Kommentar und wegen Flugblättern und Plakaten mit der Aufschrift "Keinen Krieg, sondern eine demokratische Lösung!" wegen "separatistischer Propaganda" zwischen zwei und fünf Jahren Gefängnis und bis zu 100 Millionen TL Geldstrafte.

Aus Protest gegen die Inhaftierung rechtswidrige Freihtsstrafenforderung durch das Staatssicherheitsgericht gegen ihren Parteivorsitzenden traten die Vorstandsmitglieder der DEP in Adana am 11. Oktober in einen Hungerstreik.

Ein weiterer Prozeß gegen Kaya wird vom Staatssicherheitsgericht Ankara eröffnet, weil der Abgeordnete bei einer Rede in Bonn "separatistische Propaganda" gemacht haben soll.

Quelle: Özgür Gündem 11.10., 13.10.93

Yüksekova erneut von Staatskräften angegriffen

Die Stadt Yüksekova in der Provinz Hakkari wurde am 30. September erneut von Staatskräften angegriffen. Das war der vierte Angriff innerhalb von zwei Monaten. Die Wohnhäuser und Geschäfte wurden mit Panzern beschossen. Die Telefonverbindung und die Stromversorgung wurden unterbrochen und eine Ausgangssperre verhängt. Bei dem Angriff wurden mindestens vier Menschen ermordet, deren Leichen auf der Straße liegengelassen wurden. Über die genaue Zahl der Verletzten wurde nichts bekannt. Über 100 Wohnhäuser und Geschäfte wurden beschädigt oder zerstört.

Am 3. Oktober blieben alle Geschäfte aus Protest gegen den Angriff geschlossen. Die Frauen und Kinder aus mehreren Stadtteile marschierten in einem Demonstrationszug zum Gebäude der Präfektur. Die Sicherheitskräfte griffen nicht ein.

Quelle: Özgür Gündem 3.10., 5.10.93

Altinova von Staatskräften angegriffen

Die aus 400 Häusern bestehende Stadt Altinova in Mus-Hasköy wurde am 3. Oktober von den Staatskräften angegriffen. Sie beschossen die Häuser mit Kanonen. Die gesamte Familie Ögüt, zwei Erwachsene und sieben Kinder, wurden ermordet. Sie konnten aus ihrem durch Beschuß in Brand gesetzten Haus nicht mehr herauskommen.

Quelle: Özgür Gündem 5.10.93

Zwei Bauern aus Ariveren in der Haft "verschwunden"

Das Dorf Ariveren in Diyarbakir-Silvan wurde Ende August von Staatskräften und "Dorfschützern" überfallen. Wegen angeblicher Unterstützung der Guerilla wurden die beiden Bauern Abbas Yurttar und Hadi Bica festgenommen. Zuletzt wurden sie bei der politischen Polizei, Abteilung für "Terrorismusbekämpfung" in Diyarbakir von Zeugen gesehen. Die Versuche der Angehörigen der Verschleppten, etwas über ihren Verbleib zu erfahren, waren erfolglos, die Behörden leugnen, sie festgenommen zu haben. Deshalb forderten die Angehörigen von Abbas Yurttar und Hadi Bica, die in Sorge um das Leben der Verschleppten sind, jetzt das Eingreifen internationaler Menschenrechtsorganisationen.

Quelle: Özgür Gündem 1.10.93

Künstler von Konterguerilla ermodet

In der letzten Septemberwoche wurde Hamit Gezginci, ein Musiker, der auf kurdischen Hochzeitsfeiern auftrat, auf der Straße im Stadtzentrum von Mardin-Kiziltepe von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet und sein Bruder Veysi schwer verletzt. Seine Mutter erklärte, daß ihr Sohn bereits mehrmals von der Konterguerilla bedroht und zusammengeschlagen wurden, weil er kurdische Musik spielte.

Quelle: Özgür Gündem 1.10.93

Haci Sansak durch Folter ermordet

Am 3. Oktober wurde der 56-jährige herzkranke Juwelier aus Cizre, Haci Sansak von der politischen Polizei Sirnak festgenommen und gefoltert. Am nächsten Tag wurde seine Familie aufgefordert, die Leiche abzuholen. Die Leich Haci Sansaks wies Folterspruen auf, er wurde in der Haft durch Folter ermordet.

Quelle: Özgür Gündem 7.10.93

Zeuge bestätigt die Ermordung Oraks durch Folter

Bei einem Überfall der Staatskräfte auf das Dorf Anadere (Uranis) in Bitlis-Tatvan am 10. Juni wurde Abdulselam Orak festgenommen und zur Gendarmeriestation Bitlis verschleppt. Ein Soldat, der mit ihm in der gleichen Zelle eingesperrt war, bestätigte jetzt, daß Abdulselam Orak dort durch Folter ermordet wurde. Ihm wurde u.a. das Muster der türkischen Fahne mit heißen Gegenständen auf den Körper gebrannt und an der Decke aufgehängt. Dem eingesperrten Sodlaten wurde der be-

reits durch Folter ermordete Orak später zur Einschüchterung gezeigt. der Soldat erklärte, daß zwei weitere Gefangene, die mit Orak gebracht wurden, verschwunden sind. Die staatlichen Verantwortlichen behaupteten, Abdulselam Orak sei "Dorfschützer" gewesen und in den Bergen bei einem Gefecht mit der Guerilla getötet worden.

Quelle: Özgür Gündem 7.10.93

Ehemaliger Angeklagter im PKK-Prozeß erneut festgenommen und gefoltert

Ethem Yükselir wurde in der letzten Septemberwoche auf dem Heimweg von einer Hochzeit im Dorf Teraxo (Iyikomsu) ohne jeden Grund festgenommen und zur Gendarmeriestation Aktuzla in Malazgirt gebracht. Dort wurde er, weil er früher einmal in einem PKK-Prozeß angeklagt war und nach drei Jahren Gefängnis vor einem halben Jahr entlassen wurde, zu Agentendiensten zu werben versucht. Weil Ethem Yükselir ablehnte, als Agent für den türkischen Staat zu arbeiten, wurde er vom Gendarmeriekommandanten so schwer gefoltert, daß er nach seiner Freilassung am 28. September immer noch stationär im Krankenhaus behandelt werden muß.

Quelle: Özgür Gündem 1.10.93

DEP-Mitglieder in Izmir in der Polizeihaft bedroht

In der letzten Septemberwoche wurde Ömer Katmis mit vier Freunden auf dem Weg zu einem Fest der DEP, auf dem er eine Rede halten wollte, unter dem Vorwand, daß er die Zeitschrift Özgür Halk bei sich hatte, festgenommen. Nach seiner Freilassung erklärte Katmis: "Ich wurde in der Haft ständig bedroht. Sie sagten, sie werden mich umbringen, wenn ich Izmir nicht innerhalb einer Woche verlasse. Doch die Polizisten gingen auch noch weiter. Sie stießen die Drohung aus, alle Kurden und Kurdinnen in Izmir innerhalb eines Jahres umzubringen. Die Polizisten der Abteilung für Terrorismusbekämpfung forderten, daß alle Kurden und Kurdinnen die Stadt verlassen."

Quelle: Özgür Gündem 1.10.93

Kurdische ambulante Händler werden terrorisiert

Die kurdischen ambulanten Händler im Istanbuller Stadtteil Eminönü-Kücükpazar werden immer wieder von Sicherheitskräften terrorisiert und zu vertreiben versucht. Bei dem letzten Angriff in der letzten Septemberwoche wurden die Straßenhändler brutal zusammengeschlagen und 60 Verkaufswagen beschlagnahmt. Der durch Schläge und Tritte verletzte Mahmut Kaya erklärte, daß er bedroht und ihm gesagt wurde "Was habt Ihr hier zu suchen? Haben wir Euch eine Einladung geschickt? Verschwindet in Eure Heimat, schließt Euch der PKK an, wir werden Euch hier nicht beherbergen.

Auch in Adana haben die polizeilichen Angriffe auf die kurdischen ambulanten Händler wieder zugenommen. Sie werden häufig auf der Straße von der Polizei zusammengeschlagen und vertrieben. Die politische Polizei bedroht gemeinsam mit der Verkehrspolizei die Verkäufer und fordert von ihnen unter dem Vorwurf, sie würden angeblich die PKK unterstützen "Steuern für den türkischen Staat". Wenn sie das Bestechungsgeld nicht zahlen werden ihre Waren beschlagnahmt und sie selbst festgenommen. Deshalb sind die durchschnittlichen Tagesgewinne der ambulanten Händer in Adana von 100 bis 200 Tausend TL (13-26 DM) mittlerweile auf 30 bis 40 Tausend TL (4-5 DM) gesunken.

Quelle: Özgür Gündem 1.10., 4.10.93



Drei Familien aus einem Dorf in der Kreisstadt Eruh, die zur Flucht gezwungen wurden und keine Bleibe haben

Angriffe auf die politischen Gefangenen

Gefangene Frauen kämpfen gegen Vergewaltigung

31 weibliche politische Gefangene im Gefängnis Sagmalcilar veröffentlichten einen Aufruf zum Kampf gegen die Vergewaltigung von Frauen in der Polizeihaft. Sie rufen alle die Menschenwürde verteidigenden Frauen auf, gegen das unmenschliche System der Folter zu kämpfen. Immer wieder werden Frauen bei der Polizei vergewaltigt. Eine der letzten Opfer, Sibel Yildiz machte öffentlich, daß sie bei der politischen Polizei vergewaltigt wurde.

In der Erklärung der Frauen heißt es: "Mit den Vergewaltigungen wollen die abscheulichen, unmenschlichen, zum Tier Gewordenen, Mädchen und Frauen erdrücken, in Schande ersticken und ihre Würde zerstören. Doch die Menschenwürde wird ihr bis in die Grundfesten verfaultes System besiegen...Die Menschenwürde wird die Folter und die Vergewaltigungen besiegen. Die Würde von Sibel Yildiz ist unser aller Würde, der Kampf gegen Folter und Vergewaltigung ist unser al-

ler Kampf."

Im Gefängnis Buca bei Izmir werden die Gefangenen auf dem Weg zum und vom Gericht gefoltert. Die gfangenen Mahmut Gökhan Özocak, Gence Karabulut, Berner Satar, Kasim Avci, Kevser Mizrak, Ali levent Derici und Hüseyin Sözen wurden von Gendarmen durch durch Schläge auf den Kopf verletzt. Sie beschwerten sich bei der Verhandlung vor dem Staatssicherheitsgericht, was dieses jedoch ignorierte. Auch auf dem Weg zur Krankenstation sind die Gefangenen der Repression der Wachbeamten ausgesetzt. Außerdem gibt es große Probleme mit den Essen und Besuchen von Familienangehörigen.

Am 25. Oktober wurden die im PKK-Prozeß angeklagten politischen Gefangenen im Gefängnis Buca von einem Rollkommando brutal überfallen und angegriffen. Bei dem Überfall wurden 64 Gefangene verletzt, sieben von ihnen schwer. Am Freitag zuvor wurden drei Agenten, die für den türkischen Staat gearbeitet hatten, in diesem Gefängnis umgebracht. Seit diesem Tag wurde eine Besuchssperre verhängt, die Anwälte kamen nicht mehr in das Gefängnis hinein.

Mesut Seydanoglulari wurde von der Leitung des Gefängnisses Mardin am 30. September zwei Spezialteamkräften übergeben, die ihn angeblich zu einem Verhör abholten. Die politischen Gefangenen in Mardin erklärten, daß Mesut krank war und auf der Krankenstation lag, als er verschleppt wurde. Seitdem weiß neimand, wo er ist und die Gefangenen sind in Sorge um das Leben von Mesut Seydanoglulari.

Quelle: Özgür Gündem 9.10., 27.10.93

Konterguerillamorde machen auch vor Kindern nicht halt

Am Morgen des 9. Oktober wurden die Geschwister Zana und Lokman Zugurli im Stadtteil Sehitlik in Diyarbakir von neun Konterguerillas verschleppt. Am nächsten Morgen wurden die Leichen der beiden Konder gefunden. Die Familie wurde vor dem Staatskrankenhaus von der Polizei mit Gewalt daran gehindert, die Leichen der ermordeten Kinder mitzunehmen und zu beerdigen. Daraufhin bewarfen die Familienmitglieder das Polizeifahrzeug mit Steinen. Die Schwester der Ermordeten, Nihal Zugurli, wurde eine Woche vorher von der Abteilung für "Terrorismusbekämpfung" der politischen Polizei festgenommen und ist seither verschwunden.

Am 18. Oktober wurde im Stadtzentrum von Diyarbakir der 16-jährige B.D. von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.

Quelle: Özgür Gündem 12.10., 20.1.0.93

Sieben Befreiungskämpfer mit Giftgas ermordet

Am 9. Oktober wurden in der Nähe des Dorfes Kücük Altinbasak in Urfa-Viransehir sieben Guerilleros der ARGK von der türkischen Armee mit Giftgas ermordet, das in den Unterstand, in dem sie sich aufhielten, geworfen wurde. Die Gesichter waren durch das Giftgas verbrannt. Auf Druck der Familienangehörigen wurden die Leichen der ermordeten Guerilleros, die von den Staatskräften verscharrt wurden, geborgen und am 12. Oktober mit einer Beerdigungsfeier, zu der 2±000 Menschen kamen, beerdigt. Bei der Bergung der Leichen wurden die Angehörigen von Spezialteams angegriffen. Auf dem Friedhof selbst wurde von den Beerdigungsgästen verhindert, daß die türkischen Sicherheitskräfte filmen konnten. Am 13. Oktober wurden aus Protest gegen das grausame Massaker an den Befreiungskämpfern die Schulen boykottiert.

Quelle: Özgür Gündem 14.10.93

520 Bauern festgenommen und Ernte vernichtet

Am 9. Oktober gegen 6.00 Uhr überfielen Soldaten und Spezialteams mit 50 Fahrzeugen und Panzern das Dorf Tilkiler in Pazarcik. Sie nahmen alle männlichen Bewohner einschließlich der Kinder und Greise fest und drohten ihnen mit Ermordung. Dem 60-jährigen Hasan Yavabli wurde auf dem Weg zur Wache eine Rakete auf den Rücken gebunden. Auf der Wache wurden viele der Festgenommenen verprügelt, mit dem Tod bedroht und ermordet. Die Spezialteams raubten die geernten Pistazien und zündeten die Pistaziengärten an.

Quelle: Özgür Gündem 15.10.93

Verhaftungen in Mersin und anderen türkischen Städten

In der dritten Oktoberwoche führte die politische Polizei in Mersin in den von kurdischen Familien bewohnten Stadtteilen Demirtas und Alsancak eine Operation durch. Sie verhafteten 25 Menschen.

Im Stadtteil Demirtas in Mersin wurden der ambulante Hüseyin Özer und seine Frau Kudret am 3. Oktober festgenommen. Ihre Familie ist in Sorge um ihr Leben, weil die Behörden seitdem bestreiten, die beiden festgenommen zu haben.

Der ehemalige Kreisvorsitzende der HEP, Adnan Gören wurde am 20. Oktober in Tasus bei einem Überfall der "Antiterror"-Einheit auf seine Wohnung verhaftet.

In Mersin wurden bei zwei Überfällen der "Antiterror"-Einheit Besir Asiroglu und die 14-jährige Sema Urek festgenommen.

In Izmir wurden laut der Zeitschrift Mücadele innerhalb von zwei Wochen 17 Menschen festgenommen. Am 18. Oktober wurde der Vorsitzende des Ege Özgür Der Vereins festgenommen.

In Adana wurde am 23. Oktober der 12-jährige R.K.im kurdischen Stadtteil Yenibey verhaftet, weil er keinen Ausweis dabei hatte.

Quelle: Özgür Gündem 18.10., 25.10.93

Todesstrafe für Abgeordenten Orhan Dogan gefordert

Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichts Ankara forderte die Todesstrafe für den Abgeordneten für Sirnak im türkischen Parlament, Orhan Dogan (DEP). Er ist nach 125 ("Separatismus") wegen dem Vorwurf "PKK-Mitglieder in der Abgeordnetenwohnsiedlung beherbergt und medizinsich behandeln lassen" zu haben angeklagt, weil bei ihm vier Personen übernachtet haben sollen, die angeblich später in ein PKK-Camp gehen wollten.

Quelle: Özgür Gündem 10.10.93

Der Kampf um die Menschenrechte in Kurdistan und seine Wahrnehmung in Europa

Trotz der Bemühung der Kurden, der Solidaritätsvereine mit dem kurdischen Volk und verschiedener Menschenrechtsvereinigungen in Europa sind wir mit den Schwierigkeiten konfrontiert, wenn es darum geht, das maßlose Unrecht zu erkennen, welches den Menschen in Kurdistan angetan wird und wenn es darum geht, ihren Kampf um Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung aus seinen eigenen Voraussetzungen heraus zu verstehen und nicht gleich mit klassischen Schemata dieses wichtigen Konfliktes im Mittleren Osten zu interpretieren.

Diese Schwierigkeiten entstehen in erster Linie durch die Art der systematischen Berichterstattung in den Massenmedien in Europa und sie dienen dem erkennbaren politischem Kalkül und den wirtschaftlichen Interessen. Der vormalige Unterstaatssekretär im nordamerikanischen Außenministerium, Elliot Abrams (1), erklärte in bezug auf die Revolution in Nicaragua und El Salvador ganz klar und offen: "Mit der Menschenrrechtssituation in somozistischen Nicaragua ode derzeit El Salvador konfrontiert, dürfen wir nicht nur an die interne Situation denken, sondern müssen überlegen, wie das fragliche Land in das System der Ost-West Beziehungen eingefügt ist. Ich kann hier bestätigen, daß die Regierung ihre Menschenrechtspolitik in den Ost-West-Kontext stellt..."

Der Ost-West-Kontext ist nicht mehr vorhanden. Aber die Interessen Europas am Mittleren Osten und Interessen ihrer Ausweitung der Märkte über die türkei in die ehemalige Sowjetunion ist geblieben. Der Nord-Süd-Konflikt spitzt sich noch mehr zu als zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes. Es hat sich sogar forciert, da die Wirtschaftskrise in Europa immer ernster wird.

Gleichwohl sind die angesprochenen Schwierigkeiten der Verständnisbildung nicht nur das Produkt einer politischen Programmatik der die politischen und sozialen Rechte der Kurden gleichgültig sind und die sich auf die Menschenrechtsfrage nur dann besinnt, wenn sie es als Waffe gegen die Türkei mißbrauchen läßt. Dieser Mißbrauch der Menschenrechtsfrage wird von Zeit zur Zeit von den jeweiligen Staaten eingesetzt. So war durch die Recherchen und Bildmaterial einiger demokratischer deutscher Journalisten im März 1991 während der Newroz-Feier herausgekommen, daß deutsche Waffen vom türkischen Militär gegen kurdische Zivilisten eingesetzt werden. Darauf hin hat der Außenminister der Bundesrepublik einen kurzfristigen Waffenembargo über die Türkei verhängt. Kaum war dies bekannt, wurden die Franzosen, Engländer und die US-Regierung aktiv und lieferten unsummen von Waffen an die Türkei. Die Türkei steht an oberster Stelle der Waffenimporteure weltweit.

Aber auf der anderen Seite beginnen die Schwierigkeiten des Verständnisses bereits dort, wo es darum geht, den Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung in Kurdistan mit den eigenen, von Europa ausgehenden Wohlstand, Verständnis, von Frieden und Freiheit zu vergleichen und in dieses, und nur in dieses Schemata einzupressen.

So schrieb der kurdische Politiker und Guerillakommandant Hüseyin Celebi: "Wir müssen die Perspektive



Ein Zeitungsjunge, der beim Vertreiben der Tageszeitung Özgür Gündem mit einem Schlachtmesser verletzt wurde


Das türkische Militärdenken...

selbst sein, anstatt immer nur andere Perspektiven darzustellen."

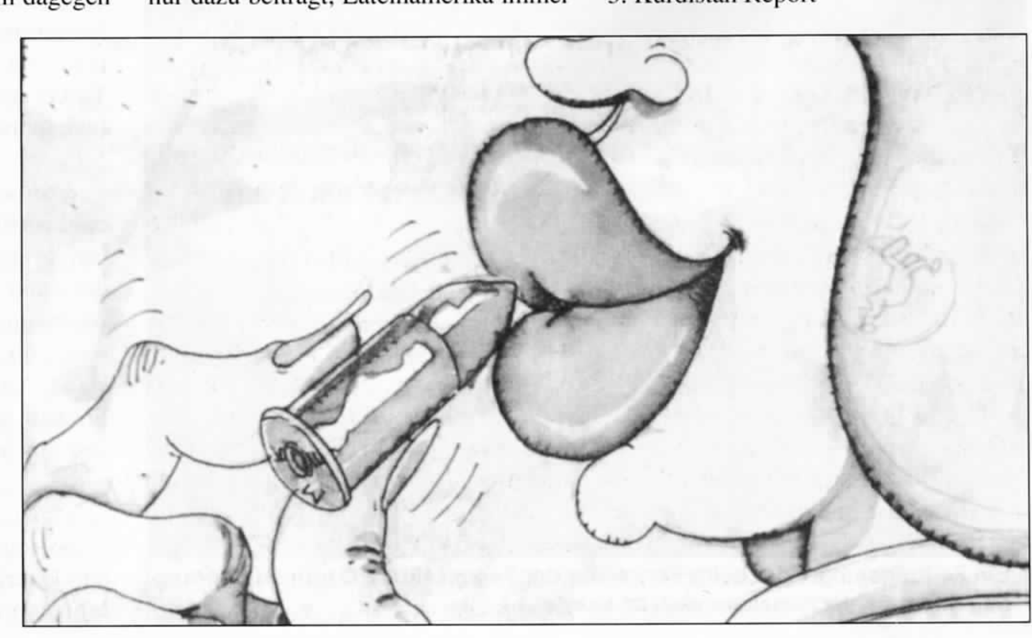
Denn die Perspektiven des kurdischen Volkes müssen nicht im Einklang stehen. Worum es also geht, sind einige psychologische und ideologische Schran-ken, die zu brechen sind und ein Volk mit seiner Kultur und Tradition so zu sehen, wie es die Menschen dort wollen.

Die Überwindung solcher Schranken in Europa ist dabei nicht nur vonnöten, um das Ausmaß von Ausbeutung, Repression und staatlich organisierter Gewaltanwendung eruieren zu können, denen die Kurden ausgesetzt sind. Sie ist auch von allem nötig, um dem dagegen geleisteten Widerstand mit zuverlässiger Solidarität gegenübertreten zu können. Diese Solidarität darf auch nicht enden, wenn dieser Widerstand sich von der passiven Form in eine aktive Form umwandelt. D.h. daß nicht nur die Notwehr der Opfer gegen Ungerechtigkeit und Diktatur, sondern auch der Widerstand in revolutionäer Form, der in die konstruktive Neuoerdnung der Gesellschaft mündet, muß Unterstützung finden. Denn durch die revoltutionäre Form des Widerstandes geht es darum, die Wurzeln der Ungerechtigkeit zu beseitigen und demokratische Beteiligungsstrukturen für die bisher entrechtete Bevölkerungsmehrheit zu schaffen. An diesem Punkt angelangt, wollen die Europäer sofort ihre "Modelle von Demokratie" den unterdrückten Ländern aufoktrieren. Ähnliche Ansätze haben wir auch in den Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika gesehen. Auf einige der Gründe hierfür hat der Lateinamerikaner Gabriel Garcia Maques in seiner Nobelpreisrede (1982) bereits hingewiesen, als der den Eurozentrismus anprangerte und davon sprach, daß die Deutung der lateinamerikanischen Wirklichkeit mit Hilfe fremer Schemata nur dazu beiträgt, Lateinamerika immer unbekannter, immer unfreier, immer einsamer zu machen (2). Die Klutruen des Mittleren Osten oder sons irgendwo auf der Welt sind nicht immer mit den rationalen Methoden der Europäer zu erklären und die Methtoden birngen nicht kurdische oder eine andere Wirklichkeit ans Tageslicht. Man darf die Kultur und Tradition anderer Vö-lker nicht mit ihrer vergleichen und dabei den Anspruch hegen, daß die eigene Kultur das Maß ist.

Selbst wenn Europäer sich in Kurdistan aufhalten oder sich ernsthaft damit beschäftigen, ist es nicht damit getan, ihre Wirklichkeit zu verstehen. Dies ist auch nicht notwendig, denn durch die Akzeptanz eines Unterschiedes der soziokulturellen Ausgangsposition, ist es eher möglich die anderen Kulturen zu verstehen. Die jahrhundertelange Unterdrückung, die Repression, Aubeutung, Barbarei und Schmerz, die man dem kurdischen Volk angetan hat, ist nicht eine kleine terroristische Verschwörung, sondern ein Aufschrei nach Freiheit.

---

1 Zit. nach G. Gottwald, u.a.: Die Contra Connection. Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1988, S.20
2. Gabriel G.Marquez: "Die Einsamkeit Lateinamerikas". Rede zur Verleihung des Literaturnobelpreises 1982, in: Frankfurter Rundschau, 18.12.1982
3. Kurdistan Report



Offener Brief

"PKK'ler trinken nicht einmal Alkohol, geschweige denn sie handeln mit Drogen"

An
Vox
Redaktion "Zeitpunkt"
Herrn Manfred Uhlig
Frau Daniela Halm

Betr.: Ihr Bericht in der Sendung "Zeitpunkt" vom 10.11.1993:
Vorwürfe des Rauschgifthandels und der Gelderpressung gegen die PKK

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Sendung "Zeitpunkt" vom 10. November d.J. bringen Sie in Zusammenhang mit den Anschlägen der kurdischen Bevölkerung auf türkische Einrichtungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern diffamierende und kriminalisierende Vorwürfe gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vor, die derzeit einen Kampf für die Selbstbestimmung und die demokratischen Grundrechte des kurdischen Volkes führt.

In der Sendung behaupten Sie, daß der Anschlag auf die türkische Gaststätte in Wiesbaden von "PKK-Anhägern" verübt worden sei, weil der Besitzer der Gaststätte auf vorherige Aufforderungen der "PKK-Anhänger" kein 'Schutzgeld' gegeben habe. In diesem Zusammenhang lassen Sie mehrere Personen türkischer Abstammung aus der Nachbarschaft sprechen, die ganz offensichtlich vollkommen unbelegbare Anschuldigungen treffen.

Ebenso wird behauptet, daß die PKK mit Rauschgift handele, und den kurdischen Befreiungskampf also aus kriminellen Mitteln finanziere.

Der Vorwurf, die PKK betreibe Drogenhandel und Schutzgelderpressung ist so alt wie die PKK selbst und wird regelmäßig von interessierten Kreisen (!) in die Öffentlichkeit lanciert. Irgendwelche Beweise gibt es hierfür jedoch nicht. Im Gegenteil: Auf eine entsprechende Anfrage der Abgeordneten Dr. Teichmann (FDP), ob der Bundesregierung gesicherte Informationen vorlägen, daß einige kurdische politische Organisationen seperatistische Aktionen durch Rauschgifthandel finanzierten, antwortete Staatssekretär Hans Neusel für die Bundesregierung am 25.03.1992:

"Den Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse dazu vor, daß kurdische politische Organisationen seperatistische Aktionen durch illegalen Rauschgifthandel finanzieren. Personen kurdischer Volkszugehörigkeit sind zwar in Einzelfällen in den Rauschgifthandel verwickelt. Verbindungen zu politischen Organisationen der Kurden und deren seperatistischen Aktionen lassen sich jedoch nicht nachweisen." (BT-Drucksache, 12/2359)

Auf eine weitere parlamentarische Anfrage im Deutschen Bundestag wurde am 11.11.1992 so Stellung genommen:

"Die Vorwürfe sind ungerechtfertigt. Soweit von PKK-Anhängern Straftaten begangen wurden oder Bedrohungen ausgingen, wurden diese von den zuständigen Behörden entsprechend dem Legalitätsprinzip des Strafrechts nachhaltig verfolgt. Was Straftaten des Rauschgif- und Waffenhandels sowie der Gelderpressung von kurdischen Türken in der Bundesrepublik Deutschland anbelangt, so hat sich nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden der behauptete organisationsbezogene Hintergrund bislang nicht bestätigt.

Die Täter waren vielmehr im allgemeinen kriminellen Milieu angesiedelt und ein Tätigwerden für die PKK - soweit es im Einzelfall behauptet wurde - war nur vorgetäuscht." (zitiert nach "Innere Sicherheit" Nr. 1 vom 15.02.1993)

Der zuständige Abteilungspräsident im Bundeskriminalamt (BKA) schreibt im Juli 1993 hierzu u.a.:

"Die Bisher bekannt gewordenen

Spenden- und Schutzgelderpressungen sowie die Überfälle auf illegale türkische Spielcasinos müssen nicht unbedingt Aktivitäten zur Finanzierung der PKK-Aktionen sein. Beweise dafür jedenfalls sind nicht vorhanden. Es gibt sogar Hinweise, daß türkische Täter aus dem allgemeinen kriminellen Milieu so tun, als ob sie sich am 'kurdischen Freiheitskampf' beteiligen, aber ihr eigenes Süppchen kochen. Es ist eher davon auszugehen, daß die PKK ihren Finanzbedarf aus offiziellen Spenden deckt, aus dem Erlös von Literatur und von politischen und kulturellen Veranstaltungen." (Kriminalistik Nr. 7/93, Seite 347ff, 440)

Die PKK und ihr nahestehende Organisationen haben diesen Vorwurf immer wieder entschieden und empört zurückgewiesen, u.a. in einer Erklärung der ERNK, Hamburg, im Februar 1992. Darin heißt es u.a.:

"Nun versuchen türkische und deutsche Behörden gemeinsam mit Lügen und unverschämten Behauptungen, die PKK in Zusammenhang mit dunklen, die Gesellschaft vergiftenden Dinge wie Heroin und anderen Dingen, zu stellen.

Durch die Zusammenarbeit der türkischen und deutschen Polizei wird die Jugend in die Rauschgiftszene hineingezogen, die Augen gegenüber den Aktivitäten der Mafia in diesem Bereich werden zugedrückt. Schließlich gibt es verabscheuungswürdige Gruppen, in denen sich auch Kurden befinden, die durch Aussagen bezüglich der PKK versuchen, den Befreiungskampf zu beschmutzen... Daß sie Kurden sind, heißt noch nicht, daß sie am Kampf des Volkes teilnehmen. Daß bei diesen Elementen unsere Plakate hängen, ändert nichts an der Tatsache. Unsere Plakate sind überall erhältlich."

Im September 1993 wies der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan noch einmal die Behauptung, die PKK finanziere sich mit Drogenhandel, entschieden zurück:

"Wir sind gegen Drogen. Denn mit Drogen zu handeln oder sie zu benutzen ist ein Verbrechen an der Menschheit. PKK-Anhänger trinken noch nicht einmal Alkohol." (Interview, zitiert nach Kurdistan-Rundbrief, 07.10.1993, Seite 2)

Im Gegenzug möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang einige konkrete Beweise für eine (in-) direkte Beteiligung türkischer Behörden am Rauschgifthandel nennen.

Die Aktivitäten der "Grauen Wölfe" im Heroinhandel haben bereits Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jare die Ermittlungsbehörden und die Justiz beschäftigt: Ende 1977 schlug die Düsseldorfer Kripo gegen die Reisebüro-Gang zu, die fast einen Zentner Heroin in die Bundesrepublik geschleust hatte.

Erik Strass, der für Rauschgift zuständige leitende Kriminaldirektor beim BKA erklärte damals dem "Stern" gegenüber:

"Wir haben in letzter Zeit immer wieder Hinweise erhalten, daß auch rechtsextremistische Türken hinter dem Heroinhandel stehen! ("Stern" vom 15.10.1979) Bei einer Festnahme- und Beschlagnahmungsaktion gegen einen türkischen Nachtclubbesitzer namens Cakir 1979 in Berlin - lt. Polizeisprecher der "wichtgiste Heroinhändler Berlins" - wurde ein Ordner mit Quittungen und Überweisungen i.H.v. DM 500.000,- gefunden. Im Oktober 1978 war der ehemalige Abgeordnete der Nationalen Heilspartei (MSP) Kahraman mit 3,5 kg Heroin im Wagen verhaftet worden. Er sagt gegenüber der deutschen Polizei aus, das Heroingeschäft sei von dem Vorsitzenden der MSP und früheren stellvertretenden türkischen Vizeprämier, Erbakan, organisiert worden, der ihm in der Parteizentrale der MSP in Ankara das Heroin mit einem Eigengewinn von DM 20.000,- pro Kilogramm angeboten und u.a. erklärt habe, man stelle das Heroin selber her" ("Stern", ebenda).

Dem "Spiegel" gegenüber erklärte der ehemalige Funktionär der MHP, Ali Yurtaslan:

"Die MHP betreibt in der Bundesrepublik umfangreiche Rauschgift- und Waffengeschäfte. Dazu ist das Land in verschiedene Verkaufsregionen eingeteilt. Wenn Gastarbeiter, die zur MHP gehören, zum Urlaub in die Türkei kommen, müssen sie auf dem Rückweg in die Bundesrepublik Heroin mitnehmen. ..." (Der Spiegel Nr. 37/1980, Seite 68)

In diesem Sinne ist Ihr Bericht in der Sendung "Zeitpunkt" vom 10. November d.J. bar jeglicher objektiver Berichterstattung. Vielmehr ist Ihr Bericht im Rahmen einer gezielten Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne gegen den kurdischen Befreiungskampf zu betrachten.

Er ist eine bewußte Verdrehung objektiver Tatsachen.

Als eine Einrichtung, die die deutsche Öffentlichkeit über den kurdischen Befreiungskampf und die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan informiert, verurteilen wir Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagnen gegen den kurdischen Befreiungskampf, die auf unwahren und falschen Behauptungen basieren.

Angesichts der Tatsache, daß hunderttausende KurdInnen, so wie am 29. Mai 1993 in Bonn, bei Demonstrationen und Kundgebungen ihre Sympathie gegenüber der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zum Ausdruck gebracht haben, stempelt der Bericht damit ein ganzes Volk zu kriminellen ab und birgt damit den Charakter einer Volksverhetzung in sich.

Nicht zufällig erscheint der Bericht zu einem Zeitpunkt, wo Vertreter des türkischen Staates öffentlich einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk ausrufen. So kündigte der türkische Generalstabschef Dogan Güres am 25. Oktober d.J. einen "Ausrottungsfeldzug" gegen das kurdische Volk an.

Wir appellieren an die deutsche Presse und die Rundfunkredaktionen, die Prinzipien objektiver journalistischer Maßstäbe einzuhalten und volksverhetzende Diffamierungskampagnen gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu unterlassen.

Kurdistan-Komitee in der BRD e.V.

11 November 1993

Die Spezialarmee

Eine neue Konter-Guerilla-Armee

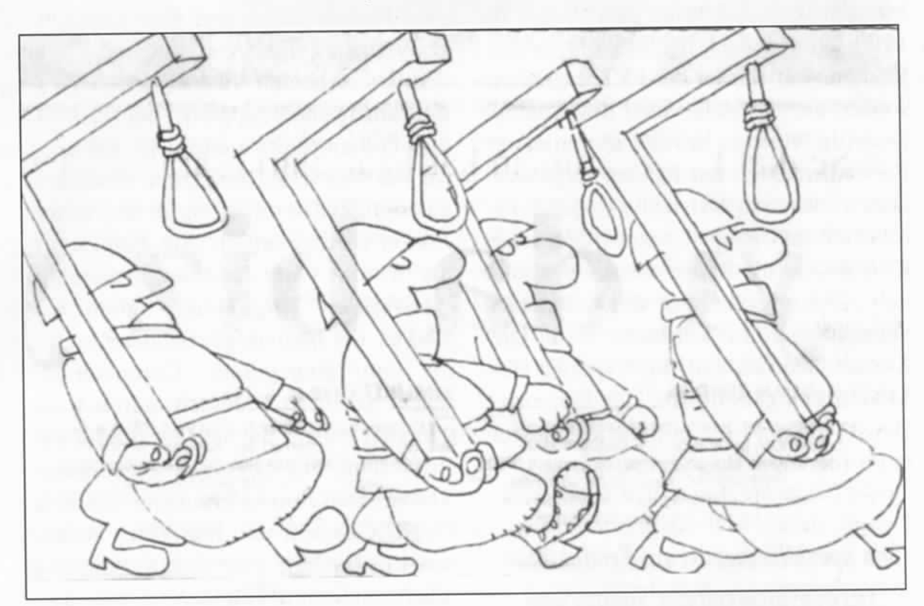
Die erste weibliche türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller machte bei der ersten Versammlung des Minsterrats in der kurdischen Stadt Hakkari, die weniger als 10.000 Einwohner hat und in der die Zahl der Soldaten und Agenten die der Zivilbevölkerung weit übersteigt, dem kurdischen Volk ein "Einstandsgeschenk": die "Spezialarmee" bzw. "Pantürkische Gendarmerie-Armee".

Wie bewertete die türkische Regierung die neue Spezialarmee?

Anstelle der seit 1985 gegen die PKK gebildeten "speziellen Operations-Einheiten" oder sogenannte "Spezialteams", auch Konter-Guerilla-Einheiten genannt sollen für eine neu zu gründende "Spezial-Armee" 15.000 Mann rekrutiert werden. Ursprünglich betrug diese Zahl 2.700 Mann. Mindestvoraussetzung für diese Kommando-Einheiten ist ein Gymnasialabschluß und die Verbundenheit zu den "nationalen Werten und Idealen". Ledige Kandidaten der faschistischen Nationalistischen Bewegungspartei (MHP), deren Sympathisanten in den 70er Jahren von der Spezialkriegsbehörde rekrutiert wurden, sollen bei der Auswahl bevorzugt werden. An ihren Händen klebt das Blut von hunderten von Arbeiter/innen Student/innen und Intellektuellen. Nach ihrer Ausbildung zu sogenannten Kommandokräften (Konter-Guerilla-Ausbildung) in den Polizeischulen in Sivas und Elazig sollen die Einheiten der Spezialarmee dann direkt den Befehlen einer Spezialkriegsbehörde unterstellt und nicht kaserniert werden. Sie sollen politische Parteien unterwandern und im In- und Ausland operativ tätig werden können. Es soll ein Etat für sie bereitgestellt und Möglichkeiten Gesichtschirurgischer Operationen geschaffen werden. Sie bekommen eine neue Identität und werden dann nach ihrer sechsmonatigen Ausbildung für 20 Millionen TL monatlich ``im Kampf gegen die PKK'' eingesetzt. Ihr tatsächliches Angriffsziel ist dann die kurdische Zivilbevölkerung.

Die Spezialarmee, eine Todesmaschinerie!

Die türkische Ministerpräsidentin bezeichnet die Spezialarmee als einen ``Insektenfresser''. Sie verdreht jedoch damit die Realität. Die Spezialkriegsbehörde führt seit 1984 bis heute gegen die PKK und gegen das kurdische Volk einen Krieg, der sich mit der Zeit immer weiter zugespitzt hat und blutiger geworden ist. In Kurdistan sind 300.000 mit den modernsten Waffen ausgestattete Soldaten der türkischen Armee stationiert. 1985 wurden die aus 3.000 bis 5.000 Mann bestehenden Konter-Guerilla-Einheiten in der Struktur der Polizei organisiert. Gleichzeitig wurde das ``Dorfschützersystem'' aufgebaut, in dem heute an die 25.000 Mann organisiert sind. Hinzu kommen noch die ebenfalls 1985 gebildeten ``Teams A'', die aus der Spezialkriegsbehörde unterstellten Offizieren und Unteroffizieren bestehen, sowie die ``Teams B'' und ``Teams C'', die aus Soldaten unterhalb des Offiziersrangs bzw. aus gemischten Einheiten bestehen.



Im Juli 1987 wurden mit dem Gesetz für das Ausnahmezustandsgebiet außerhalb der NATO-Gesetze das ``Asayis Jandarma Kolordusu'', die Gendarmerie-Armee von der Qualität einer Konter-Guerilla-Truppe für Kurdistan gebildet. Von diesem Zeitpunkt an wurden Untergrundkräfte der Konter-Guerilla, spezielle Mörder-Teams, eingesetzt. Sie entführen, foltern und morden auf grausame Weise.

Auf der Wiener Abrüstungskonferenz der KSZE im gleichen Jahr wurde beschlossen, Kurdsitan von dem Abrü-

stungsgebiet auszunehmen und der Weg zur Bildung von paramilitärischen Einheiten des türkischen Staates geöffnet. Die 1990 erlassenen Dekrete mit Gesetzteskraft Nr. 414 und 425 sowie das 1991 erlassene ``Anti-Terror-Gesetz'' ebneten den Konter-Guerilla-Morden in den Städten den Weg. Ab 1990 wurden auch die Massen in den Städten vom Kampf der PKK ergriffen, worauf der türkische Staat mit Konter-Guerilla-Morden an den exponierten Persönlichkeiten der legalen Organisationen reagierte. Der keine Regeln einhaltende und keine Grenzen kennende Konter-Guerilla-Krieg wurden schließlich zur Kreigsmethode des türkischen Staates gegen das kurdsiche Volk. Die Konter-Guerilla und die Experten der Spezialkriegsbehörde, der Geheimdienst MIT und die politischen Polizei in ihr forcierten deise Entwicklung.



Die Spezialarmee ist ein Produkt der Auswegslosigkeit des Staates und eine den faschistischen Experten unterstellte Mörderorganisation

Die Spezialarmee ist ein Produkt der Auswegslosigkeit, denn all die mit den modernsten Waffen ausgestatteten Spezialteams und ``Dorfschützer-Banden'' konnten trotz ihres Terrors und ihrer Unterstützung durch das Parlament und die Presse d9ie PKK und das kurdische Volk nicht vom Kampf für Freiheit und Demokratie abbringen. Und was kann der Staat schon mit 15.000 Mann, noch dazu, denen die Bedingunghen in den Bergen völlig fremd sind, schon ausrichten?

Die Spezialarmee soll dem Polizeichef Mehemt Agar und dem Kolonialgouverneur Ünal Erkan unterstellt werden. Diese beiden Männer gehören zur blutrünstigsten Truppe der Sicherheits- und Geheimdienstgehörden. Sie sind für die Morde an hunderten Menschen aus der Zivilbevölkerung in den letzen Jahren verantwortlich. Sie sind es die die Konter-Guerilla-Banden namens ``Hisbullah'' organisiert haben. Sie sind es, die heruntergekommene Leute, die vom ``Reuegesetz'' Gebrauch gemacht haben, in Todesschwadronen organisiert haben. Sie sind es, die für die Ermordung des Abgoerdneten Mehmet Sincar, der Journalisten der Zeitung Özgür Gündem und hunderten weiteren kurdischen Interllektuellen und Vertreter/innen von demokratischen Massenorganisationen verantwortlich sind. Sie sind es auch, die den MIT-Bericht vom 8. Februar 1988 erstellt haben, der als ein Produkt für die Unterwanderung der Presse duch solche Kriegstruppen gesorgt hat.

Diese Spezialkriegsexperten bestimmten den ehemaligen MIT-Agenten Korkut Eken zum Chef der neuen Spezialarmee. Er ist eine extrem radikaler Faschist und Konter-Guerilla-Experte, der von der Spezialkriegsbehörde zum Geheimdienst MIT gewechselt hat. Er hat auf Befehl des Putschgenerals Evren nach 1980 eine Reihe von Morden an Angehörigen der armenischen Gemeinde begangen. Der Sabotageexperte Eken bildete zwei Jahre lang Polizisten in Konter-Guerilla-Taktik aus und ging offiziell angeblich nach der Erstellung des MIT-Berichtes 1988 in den Ruhestand. Jetzt wurde Eken wieder aus der Requisitenkammer gezogen. Der Faschist Eken setzte für seine Aktionen MHP-Leute ein und will sie nun wieder für diese neue Spezialarmee rekrutieren. Diese unter Stadtbedingungen aufgewachsenen Ungeheuer, die eine chauvenistische Gehirnwäsche hinter sich haben, haben es nur auf ein Ziel abgesehen: auf die Ermordung von Menschen aus der Zivilbevölkerung. Die Befehle dieser Institutionen zeigen auch ganz deutlich, daß es um die Bildung einer Konter-Guerilla in der Form von Todesschwadronen geht. Diese Armee von Ungeheuer wurde von der Ciller-Regierung aus der Taufe gehoben und sie bestimmt auch, wie sie gegen die Zivilbevölkerung, die die Regierung von Frau Ciller aufs härteste bestrafen will, eingesetzt werden soll. In den vergangenen drei Monaten hat sich auch bereits angedeutet, weil diese Spezialarmeee mit Morden und Komplotten die Zivilbevölkerung ermordet. Der Stadt bezeichnete diese Morde an den Zivilist/innen bisher als Morde ``unbekannter Täter'', in den letzten zwei Monaten wurden sie zu Morden ``staatlicher Täter'' und der Staat vertuscht nicht mehr wie fürher, daß er selbst diese Morde begeht. Mit diesem Ziel wird auch die Spezialarmee mobilisiert. Es ist eine notwendige Verpflichtung der Menschlichkeit, sich mit allen Mitteln dieser neuen barbarischen Armee, deren unvorstellbares Gewaltpotential schon jetzt absehsbar ist, zu verhindern und gegen diese geplanten neuen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kämpfen.

Ein Nachruf auf den kurdischen Dichter Osman Sabri

"Wenn ich sterbe und Kurdistan noch nicht befreit ist, dann legt keine Blumen auf meinen Grab"

Der große kurdische Dichter Osman Sabri ist von uns gegangen

Einer der bekanntesten kurdischen Dichter, Schriftsteller und Politiker dieses Jahrhunderts ist von uns gegangen. Osman Sabri hat sich in die Reihen bekannter kurdischen Dichter und Denker, wie Mele Ciziri, Eli Heriri, Feqe Teyran, Ehmede Xanà und andere eingereiht. Durch seinen permanenten Widerstand, ständig vom Schicksal geprägtes Leben, stellt er selbst ein Porträt der kurdischen Revolution dar. Während seines ganzen Lebens hat er überall die Sache des kurdischen Volkes in einem tiefen Gefühl und der Überzeugung an die Gerechtigkeit und Freiheit verteidigt und sich niemals ergeben: weder den türkischen Besatzern, den Franzosen in Süd-West Kurdistan (syrischer Teil), noch im Exil in den afrikanischen Staaten bis zu seinem Tode in Syrien. Er wurde wegen seiner Überzeugung verfolgt und diskriminiert.

Für Osman Sabri ist der Widerstand die Quelle für seine hervorragenden Gedichte und Schriften gewesen. Seine Schriften sind als ein Teil der kurdischen Seele und Literatur zu verstehen. Seine Gedichte, Erzählungen und Schriften reichen vom Widerstand gegen Tyrannei bis zu ausgezeichneten malerischen Naturbeschreibungen.

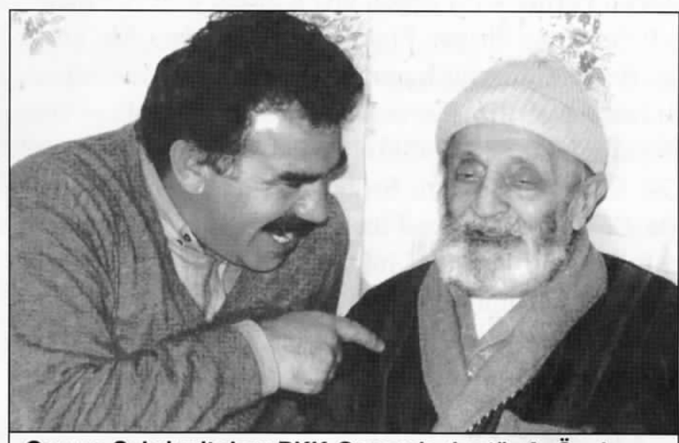
Osman Sabri wurde 1905 in dem Dorf Narince in Nordwest-Kurdistan geboren. Nach seinem Schulabschluß ist Osman Sabri 1929 nach Südwest-Kurdistan (syrisch-besetzter Teil) gegangen. Er kehrt 1930 wieder nach Nordwest-Kurdistan zurück, um an dem Aufstand in Agiri teilzunehmen. Im Mai 1931 flüchtet Osman Sabri nach Süd-Kurdistan und wird in Mosul und Bagdad verhaftet. Anschließend wird er nach Jordanien ins Exil geschickt.

Dies hält jedoch Osman Sabri nicht davor zurück, trotzdem heimlich nach Kurdistan zurückzukehren. 1936 wird er jedoch erneut nach Magadaskar ins Exil geschickt. 1937 kommt er nach Libanon und von da aus 1938 nach Damaskus. Von 1938 bis 1941 unterrichtet Osman Sabri kurdische Kinder in ihrer Muttersprache. Ende 1941 kehrt er noch einmal nach Nord-Kurdistan zurück. Dort fällt sein Sohn Welat als Märtyrer. Von 1942 bis 1943 arbeitet Osman Sabri mit Celadet Bedirxan für die Zeitung HAWAR.

Osman Sabri legt 1956 die ersten Grundsteine für die Gründung der Demokratischen Partei Kurdistans in Syrien. Er wird zwischen 1960 bis 1962 und 1963 bis 1964 in Syrien verhaftet. Aufgrund seiner Aktivitäten muß er 1969 Syrien verlassen und flüchtet erneut nach Nordwest-Kurdistan. Auch dort kann er jedoch nicht bleiben und kehrt nach Damaskus zurück und wird von 1972 bis 1973 verhaftet.

Osman Sabri wird 1982 Mitglied des kurdischen Instituts in Paris. In vielen kurdischen Zeitungen sind seine Schriften eschienen. Er hat unter anderem folgende Bücher geschrieben: Diwana Helbestàn Apo, Divana Helbestà Bahoz ñ cend nivåsàn min, Derdàn Me (Wissenschaftliche Untersuchungen über die Sprache)...

Am 12.10.1993 stirbt Osman Sabri in Damaskus. In den letzten Jahren seines Lebens hat Osman Sabri einen ständigen Kontakt zum Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan. Tief beeindruckt von den Ideen Öcalans entsteht eine tiefe Freundschaft zwischen ihnen: "In Öcalan erkenne ich meine Jugend und die Revolution, für die ich mein Leben gegeben habe. Öcalan ist für die Kurden die einzige Alternative zu den Feudalherren, Ausbeutern und Dieben, die im Namen Kurdistans und des kurdischen Volkes alles in die eigene Tasche stecken. Ich wünschte etwas jünger zu sein, damit ich mit Apo (Öcalan) gemeinsam ein freies Kurdistan erleben kann" (Aus einem Interview in Damaskus am 07.03.1993 mit dem Journalisten Yekda Welat von der kurdischen Zeitung Welat).



Osman Sabri mit dem PKK-Generalsekretär A. Öcalan

Osman Sabri wird am 13.10.1993 in Südwest-Kurdistan (syrisch besetzter Teil) von über 10 000 Kurden feierlich der Erde übergeben.

Für die Kurden ist Osman Sabri nicht gestorben. Er lebt durch seine Gedichte, die heute von den Hirten auf den kurdischen Bergen gesungen werden. Er lebt durch seine Ideen in den Taten der Revolutionäre, der Guerilla in Kurdistan. Literarisch, politisch und gesellschaftlich hat Osman fast ein Jahrhundert erlebt und mitgeprägt. Ein Zeitzeuge der kurdischen Tragödie, ein Weiser lieber Mensch ist von uns gegangen. Und doch lebt er. Ewig in seinen Gedichten und Schriften. Er lebt, er lebt in den Herzen der kurdischen Kinder.

An die Öffentlichkeit

Der kolonialistische türkische Staat will den Widerstandskampf des kurdischen Volkes für seine nationalen und demokratischen Rechte sowie für Menschenrechte mit Völkmord unterdrücken. Zuletzt hat die DYP/SHP-Koalitionsregierung unter dem Befehl des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei den totalen Krieg gegen das kurdische Volk ausgerufen. Jeden Tag werden kurdische Dörfer, Kreisstädte und Städte durch die türkische Armee angegriffen, von der Luft und vom Boden aus mit schweren Waffen beschossen und in Brand gesteckt. Ferner wird gegen uns Kurden jede Art menschenrechtswidriger Praktik angewendet. Als letztes Beispiel hierfür kann der Angriff des türkischen Staates auf die Kreisstadt Lice in der Provinz Diyarbakir am 22. Oktober d.J. genannt werden. Die Stadt wurde dem Erdboden gleichgemacht und die Bevölkerung zur Flucht gezwungen. Berichten zufolge sind bei dem inhumanen Angriff hunderte von Menschen massakriert worden.

In Europa leben insgesamt ca. 1 Mio. kurdischer Gastarbeiter und Asylbewerber. Diese verfolgen die Entwicklungen in ihrem Land mit großem Interesse und die Mehrzahl von ihnen sind Verwandte oder Bekannte von Opfern des türkischen Staatsterrors. Unser Volk in Europa informiert sich täglich über die Grausamkeiten des türkischen Staates.

Das Massaker in Lice und das Schweigen der europäischen Länder sowie die Unterstützung, die die europäischen Staaten und allen voran Deutschland der Türkei gewähren, haben das kurdische Volk schockiert. Nach dem Massaker in Lice haben die Kurden in Europa aus Protest Aktionen gegen türkische Einrichtungen durchgeführt. Es ist für uns unverständlich, daß hinter diesen Aktionen unsere Vereine und Institutionen oder andere Organisationen vermutet werden, wenn die Gründe für die Aktionen doch ganz offensichtlich sind.

Die Durchsuchung von 40 unserer Einrichtungen in Deutschland und 4 in Schweden am 5. November 1993 kann in keinster Weise einer Lösung der Frage dienen. Es ist falsch, kurdische Einrichtungen in Europa für die Reaktionen des kurdischen Volkes auf türkische Vertretungen verantwortlich zu machen. Die europäischen Länder, insbesondere Deutschland, sollte ihre Verantwortung in dieser Frage nicht den kurdischen Einrichtungen in die Schuhe schieben. Verkörpert diese Haltung gegen kurdische Vereine und Institutionen nicht die offizielle Leugnungs-Politik des türkischen Staates, für den "alles, was den Kurden gehört" eine Zielscheibe darstellt?

Die Überfälle auf kurdische Vereine und die Verbotsdrohungen werden die Frage nicht lösen. Unserer Meinung nach sollten die europäischen Länder und hierbei vor allem Deutschland, statt auf die legitimen Reaktionen des kurdischen Volkes gegen die Gewaltpolitik des türkischen Staat mit Repressionen zu antworten, sich für eine politische Lösung der Frage einsetzen.

Wir kurdischen Vereine in Europa führen unsere Bemühungen für die Anerkennung der sozialen, kulturellen, demokratischen usw. Rechte sowie für die Minderheitenrechte der Kurden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen fort. Ebenso setzen wir uns für die Freundschaft und die Solidarität zwischen den Völkern in Europa ein.

Wir verurteilen die Diffamierung unserer Vereine vor der Öffentlichkeit als 'gefährlich und illegal'. Unsere Aktivitäten sind der Öffentlichkeit zugänglich. Die zuständigen Institutionen bekommen regelmäßg Informationen über unsere Aktivitäten.

Wir rufen die europäischen Staaten und insbesondere die bundesdeutsche Regierung dazu auf, die ungerechtfertigten Repressionen gegen unsere Vereine zu unterlassen.

Ferner rufen wir alle Vereine, Parteien, Institutionen und Organisationen sowie alle Menschenrechtsvereine zur Solidarität gegen die Repressionen und Denunzierung kurdischer Vereine auf.

KON-KURD
Konföderation kurdischer Vereine in Europa

* FEYKA-Deutschland * YEK-KOM-Frankreich * FEK-BEL-Belgien * FED-KOM-Holland * FEKAR-Schweiz * FEY-KOM-Österreich * SAMKURT-FO-Dänemark * Komela Karkeren Kurdistan-England

Brüssel, 6. November 1993

KON-KURD: Rue des Guildes 14, 1040 Brüssel, Tel: 32 2 2309233, Fax: 32 2 2801329

Aufruf

zum Freiheitsmarsch der YRWK von Bonn nach Brüssel

Seit der Vierteilung Kurdistans, dem Abkommen von Lausanne, sind 70 Jahre vergangen. In dem von der kolonialistischen Türkei besetzten Teil Kurdistans wird gegen das kurdische Volk seit 1920 eine systematische Assimilations-, Einschüchterungs-, und Unterdrückungspolitik geführt. Doch das kurdische Volk hat mit großen Aufständen bis 1940 gegen die Kolonialisierung Kurdistans sowie für seine nationalen und demokratischen Rechte gekämpft.

Nach den 40'er Jahren hat das türkische Regime mit Hilfe der Armee dennoch geschafft, seine kolonilistischen Instutionen funktionsfähig zu machen und bis Ende der 60'er Jahre den KurdInnen alles zu verbieten. Es hat sogar Gesetze des Schweigens (Takrir-i Sükün= Schweige-Gesetz) herausgegeben und damit seine Macht noch mehr zu befestigen versucht.

Anfang 1970 begann noch einmal mit der Intiative der kurdischen Intellektuellen eine Gegenkampangne gegen die türkische Staatspolitik und Ende der 70'er Jahre bildeten sich die ersten organisierten kurdischen Kräfte. Erst 1984, also nach 46 Jahren, mit der Aufnahme des bewafneten Kampfes, wurde eine neue Wende in der Geschichte Kurdistans geschaffen. Das kurdische Volk, das bis zu diesem Datum keinerlei demokratische und nationale Rechte hatte, hat mit dem bewaffneten Kampf erst seine militärische, dann gesellschaftliche Institutionen gebildet.

Seit zehn Jahren wird in Kurdistan ein Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk geführt. Die türkische Regierung, die dem 83 Tage andauernden einseitigen Waffenstillstand der PKK mit noch mehr Massakern geantwortet hat, bombardiert heute mit der militärischen Hilfe aus Deutschland, Farnkreich und anderen europäischen Ländern jeden Tag kurdische Dörfer, anbaufähiges Land und sogar Städte. Durch diese Bombardierungen und Vertreibungen wurden seit 1984 ca. 12.000 Menschen ermordet, über 800 Dörfer zersört und ca. 1,7 Mio. Menschen zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land gemacht.

Die Bundesregierung macht sich mitschuldig an dem Völkermord in Kurdistan, indem sie Waffen aus den ehmaligen NVA-Beständen, an die Türkei verkauft oder verschenkt.
Vor allem die letzten Überfälle der bundesdeutschen und französischen Polizei gegen kurdische Vereine und Einrichtungen sind ein großer Schlag gegenüber den Menschenrechten und der Meinungsfreiheit in diesen Ländern. Diese Methoden der bundesdeutschen und französischen Regierung ermutigen den türkischen Staatsterror in Kurdistan und stellen nichts anderes als die Fortsetzung des Spezialkrieges gegen die kurdische Bevölkerung in Europa dar.

Die türkische Regierung erhofft sich mit Hilfe der europäischen Länder, den legitimen Kampf des kurdischen Volkes bis Frühjahr 1994 zu zerschlagen. Dies hat sie in mehreren Erklärungen und bei Staatsbesuchen im Ausland immer wieder unterstrichen.

Wir, die Union zur Pflege der kurdischen Kultur (YRWK), wollen mit kurdischen Intellektuellen in Europa unter dem Motto "Freiheitsmarsch der YRWK von Bonn nach Brüssel" einem langen Marsch gegen die Vernichtungspolitik des türkischen Staates in Kurdistan protestieren. Unser langer Marsçh soll den Befreiungkampf des kurdischen Volkes unterstützen. Unsere Demonstration beginnt am 23. Dezember 1993 vor dem deutschen Bundestag in Bonn und endet am 03. Januar 1994 vor dem Europaparlament in Brüssel.

Wir rufen die europäische Öffentlichkeit, alle demokratischen Intitutionen, politische Parteien und die europäischen Regierungen dazu auf, uns bei unseren Freiheitsmarsch von Bonn nach Brüssel zu unterstützen.

Ferner rufen wir alle Intellektuellen, die für die nationalen und demokratischen Rechte der kurdischen Bevölkerung sind, an unserem langen Marsch teilzunehmen oder eine Grußadresse zu schicken.

WIR FORDERN:

*** Die sofortige Unterlassung der Massaker der türkischen Armee am kurdischen Volk**
*** Offene Dikussionen über die Kurdistan-Frage und die Bereitschaft der türkischen Regierung für eine friedliche und politische Lösung der Frage**
*** Diplomatischen Druck der europäischen Regierungen auf die Türkei, um einen Dialog zwischen den beiden Kriegsparteien, der türkischen Regierung und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), zu schaffen**
*** Ein sofortiges Waffenembargo der europäischen Staaten und vor allem der bundesdeutschen und der frazösischen Regierung gegen die Türkei**
*** Die europäischen Regierungen auf, die Fragen der kurdischen Bevölkerung in Europa mit den Vertertern der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) zu diskutieren und die antidemokratische Vorgehensweisen gegen kurdische Vereine in Europa eizustellen**
*** Das Selbstbetimmungsrecht des kurdischen Volkes zu unterstützen**

Bei weiteren Fragen bitte wenden an:

YRWK-Union zur Pflege der kurdischen Kultur, Maxstr. 50-52, 53117 Bonn, Tel.: 0228 - 630990, Fax.: 0228 - 630715


Ez jî PKK me!
Ich bin auch für PKK!